

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, halbjährlich 6 RM, frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsblätter mit halbjährlicher Sonntagsbeilage „Die Neue Zeit“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheitelt täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 5. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der englische Verständigungsversuch.

Zur Abrüstungsfrage wird uns geschrieben:
 Es war vor mehr denn hundert Jahren. Ganz Europa gitterte vor dem mächtigen Korsen. Napoleon Bonaparte stand auf dem Gipfel seiner Macht. Da kam der Krieg gegen England. Der französische Adler sollte, so wollte es der Kaiser der Franzosen, auch über England aufsteigen. Ganz England wurde infolge dieser Invasionsdrohungen von panischem Schrecken ergriffen.

Doch Napoleon hatte seine Macht überschätzt. Sein Plan scheiterte an der Stärke der englischen Armada. Er mußte sich mit dem Versuch begnügen, England wirtschaftlich zu ruinieren. Die Kontinentalsperrung war der letzte Versuch, das mächtige Albion niederzuwingen. Doch das Glück hatte den Rechtsanwaltsjohn verlassen. Die Blockade konnte die Macht des Britentums nicht brechen und wenige Jahre später war Napoleon ein toter Mann. England atmete auf.

Seit dieser Zeit ist wohl selten das Vertrauen großer Teile des englischen Volkes in die Sicherheit und Stärke des Reiches so schwer erschüttert worden, wie im Frühjahr des Jahres 1904. Die liberale englische Regierung hatte seit 1904 die Ausgaben für die Marine in ganz beträchtlicher Weise herabgemindert, und ferner bedeutete die liberale Regierung Aufrechterhaltung der Freihandelspolitik. Wollten die Konservativen und Unionisten das Schutzollsystem erringen, dann mußten sie die liberale Regierung beschuldigen, die Wehr des Reiches vernachlässigt und dadurch den Bestand des Reiches gefährdet zu haben. Die englischen Lords malten also das Schreckgespenst der Invasionsgefahr an die Wand. Durch Pamphlete aller Art und Volksversammlungsreden wurde der englischen Volkseele eingepflanzt, daß das Reich in Gefahr sei. Die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als bei Beginn der Verhandlungen über den Marinetat im Frühjahr 1909 der Erste Lord der Admiralität Mr. Mc. Kenna eine plötzliche Verschleimung des deutschen Flottenausbaues konstataren zu können glaubte. Die Erregung legte sich natürlich nicht, als der Minister des Auswärtigen Sir Edward Gray bekannt gab, daß eine von England nachgesuchte Rüstungsverständigung bei Deutschland keinen Anfang gefunden habe. Jetzt pulsierte durch das ganze öffentliche Leben der eine Gedanke: Englands Suprematie zur See ist bedroht. Das Tadelsvotum, das der englischen Regierung auf Antrag der Konservativen und Unionisten ausgestellt werden sollte, fand zwar keine Majorität im Unterhause; aber bei den Wahlen konnte doch die Opposition die Zahl ihrer Mandate so vermehren, daß die Position der liberalen Regierung jetzt doch eine sehr unsichere ist.

Die Erregung hat sich auch nach den Wahlen nicht gelegt. Das zeigen die letzten Flottendebatten in den englischen Kammern. Auch jetzt noch gab der leitende Staatsmann zu verstehen, daß er eine Verständigung mit Deutschland dringend wünscht. Das Verhalten der liberalen Regierung ist ja erklärlich. Weigert sich die deutsche Regierung, dann wird jede soziale Reform in England infolge der hohen Ausgaben für die Verteidigung unmöglich, dann ist aber auch das Schicksal der liberalen Regierung besiegelt und dann hat auch die Aera des Freihandels, der von einem großen Teil der englischen Bourgeoisie mit anerkenntniswerter Entschlossenheit verteidigt wird, ihr Ende erreicht. Denn die indifferenten Massen werden — sie haben die Schäden des Schutzollsystems ja noch nicht an eigenen Leibe gespürt — den Schutzöllnern und fanatischen Imperialisten auf den Leib kriechen.

Was erreichen also unsere Staatsmänner, wenn sie den Vorschlag der englischen Regierung ablehnen? Sie heben in England die wütendsten Flottenpropagandisten in den Sattel und arbeiten mit den englischen Hochschützöllnern auf ein Ziel, auf die Schaffung des englischen Hochschützöllnerbundes. Wahrlich, die Späße des Lill Eulenspiegel werden durch die Läten der deutschen Staatsweisen übertroffen!

Es war mithin ein Moment von weltgeschichtlicher Größe, als England eine Rüstungsverständigung mit Deutschland anbahnen wollte, ein Ereignis, das an Bedeutung alle bisherigen Friedenskongresse weit übertraf. Hier handelte es sich nicht um die Heuchelei des zarischen Friedensmanifestes, hier handelte es sich nicht darum, hohle, phrasenhafte Erklärungen ohne Fleisch und Bein abzugeben, hier handelte es sich vielmehr um eine wirkliche Herabsetzung der Rüstungen, die sofort das Tempo des gesamten internationalen Wettlaufes verlangsamt hätte.

Deutschland lehnte ab. Der Reichskanzler gab die nichtsagende Erklärung ab, daß sich der Ausbau der deutschen Flotte lediglich nach dem eigenen Schutzbedürfnis richte, und er gab weiter zu verstehen, daß für ein Rüstungsabkommen mit England jede Basis fehle. Ein Vertrag, der von vornherein Englands Suprematie zur See anerkenne, sei, so erklärten die Lenker unserer Geschichte, für Deutschland unannehmbar.

Nun werfen wir die Frage auf: gab es denn wirklich keine Basis, auf welcher sich beide Nationen einigen konnten? Wir stehen nicht an zu erklären, daß wir gern die Vormachts-

stellung Englands zur See anerkannt hätten. England ist ein Inselstaat, der noch dazu über ein stehendes Heer nach preußischem Muster nicht verfügt. Gelingt es irgend einer Macht, auch nur wenige Armeerörps an der englischen Küste auszuschießen, dann: ade, englische Weltmächtherrlichkeit! Die Flotte ist also das Werkzeug, das einzig und allein die Sicherheit des englischen Reiches garantiert. Kann man es da dem britischen Inselstaat verdenken, wenn er gegenüber Deutschland, das zum Schutz seiner Küsten überhaupt keine Flotte braucht, die Forderung erhebt, als der Stärkere zur See anerkannt zu werden? Wir verweigern diesem System jeden Mann und jeden Groschen; aber wir hätten es mit Freuden begrüßt, wenn man sich England gegenüber verpflichtet hätte, jährlich nur drei große Schlachtschiffe auf Stapel zu legen, wosür England natürlich auch Verpflichtungen auf sich genommen hätte. Das wäre schon eine gewaltige Errungenschaft gewesen, durch die nicht allein England und Deutschland, sondern auch alle anderen Seemächte Hunderte von Millionen jährlich gespart hätten; denn die Dinge liegen doch tatsächlich so, daß beispielsweise die Flottenausgaben in Frankreich auch direkt von den deutschen Rüstungen abhängig sind.

Wir sind aber auch davon überzeugt, daß ein deutsch-englischer Vergleich die Beseitigung des Seebeuterechtes bedeutet hätte. Bekanntlich sträubt sich England gegen die Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seerichte. Das geschieht aber lediglich aus Rücksicht auf Deutschlands Flottenrüstungen. Im Kriege gegen Deutschland hat England eben nur eine Möglichkeit, seinen Gegner zu schädigen. Es kann Deutschland keine wertvollen Kolonien wegnehmen, weil es solche nicht besitzt, es kann die deutschen Küsten nicht ernstlich gefährden und es kann vollends keine Truppen nach Deutschland bringen. Es gibt für England eben nur ein Mittel, Deutschland niederzuringen, das ist die Vernichtung des deutschen Seehandels. Ist dieser aber durch völkerrechtliche Bestimmungen geschützt, dann wäre England einfach ohnmächtig. Dagegen wäre der britische Industrieetat in einem Kampfe gegen Frankreich, das ja noch bis vor kurzer Zeit als der Erbfeind galt, bei Beibehaltung des jetzigen Zustandes außerster Gefahr. Gibt man nun durch den Vergleich den Engländern die Garantie, daß die deutsche Flotte nicht gegen England gebaut wird, dann fällt für Großbritannien jeder Grund fort, sich der Beseitigung des Prisengerichts zu widersetzen. Damit entfallen aber auch den fanatischsten deutschen Flottenfeiern all' die Scheingründe, die man für die Verstärkung der Kriegsmarine ins Feld führt.

Wir haben ja schon nachgewiesen, daß der Handel durch die Flotte nicht geschützt werden kann; aber, so fragen wir, wenn man ihn durchaus schützen will, weshalb sucht man diesen Schutz nicht auf dem einfacheren und allein wirksamen Wege durch Beseitigung des Prisengerichts zu erzielen? Hier liegt der Hund begraben; hier haben wir den Schlüssel, der uns die Seele des deutschen Flottenbauers erschließt. Deutschland baut seine Flotte eben nicht für die Defensiv-, sondern zu imperialistischen Zwecken.

Man lese nur die blutrünstigen Artikel, die die reaktionäre Presse aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr des Tages schreibt, an dem der deutsch-französische Krieg begann. Wie ein roter Faden zieht es sich durch jene Blätter: „Stärkt Heer und Flotte, werft alle Friedensduselei ab; denn nur mit dem Eisen wird die Welt geteilt!“

Das ist die brutale Logik des Imperialistenjägerswahnsinns, der nur die gleißende Sonne sieht und nicht der drohenden Gewitterwolken achtet, Präparatwahnwitz, der über Ströme von Blut und Berge von Leichen hinwegsetzt eines Phantoms willen! Loren, die nicht daran denken, daß die Weltherrschaft ebenso vergänglich ist als ihr eigenes Ich, daß auf die strahlende Größe sicher der Fall folgt! Was blieb denn von dem Niesenreich des „großen“ Alexander? Sank nicht in überraschend kurzer Zeit die napoleonische Kaiserherrschaft in Schutt und Staub? Sollen wir an die Kämpfe in der Wandschüre erinnern, wo Rußlands Imperialisten im Pfuhl der Schande umluden? Und ist nicht auch das riesige englische Weltreich schon mehrmals in seinen Grundfesten erschüttert worden?

Loren, die da wähen, jene Weltoberer hätten ihre Völker beglückt! Sie haben Ströme von Blut vergießen lassen, um ihren wahnsinnigen Ehrgeiz zu befriedigen; sie haben mit Menschen als mit Zahlen gerechnet; sie sind Todfeinde der Kultur gewesen, die eben nur im Frieden gedeihen kann. Loren, die da glauben, den ganzen Erdball nach ihrem Willen kneten zu können! Die Tage sind endgültig vorbei, wo man außerhalb ihrer Landesgrenzen willig den preußischen Kommissärfel geküßt hätte.

Wir appellieren an die gesunde Vernunft aller derer, die sich von dem imperialistischen Trugbild nicht in die Wüste führen lassen wollen, wir fordern die öffentliche Meinung zu flammendem Protest auf gegen die Unterstellung der deutschen Regierung, daß das Volk eine Verständigung mit dem englischen Bruder nicht wolle! Wir begrüßen das englische Volk als eine der ersten Kulturnationen der Welt, und wir geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Tag nicht mehr ferne sein wird, wo in beiden Ländern der Kriegszuf erschallt — gegen die Lords diesseits und jenseits des Kanals.

Professor Schmoller über das preußische Wahlrecht.

Professor Gustav Schmoller veröffentlichte am 27. März d. J. in der Wiener „N. Fr. Presse“ einen vielbesprochenen Aufsatz über die damalige preußische Wahlrechtsvorlage und die Stellung des Junkertums zu dieser. Er lobte mit der ihm eigenen Vorsichtigkeit und wohltemperierten Mäßigkeit Herrn v. Bethmann Hollweg als einen konservativen preußischen Beamten und modernen Menschen — zwei Eigenschaften, die sich bekanntlich ausschließen — von „umfassender wissenschaftlicher Bildung“, fand, daß in der „Phrasen-, Preußen- und Junkerwunderbar gemischt“ sei und erzählte dann von allerlei Kämpfen, die einst die preussischen Monarchen mit der von ihnen geschaffenen Regierungsbureaucratie gegen das Junkertum geführt hätten, bis unter Bismarcks Regiment der Minister v. Puttkamer das teils politisch indifferente, teils liberale Beamtentum von den liberalen Elementen gefärbert hätte, so daß die preussische Bureaucratie eine „stark feudalreaktionäre Richtung“ bekam. Allerdings hat, wie Schmoller berichtet — die gegenwärtige Regierungsbureaucratie darf doch nicht allzulie in der Öffentlichkeit herabgesetzt werden — diese Richtung heute nur noch geringen Einfluß. Der Vorwurf des Junkerregiments, meint er, gehöre „mehr der Vergangenheit als der Gegenwart an.“

Um diesen Aufsatz der Vergessenheit zu entreißen, hat Professor Schmoller ihn im jüngsten Heft seines „Jahrbuchs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft“ wieder abgedruckt und einige weitere Worte zur Kennzeichnung der jetzigen Lage hinzugefügt. Er schreibt:

„Ich beginne mit ein paar Sätzen über die Notwendigkeit der preussischen Wahlrechtsreform. Die Schwäche des Regierungspunktes lag mit darin, daß Zweifel entstehen konnten, ob die Krone und die Minister die Vorlage gemacht hatten, bloß um ein formales Versprechen einzulösen, das unter anderen Voraussetzungen gemacht worden war. Die Konservativen lieben es sehr, Fürst Bismarck als den Schuldigen darzustellen, der seinen Blod beständig wollte, daher leichtsinnig ein Versprechen der Krone veranlaßt habe. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Die Liquidation ist beendet, die neue Firma muß zeigen, was sie will.“ Das soll heißen: eine neue Regierung ist an das Wort der alten nicht mehr gebunden. Das ist ein Satz, den ein Theoretiker der parlamentarischen Regierungsweise schreiben dürfte, aber nicht ein Verteidiger des Königtums. Die „Kreuzzeitung“ berichtet mit diesen Worten, daß ihr nicht sowohl die königliche Regierung, als der Einfluß der Konservativen am Herzen liegt.

In Wirklichkeit hat freilich Bethmann Hollweg noch vor wenigen Jahren jede Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts geleugnet, und seine Einführungsrede klang fast ebenso sehr wie eine Verteidigung des bestehenden als wie eine Betonung der Notwendigkeit der Aenderung. Und doch ist sicher ein so ernster gewissenhafter Staatsmann, wie er, heute von dieser Überzeugung und wird den Versuch wiederholen. Warum? Weil Preußen als Staat mit dem reaktionärsten Wahlrecht Europas auf die Dauer die größte politische Gefahr läuft, mit dem Wahlrecht, wobei nur 22,8 Prozent der Wähler zur Wahlurne zu bringen sind.

Jede Verfassung braucht die Zustimmung, die innere Teilnahme der großen Majorität des Volkes; kein Recht der Krone, der Regierung ist auf die Dauer haltbar, wenn nicht der größte Teil der Bürger innerlich, mit Herz und Geist auf ihre Seite ist. Ueber Augenbildbewegungen kann jede starke und kluge Regierung Herr werden; keine kann dauernd der Zustimmung, des Beifalls der großen Majorität der Regierten entbehren. Die demokratische Strömung unserer Zeit mag zu einem erheblichen Teil der Bürger innerlich, mit Herz und Geist auf ihrer Seite gestanden haben muß, weil sie einen sehr berechtigten Kern hat. Das Dreiklassenwahlrecht setzt 82,3 Prozent der Wähler in die dritte Klasse und erklärt sie so für eine quantität négligeable. Die politische Bildung bleibt damit juristisch, ein Teil der Bürger verfällt in politischen Stumpfheit, ein anderer hält sich für verlehrt, wird extremen Parteien angetrieben. Das preussische Klassenwahlrecht steht nicht so sehr weit von dem französischen Wahlrecht ab, das 1830 und 1848 zur Revolution führte, und ebensowenig vom englischen, das 1832, 1867 erst zu den großen Wahlreformen führte. Wer diese großen historischen politischen Tatsachen verkennt, ist blind; wer an verankortlicher Stelle verkündet, das heutige preussische Wahlrecht sei vollen gut, macht sich mit verantwortlich für künftige große Katastrophen. Wer sagt, es habe 1849—1900 gut gewirkt, es habe ebensogut fortschrittliche als konservative oder mittelparteiliche Majoritäten geliefert, behauptet nur einen Teil der Wahrheit, aber nicht die ganze; er behauptet einen Vorzug, der wohl in der Vergangenheit bestand, heute unter ganz veränderten Verhältnissen nicht mehr besteht. Auch wer die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen belächelt, wie ich, muß, wenn er über historische Bildung verfügt, eine maßvolle Reform des Dreiklassenwahlrechts wünschen.“

Mag Professor Schmoller immerhin reichlich mit Ideologie gesättigt sein, so besitzt er doch einen gewissen Fonds historischer Einsicht in den Gang der Weltgeschichte, der den Größen völlig fehlt, die in der „Kreuzzeitung“ historisches Wissen verzapfen und in ihrer spezifisch preussischen Lokalborniertheit wähen, die ganze bisherige Weltgeschichte kulminiere in dem preussischen Staat und seiner Landratsbureaucratie. Schmoller weiß wenigstens, daß auf die Dauer nicht eine breite Volksklasse, wie die heutige Arbeiterklasse, von den politischen Rechten ausgeschlossen werden kann, die infolge der wirtschaftlichen Entwicklung sich ständig vermehrt und im wirtschaftlichen Lebensprozeß der Nation eine immermehr ausschlaggebende Rolle gewinnt, während die sie beherrschende Junker-

schon längst nicht mehr aus eigener wirtschaftlicher Kraft zu existieren vermag, sondern nur noch deshalb ihre heutige Stellung einnimmt, weil sie durch Agrarzölle, Liebesgaben und durch ihr Privilegium auf alle höheren Beamten- und Offiziersposten auf Kosten der breiten Volksmasse künstlich erhalten wird. Solche Zustände mögen einige Zeit, vielleicht Jahrzehnte dauern; schließlich aber brechen sie, das beweist die Geschichte, notwendig in sich zusammen, und das Ueberlebte, das vorher nicht auf dem Wege der Reform beseitigt wurde, das stürzt nun mit elementarem Gewalt die Revolution. Das haben die Geistesverwandten des heutigen Junkertums, die französischen Feudal-Aristokraten, die übrigens intellektuell und moralisch weit über das Gros des heutigen ostelbischen Landadels standen, in den Jahren 1789/94 ertragen. Auch den preussischen Junkern wird, wenn sie sich fortgesetzt allen Wahlreformen entgegenstemmen, diese schöne Lehre der Geschichte kaum erspart bleiben.

Der Ansicht scheint auch Professor Schmoller zu sein, wenn er sie auch staatsmännisch in höflichere Worte kleidet. Er erklärt nämlich zum Schluss: „Die Wahlrechtsreform muß kommen. Wenn die Monarchie mit einem gebildet-gemäßigten, über den Parteien und Klassen stehenden Beamtensministerium sie nicht durchführt, so wird die demokratische Flut sie in die Hand bekommen.“

Die Verhökung von Kriegsschiffen.

Das unsere Bedenken gegen die Verarmung der Kriegsschiffe der Brandenburgklasse keineswegs unbegründet sind, verrät schon das verlegene Schweigen der offiziellen und flottenfreundlichen Presse. Es ist in der Tat auch lächerlich, die „gute Bezahlung“ für diese „ausgedienten“ Kriegsschiffe hervorzuheben, in einem Augenblick, wo diese Kriegsschiffe noch keineswegs ausgedient haben! Denn entweder ist das ganze Flottenprogramm, das 38 Linienschiffe und 20 große Kreuzer erstreckt, überflüssig, oder aber es ist notwendig, daß auch jetzt schon wenigstens eine möglichst große Zahl kriegsbereiter Linienschiffe erhalten wird. Wenn aber die Schiffe der Brandenburgklasse an die Türkei verhökt werden, so bleiben an Linienschiffen einzuweilen nur 22 übrig. Ist doch die Dienstbereitschaft der im Jahre 1908 in Bau gegebenen Schiffe „Rheinland“ und „Wojen“ frühestens erst in Jahresfrist zu erwarten!

Außerdem haben wir schon darauf hingewiesen, daß das Losschlagen der Schiffe der Brandenburgklasse für die Hälfte des Anschaffungspreises insbesondere bedenklich sei, als diese Schiffe sowohl an Größe als Geschwindigkeit und namentlich auch an Stärke der Armierung den Schiffen der Barbarossa- und Wittelsbachklasse nur sehr wenig nachstehen. Was die Armierung anlangt, ist sogar zu konstatieren, daß die Schiffe der Brandenburgklasse mit je sechs 28 Zentimeter-Geschützen armiert sind, während die zehn Schiffe der Barbarossa- und Wittelsbachklasse nur je vier 24 Zentimeter-Geschütze aufzuweisen haben. Es ist also völlig unbegreiflich, warum nun die Brandenburgklasse auf einmal als altes Eisen betrachtet und schleunigst an das Ausland verschachert werden soll! Denn der Erlös von 20 oder 40 Millionen Mark spielt doch den 450 Millionen unseres Flottenetats gegenüber wahrhaftig keine Rolle! Es bleibt also keine andere Annahme übrig, als daß man diese Linienschiffe, die erst vor 19 resp. 18 Jahren vom Stapel gelassen worden sind, jetzt nur deshalb verhökt, um die Zahl der Linienschiffe derart

zu vermindern, daß eine neue Flottenlage möglichst berechtigt erscheint!

Uebrigens ist es höchst auffallend, daß sich die offiziöse und Marinepresse bisher noch mit keiner Silbe mit den Feststellungen des „Vorwärts“ zu beschäftigen wagte! Als wir verlangten, daß die Verminderung der Flottenbauten schon im Jahre 1911 eintrete, weil nur dadurch die Möglichkeit einer allmählichen Herabminderung der Flottenbauten gegeben sei, schwieg sich die gesamte offiziöse und halb-offiziöse Presse gründlichst aus. Ebenso schweigend verhielt sich diese Presse, als wir auf Grund der Mitteilungen in den Kommissionsberhandlungen vom Jahre 1907 feststellten, daß schon damals auch an den Ertrag der Barbarossa- und der gesamten Wittelsbachklasse gedacht worden sei. Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß unsere Behauptungen, die Regierung und die ausschlaggebenden Parteien dächten gar nicht daran, vom Jahre 1912 ab eine Verminderung der Flottenbauten einzutreten zu lassen, auch nicht dem schüchternsten Versuch eines offiziellen oder halb-offiziösen Dementis begegnet ist. Wir dürfen also feststellen, daß unsere Argumentation nur zu berechtigt war und unsere amtlichen und nichtamtlichen Flottenpolitiker in der Tat die feste Absicht hegen, auch nach dem Jahre 1912 das Flottenrücken in mindestens ungehämtem Tempo fortzusetzen!

Der Verkauf der angeblich aufrangierten Schiffe soll also offenbar nur einen Vorwand für das erneute forcierte Flottenrücken abgeben!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. August 1910.

Zur Reichsfinanzlage.

Die Finanzgrößen des Zentrums haben sich mit größter Beharrlichkeit unter Führung des Finanzgenies aus Buttenhausen den Lesern der Zentrumsblätter zu beweisen, daß die Finanzlage des Deutschen Reiches sich immer günstiger gestaltet, also neue Steuerbelastungen nicht zu erwarten sind — und nun kommen die „Berl. Pol. Nachr.“ und erklären in einem offiziellen Artikel, daß die Erträge aus den 1908 und 1909 eingeführten neuen Steuern durchweg weit hinter den Erwartungen zurückblieben und demnach zur Deckung der etatsmäßigen Ausgaben nicht ausreichen. So heißt es:

„Es ist bekannt, daß die finanziellen Erwartungen, die man an die durch die Reichsfinanzreform vom Jahre 1906 eingeführten, die sogenannten neuen Steuern geknüpft hatte, nicht in Erfüllung gegangen sind. Vielfach hat seitdem ihr Anschlag in den Etats ermäßigt werden müssen, bei einigen scheint es, als wenn auch die noch im Etat für 1910 vorgenommenen Reduktionen nicht genügt, um der Wirklichkeit nahezu kommen. So sind die Anschläge für Frachtturkunden- und Personenfahrtartenstempel im Etat für 1910 gegen 1909 noch ermäßigt, und zwar derart, daß nimmere von dem ersten im Vierteljahrsdurchschnitt 3,9 und von letzterem 4,7 Millionen Mark erwartet werden. Im ersten Viertel des laufenden Jahres hat die Wirklichkeit aber noch nicht einmal dieser Schätzung entsprochen. Der Frachtturkundenstempel ist mit 0,2 Mill. Mark und der Stempel für die Personenfahrtarten mit 0,4 Mill. Mark hinter dem Etatsansatz zurückgeblieben. Dagegen ist nun wohl bei der Erbschaftsteuer ein besseres Verhältnis der Wirklich-

keit zum Etatsansatz zu erwarten, als es früher bestand. Nach dem Etat für 1910 sollen aus der Erbschaftsteuer im Vierteljahre 8,5 Millionen Mark auskommen. In Wirklichkeit sind im ersten Viertel des laufenden Jahres 9,7 Millionen daraus vereinnahmt. Auch die weniger bedeutenden Abgaben für Kraftfahrzeuge-Erlaubnisarten und Ausschüttungsabgaben haben die Etatsansätze überschritten, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß die Einnahmen aus der letzteren Abgabe überhaupt im Anfang des Finanzjahres größer als in seinem übrigen Teil zu sein pflegen.“

Ueber die Entwicklung der neuesten Steuern, d. h. der durch die Reichsfinanzreform von 1906 eingeführten, kann man zu einem Teile kein Urteil gewinnen, weil die Erträge der Neuerungen nicht klar in die Erscheinung treten, zum anderen Teile, weil erst noch einige Zeit abgewartet werden muß, ehe sich ein zutreffendes Urteil gewinnen läßt. Soviel jedoch scheint sicher zu sein, daß die Stempelabgabe von Grundstücksübertragungen eine gute Einnahmequelle wird. Nach dem Etat für 1910 soll sie im Vierteljahre 6,4 Millionen Mark einbringen, in Wirklichkeit hat sie 11,1 Millionen Mark abgeworfen. Dagegen entsprechen weder der Schiedstempel, noch die Leuchtmittel, noch die Grundsteuer bisher den in sie gesetzten Erwartungen.“

Die Folgerung, daß eine neue Reichsfinanzreform nötig sei, wird noch nicht gezogen; nach den nächsten Reichstagswahlen wird sie sich aber sicher einstellen.

Die Richtung Wassermann.

Herr Wassermann, der eine Nordlandfahrt anzutreten gedenkt, hat sich in Hamburg von dem Chefredakteur des „Hamburg. Korrespondent“ feierlichst über die gegenwärtige politische Lage interviuieren lassen. Seine Ausführungen haben manches Interesse — nicht, weil Herr Wassermann ins besondere Wichtiges und Neues gesagt hat, sondern weil sie charakteristisch sind für den naiven Eintagspolitiker, den die liberale Presse in letzter Zeit zu einem großen radikalen Staatsmann hinaufgeschraubt hat. Zunächst befragte sich Herr Wassermann mit seiner eigenen werten Person. Er erklärte, er hätte zwar schon daran gedacht, aus dem politischen Leben zurückzutreten, aber aus Gesundheitsrücksichten, nicht aus politischen Gründen, denn Mandate ständen ihm jederzeit in „großer Fülle“ zur Verfügung. Nicht minder groß, als von sich selbst, denkt er von seiner Partei, deren Verhältnis zu den Konservativen er folgendermaßen schildert:

„Ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen heißt brandschändliche Richtung, dem Bund der Landwirte und dem Zentrum könnte nur den einen Erfolg haben, die Auslöschung der Sozialdemokratie zu vermehren. Ich halte nach den letzten Erfahrungen ein Zusammengehen mit den von extremen Agrariern geführten Konservativen für geradezu verhängnisvoll für jede liberale Partei. Die Lage verträgt keine Ausschaltung des Liberalismus. In einer so mächtig davor drängenden Zeit, wie es die unsere auf allen Gebieten ist, ist es gänzlich unmöglich, den Liberalismus in der Weise auszuschalten und an die Wand zu drücken, wie dies bei der Reichsfinanzreform seitens der konservativ-merikanischen Koalition geschehen ist. Mag der Liberalismus auch heute bei den Hauptwahlen Niederlagen erleiden haben, und dies leicht auch bei den Hauptwahlen manche neue Niederlage erleiden, das beweist eben nur das eine: die Unzufriedenheit ist so groß geworden, daß die Pluten auch über den Liberalismus, der bei der Reichsfinanzreform und der preussischen Wahlrechtsreform eine soziale und gerechte Politik gemacht hat, zurzeit hinweg-

Industrie und Arbeiter in Japan.

Von Chagrin.

IV.

Ueber die Minenindustrie.

Es ist interessant, die Entstehung und rapide Entwicklung großkapitalistischer Konzerne im neuen Japan zu verfolgen. Raum war die alte Feudalherrschaft beseitigt, so erwiderte auch schon eine neue wieder. Sie unterscheidet sich sehr wesentlich von der alten. Der neue Feudalismus wird von einer viel schärfer begrenzten und an Zahl geringeren Schicht getragen als der alte; seine Vertreter sind von der Volksmasse durch einen weit tieferen Abgrund getrennt als die des alten; dieser neue Feudalismus hat unvergleichlich mehr wirtschaftliche Macht und Bewegungsfreiheit. Die Herrschaftsklasse der heutigen (Industrie-) Feudalen finden oben keinen so soliden Damm, wie es der Shogun (Militärkaiser) für die alten Feudalen war. Die Größe des Reichtums der neuen Feudalen mit dem Häufigen Hab und Gut der alten vergleichen wollen, hieße den Kontinuum neben einen Maulwurfshügel setzen. Fast der ganze Bodenreichtum des Landes gehört jener winzigen Kapitalisten-Gruppe, die hinter den Firmen Furukawa, Mitsubishi, Fudjita und noch ein paar anderen steht. Besonders in der Minenindustrie ist die Konzentration des Kapitals weit fortgeschritten.

Die Minenindustrie Japans ist alt. Gold, Silber, Kupfer, Kohle und Erdöl wurde schon im dreizehnten Jahrhundert, wenn nicht schon früher, dem Boden abgewonnen. Unter der Militärkaiserherrschaft der Tokugawa (1603—1868) sind allenthalben Schächte gebaut worden. Daß die Minenindustrie schließlich von der Textilindustrie überholt wurde, war weniger ihre Schuld. Den Machtverhältnissen im alten Japan mußte die Erzeugung von Geweben dringender erscheinen, als der geregelte Abbau der Erbschätze. Und dann stellte die Vertiefung des Bergbaues Aufgaben, die eine werkzeuglose und kenntnisarme Feudalzeit nicht lösen konnte.

Der japanische Bergbau hatte bis zur Eröffnung des Landes (1854) eine Fördermethode, die dem europäischen Bergbau des Mittelalters rücksichtlich hätte vorkommen müssen. Von geregeltem Abbau und rationaler Verwertung der Produkte konnte vor Ankunft der europäischen Ingenieure nur in beschränktem Maße die Rede sein. Ueberhaupt konnte der Bodenreichtum erst vermittelt europäischer Wissenschaft und moderner Werkzeuge erforscht und volle Kenntnis von der Masse und der Art seiner Mineralien gewonnen werden. Der japanische Bergmann hatte es während der zwei Jahrhunderte langen Isolierung seines Landes zu keiner nennenswerten Verbesserung des Produktionsprozesses gebracht. Weder hatte er die Welt mit genialen Ideen, noch mit epochemachenden Erfindungen beglückt. Mit dem Abschluß seines Landes von der Außenwelt schien auch die Schaffenskraft seiner Hirnzellen abgeschlossen zu sein. Uebrigens, ein Genie ist der kleine braune Mann nie gewesen. Alles was er schaffte: Schrift, Sprache, Kultur, Kunst, Sitten und Ideen hatte er sich sein ganzes Leben lang von außen, von China oder Korea, geholt; jetzt holt er sich von den „weißen Teufeln“, den Europäern.

Von Japan läßt sich nicht sagen, seine Erbschätze seien auf ein räumlich beschränktes Gebiet gehäuft. Die Kohlenlager sind über das ganze Reich zerstreut. Von Hokkaido bis Tschischima, d. i. vom äußersten Norden bis zur tiefsten Südspitze sind Erz- und Kohlenadern von verschiedener Größe und Abbaubarigkeit anzutreffen. Die Ausbeute an Gold, Silber, Eisen, Antimon, Mangan und Schwefel verjährt im Vergleich zu der an Kupfer und Kohle. Der Gesamtwert der Mineralproduktion wird für das Jahr 1908 auf 216½ Millionen Mark angegeben. Daran ist Kupfer und Kohle allein mit 188½ Millionen beteiligt.

Die japanische Kohle kommt in der Hauptsache aus den vier wichtigsten Distrikten Hokkaido, Schichu, Miike und Tschischima. Auf Hokkaido, im äußersten Norden des Reiches, sind vier Gruben in Betrieb, die der Hokkaidoer Schiffs- und Kohlenkompanie gehören. Die südöstliche Hauptinsel Japans, Kjuschu, birgt die ergiebigsten Kohlenlager. Ein Lager, das Schikoku allein, ist dreißig Meilen lang und vierzehn Meilen breit. Hier wird weit über die Hälfte der Kohle des Landes gefördert. Die Stärke seiner fünf besten Klöße ist durchschnittlich zweiundeinhalb Fuß. Südlich von Schikoku liegt, von sanften Meerwinden umspült, das kohlenreiche Miike. Schon von Ferne, vom Lande oder von der See, sieht man seine Rauchfäulen. Hier schaffen mehrere Tausend Inassen der großen Strafanstalt Schuschi-Iwan. Die Mine hat eine Ausdehnung von 14 000 Ader. Die beste Kohlenader hat eine Mächtigkeit von 20 Fuß. Der Abbau begegnet keinen anderen Schwierigkeiten als dem Wasser. Die Galerien liegen zum guten Teil unter dem Meere. Ein ich recht unterrichtet, so müssen mit jeder Tonne Kohle zwanzig Tonnen Wasser gefördert werden. Um des nassen Elementes Herr zu werden, brauchte es die ganze Intelligenz des Maschinenbauers. Vor zehn Jahren wurde eine Riesepumpe, die man dort mit großem Stolz und etwas zweifelhafter Verechtigung die „größte Pumpe der Welt“ nennt, zur Bewältigung der Wassermassen aufgestellt.

In mehr als einer Hinsicht scheinen die Minen auf den drei kleinen Tschischima Inseln, sieben Meilen südlich von Nagasaki, interessant. Hier wurden am ersten europäischen Arbeitsmethoden eingeführt. Viel Raum ist auf den Inseln nicht. Eins ist just groß genug, das Jedengebäude aufzunehmen. Da die Klöße alle unter dem Meere liegen, macht auch hier die Fortschaffung und Fernhaltung des Wassers große Sorgen und Kosten.

Der Hygieniker wird angenehme Erinnerungen von den meisten der japanischen Minenbezirke mitnehmen. Der schwarze Qualm und der schwere Gestank der europäischen Kohlenbezirke sind hier glücklicherweise nicht zu finden. Die Bechen liegen in blühender Landschaft oder im Saume des Meeres. Vom Ozean her weht ständig eine leichte Brise, gerade stark genug, Rauch und Staub restlos aufzutreiben. Bis hart an den Schacht reicht die grüne Decke der Natur. Von lustigen Anhöhen bilden die leichten Arbeiterhäuschen hinab auf den ewig wechselnden Spiegel des Ozeans.

Interessant ist die rasche Steigerung der Kohlenproduktion. Die Jahresförderung der 31 Minen stieg von 1901 bis 1906 von 9 027 000 (metrischen) Tonnen auf 12 980 000, aber, mit anderen Worten: der Wert der Jahresproduktion erhöhte sich innerhalb der sieben Jahre von 61 218 000 auf 126 288 000 Mark. Japan nimmt unter den Kohlenländern der Welt die achte Stelle ein.

Wit so hohen Produktionsziffern wie die Kohlenindustrie können die Kupferminen nicht aufwarten. Einige von ihnen bilden auf ein Alter von zwei Jahrhunderten zurück, und sie können heute des Lobes des Technikers und des Kaufmannes sicher sein. Die Mehrzahl der vierunddreißig Kupferbergwerke steht allerdings noch am Anfang ihrer Entwicklung. Die drei Minen Kichio, Kosaka und Beishi allein produzieren so viel Kupfer wie die anderen einunddreißig zusammen.

Im Jahre 1908 betrug die Kupferproduktion des Landes 47 730 048 Kilogramm oder einen Geldwert von gut 60 Millionen Mark. Unter den kupferproduzierenden Staaten der Welt rangiert Japan an dritter Stelle. Während seine Kohlen zum größten Teil an die eigene Industrie und an die durchfahrenden Dampfer für deren eigenen Bedarf abgegeben werden, werden 80 Proz. des Kupfers exportiert.

Zahl, Löhne und Arbeitszeit der Bergarbeiter.

Im Jahre 1906 waren von den 187 922 in der Minenindustrie tätigen Personen 73 751 in den Erzgruben, 108 598 auf den Kohlenzechen und der Rest in Nicht-Metallminen beschäftigt. Leider

hat der offizielle Statistiker vergessen, die in den Minen tätigen Frauen besonders zu zählen. Ihre Zahl muß eine sehr große sein, denn auf den Kohlen- und Erzwerken fand ich, überlags wenigstens, große Scharen Frauen bei der Kohlen- und Erzwäsche. Viele von ihnen waren noch in einem Alter, das anderwärts noch einige Jahre von der Schulpflicht getroffen wird.

Mit einem Eid auf die amtliche Lohnstatistik wird wohl niemand, am allerwenigsten ihr Autor das Gewissen belassen wollen. Das Bild, das sie gibt, ist zum besten Teil mit Farben gemalt, deren Unedelmüt dem Kenner aus schon von weitem erkennbar wird. Wie sich das statistische Gewissen des Offiziösen in weiten Grenzen bewegt, so auch seine Lohnzahlen. Die Unmöglichkeit einer detaillierten Enquete und die Schwierigkeit ihrer Verarbeitung hat er mit einem Saltomortale übersprungen. Er hat kurzerhand die höchsten und niedrigsten Lohnarten einiger Berufsgruppen auf Papier gemorfen. Damit ist schlechterdings nicht viel anzufangen. Auch ist nicht gesagt, wie viel Teile der Arbeiterschaft den Maximum- und wieviel den Minimumlohn erhalten. Als Höchstlöhne stehen Schöpe, von denen der oberflächliche Kenner schon weiß, daß sie ein Arbeiter nur alle Jubeljahre einmal und dann nur durch Zusammenwirken von tausend und einem günstigen Umstand erreichen kann, oder daß sie das Einkommen von Beamten, und keineswegs von niedrigen, darstellt. Als Maximumlohn für Kohlengräber steht die Pengzahl 1,33 (2,33 M.). Das ist nach meinen persönlichen Erfahrungen der Tagesverdienst eines Oberleiters. Der höchste technische Beamte der drittgrößten Kohlenzeche erhält nur 3,80 pro Tag. Ungeachtet aller der Mängel, die der offiziellen Lohnstatistik anhaften, soll sie — mangels etwas Besseren — hier hergesetzt werden.

Tagelöhne in der Minenindustrie Japans (in Mark)

	Erzgruben		Kohlengruben					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen				
	Max. - minimum	Max. - minimum	Max. - minimum	Max. - minimum				
Dauer	1,80	0,68	—	—	2,22	1,12	1,10	0,70
Feilerseher	1,18	0,76	—	—	2,06	0,92	1,00	0,48
Jurischer (Wäsche)	0,80	0,58	0,86	0,22	0,72	0,44	0,54	0,36
Schmelzhüttenleute	1,08	0,56	0,70	0,26	—	—	—	—
Schlepper, Bremsen usw.	1,08	0,60	0,76	0,26	1,40	0,72	1,00	0,44
Handwerker	0,94	0,54	—	—	1,24	0,82	—	—
Tagelöhner	1,14	0,66	0,24	0,24	1,24	0,86	0,94	0,94
	0,88	0,66	0,78	0,28	0,98	0,50	0,62	0,46
	0,78	0,60	0,86	0,26	0,92	0,54	0,48	0,82

Auch über die Arbeitszeit hat das Minenamt Erhebungen angestellt. Leider erstrecken sie sich nur auf fünf Berufsgruppen. Ob in dieser Arbeitszeit Ein- und Ausfahrt mit einbegriffen sind, wird nicht gesagt. Nach meiner Erfahrung ist hier nur die effektive Arbeitszeit gemeint.

Durchschnittliche Arbeitszeit

	in Erzgruben		in Kohlenzechen	
	Tag	Stunden	Tag	Stunden
	im Monat pro Tag		im Monat pro Tag	
Dauer	24	8	21	9
Feilerseher	?	?	?	?
Jurischer (Wäsche)	26	11	25	11
Schmelzhüttenleute	26	11	—	—
Handwerker	27	11	27	11
Schlepper, Bremsen usw.	?	?	25	11

Wie schon weiter oben erwähnt, läßt das amtliche Material nicht erkennen, ob der Lohn des größeren Teils der Arbeiterschaft

gehen. Wenn sich erst gezeigt hat, welche politischen Zustände die konservativ-kerikale Politik der letzten Zeit für Deutschland gebracht hat, dann muß die Umkehr erfolgen im Sinne der Bülow'schen Politik. Aber für den Augenblick gibt es keinen Weg zum Anschluß nach rechts und noch viel weniger zum Zentrum."

Ebenso wenig will aber Herr Wassermann etwas von einem Anschluß an den Linksliberalismus wissen; doch stellt er es der fortschrittlichen Volkspartei frei, in den ländlichen Wahlkreisen, wo Nationalliberale mit Aussicht auf Erfolg kandidieren, schon im ersten Wahlgang für diese zu stimmen:

"Niemand von uns denkt daran, die volle Selbständigkeit der Nationalliberalen Partei auch den links von uns stehenden Parteien gegenüber preiszugeben. Im Gegenteil. Wir sind alle davon überzeugt, daß wir als Mittelpartei berufen sind, eine gewisse Fühlung nach beiden Seiten aufrecht zu erhalten. In solchen Wahlkreisen, in denen wir gegen die Agrar-Delegierte des Bundes der Landwirte im Kampfe stehen, ist ein Erfolg nur dann möglich, wenn jeweils Verständigung zwischen uns und der fortschrittlichen Volkspartei erfolgt. Das kann nur dann erreicht werden, wenn auch diese Liberele erkennen, daß eine solche Politik nur bei starken gegenseitigen Konzessionen möglich ist. Es gibt eine Menge ländlicher Wahlkreise, die für den Liberalismus zweifellos nur unter national-liberaler Flagge zu erobern sind. Der Freisinn sollte dafür Verständnis zeigen, daß er in solchen Wahlkreisen auf eigene Kandidaturen verzichten muß."

Armer Großvater der Linken, wie bist du dürr geworden! Die Konservativen nehmten merkwürdigerweise diese politische Causerie furchtbar ernst und antworteten auf sie mit wilden Drohungen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die Wassermann die Fähigkeit zum Parteiführer abspricht, sagt:

„In einem Punkte hat Herr Wassermann allerdings eine gewisse Klarheit geschaffen. Er hat ein Zusammengehen mit den Konservativen und dem Bunde der Landwirte schlagend und unbedingt abgelehnt. Wenn er dabei einschränkend von konservativen Gebirgsbränden Richtung gesprochen hat, so hat das keine Bedeutung, da es bezweifelt wenige andere Konservativen gibt. Der Bund der Landwirte wird sonach in einer nationalliberalen Partei unter Wassermanns Führung eine Gegnerin zu erblicken haben. Das muß mit zwingender Logik aus Wassermanns Worten geschlossen werden."

Nicht ganz so schroff spricht sich die „Kreuzzeitung“ aus, aber auch sie meint, daß die Wassermannsche Taktik notwendig die nationalliberale Partei spalten müsse und daß diese Taktik es gewesen sei, die ihm die letzten heftigen Angriffe eingebracht habe.

Zur neuen Wahlrechtsvorlage.

Der fortschrittliche Abgeordnete Eichhoff hat in einer kürzlich gehaltenen Rede erzählt, daß der Reichskanzler die Absicht hege, sich mit den Parteiführern über eine neue Wahlrechtsvorlage zu beraten. Er (Eichhoff) jedoch meine, daß auch jede neue Wahlrechtsvorlage scheitern müsse, die nicht das direkte und zugleich geheime Wahlrecht enthalte.

Es zeugt von einer außerordentlichen Weisheit des fortschrittlichen Redners, wenn er nur von dem direkten und geheimen Wahlrecht gesprochen hat und nicht auch von der Beseitigung des infamen Klassenwahlrechts. Rinder beider als der Freisinn sind die Herren Konservativen, deren Presse mit der alten und leider nur zu bewährten jüngerlichen Dreistigkeit erklärt:

dem Maximal- oder dem Minimalmaß näher steht. Wenn die Verallgemeinerung der an Zahl naturgemäß beschränkten privaten Rechte und Einträge nicht ein zu großes Wagnis wäre, so möchte ich sagen, der Lohn des weitest ausgedehnten Arbeiterwahlrechts fällt mit dem Minimalmaß der amtlichen Statistik zusammen.

Um von dem monatlichen Durchschnittslohn der Bergleute ein etwas schärferes Bild zu haben, ist das Mittel zwischen Maximal- und Minimallohn der amtlichen Aufstellung mit der Durchschnittszahl der Arbeitstage im Monat multipliziert worden. Das Resultat ist wie folgt:

In der japanischen Minenindustrie verdienen durchschnittlich (pro Monat) in den

	Erzgruben		Kohlengruben	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Gauer	23,76	—	35,07	18,90
Zurichter (Wäsche)	17,04	7,54	14,50	11,25
Schmelzhüttenleute	21,06	12,48	—	—
Schlepper, Bremser usw.	—	—	26,25	15,50
Sandwerker	22,14	6,28	28,08	23,50

Bei den Kohlengrübern.

Kagasaki, der westliche Hafen des Mikadoreiches, war in frühester Zeit das einzige, wenn auch für lange Zeit ein schwer passierbares Tor für die westliche Zivilisation. Heute führt sie mächtiger denn je auf stolzen Ozeandampfern durch seinen engen Felsenpaß hindurch. Ganz natürlich, daß hier die alte und neue Zeit auf engem Terrain hart aneinander gedrängt sind. Lebte in den schmalen Gassen und Häusern Kagasakis noch ein gutes Stück des feudalen Zeitalters sein Leben fast ungeschwächt fort, so hämmert und poltert und acht jenseits des schmalen Hafentwassers das Zeitalter der Industrie um so mächtiger. Dem Städtchen gegenüber liegt die größte Schiffswerft des Landes, wo mehrere Tausend Arbeiter eifrig bemüht sind, ihre technischen Lehrmeister zu über-treffen.

Südlich von der Stadt steigt ständig eine schwere Rauchwolke auf, die vermuten läßt, daß auch dort das industrielle Zeitalter eingezogen ist. Ob der Himmel grau oder blau, ob die Wägen, Dänen und Felsen von schäumenden Seewellen oder von sanften Winden bespült werden, immer erblickt das Auge hinter der weichen Silhouette der Hafenanlagen den dräuenden schwarzen Rauchballen über dem Gewässer. Direkt darunter liegt auch die Quelle: die Kohlengruben von Takasima.

Diese Minen zählen zu den größten des Landes. Sie gehören der Misu Bishi Kaisha, einer Kapitalgesellschaft, der ein guter Teil der Erdöl-, Gas- und Schiffswerften Japans gehören. Ein unerwünschter Gast wird den Weg zu den Kohlenminen schwierig gangbar finden, da die Reise dahin auf den Schiffen der Minenbestitzer gemacht werden muß.

Wie so ziemlich überall in Japan, so wurde ich auch auf diesen Kohlenminen von der Polizei des Mikado empfangen. Das konnte mich nicht mehr in Staunen setzen. Denn der japanische Polizeidienst tauchte schon einige Tage nach meiner Ankunft in Tokio vor meinen Fenstern auf und begleitete mich auf ziemlich allen meinen Gängen. Von den lästigen Schattensüßlingen ließ ich mich erst wieder ganz frei, als ich dem Mikadoland Valed sagte hatte. Wie immer, so stellte die Polizei auch bei meiner Ankunft auf Takasima diverse imperiale Fragen: sie fragte nach Namen, Herkunft und nach dem Zweck der Reise. Das Resultat des Verhörs telephonierte sie an ihr Hauptquartier. Ist dort gegen den Besucher nichts in Erinnerung, so kann er gehen, aber er muß ein besonderer Glückspilz sein, wenn ein verdächtiger Schatten ihm nicht folgt. Aber besteht denn in Japan keine Freiheit für die Bürger? Gewiß. Sie ist fast so groß wie die in Rußland. Die Polizeidrängsal und das Spießbüchlein ist

daß jede neue Wahlrechtsvorlage scheitern werde, die tatsächlich zugleich das direkte und geheime Wahlrecht enthalten werde.

Um eine solche Erklärung abgeben zu können, müssen die Konservativen der Gefolgschaft des Zentrums absolut sicher sein. Denn nur mit Hilfe des Zentrums können die Junker die Verbindung von direktem und geheimem Wahlrecht abermals zu vereiteln hoffen!

Aus der konservativen Kriegserklärung ist also zu entnehmen, daß der blaue schwarze Antiwahlrechtsblock noch immer in unverbrüchlicher Bundes-treue steht. Die Massen haben daraus zu entnehmen, wie sehr es das erste Gebot des politischen Fortschritts ist, neben den Junkern auch dem Zentrum eine zerschmetternde Niederlage bei den nächsten Reichstagswahlen beizubringen!

Nationalliberal-kerikale Wahlrechtelmechtelei.

In einer Zentrumsversammlung in Wanne trat der Landtags-abgeordnete Dr. Gruenewald für ein Kompromiß der National-liberalen mit dem Zentrum bei der nächsten Reichstagswahl im Wahlkreise Bochum ein. Die Parole mußte lauten: „Heraus mit dem Sozialdemokraten!“ Ihm schloß sich Pfarrer Luft-Wanne an. In der Stichwahl müsse das Zentrum den Liberalen und umgekehrt der Liberalen den Zentrumsmann wählen.

Das bayerische Finanzgesetz in der Kommission.

München, 4. August. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Der Finanzausschuß beriet heute über das Finanzgesetz. Die beiden Vertreter der sozialdemokratischen Partei stimmten gegen das Finanzgesetz und damit gegen das Budget. Sie gaben gleichzeitig die Erklärung ab, daß ihre Abstimmung nur für ihre Person gelte und die Fraktion nicht binde.

Aus dem bayerischen Landtage.

München, 3. August. Nach einer mehrtägigen Pause lehrte die Kammer der Abgeordneten zur parlamentarischen Arbeit zurück.

Ihr wartete bereits die Kunde, daß das Oberhaus durch Be-seitigung des letzten Differenzpunktes die sehr gefährdete Steuer-reform unter Dach gebracht hat. Diese Kunde ist unerfreulich insbesondere für unsere Arbeiterschaft, weil für sie die Reform eine neue schwere Belastung bedeutet.

Für die Jahre 1910 und 1911 bedarf die Regierung zur Be-streitung der notwendigen Ausgaben eines Steuerzuschlages zu den direkten Steuern von 22 Proz. Die sozialdemokratische Partei stellte nun den Antrag, den Mehrbedarf in der Weise zu decken, daß man die geringen Einkommen weniger, die höheren Einkommen schärfer zur Beseitigung des Einnahmedefizits heranzieht. Alle bürgerlichen Parteien stimmten gegen den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die durch eine Differenzierung nichts anderes wollte als eine Schonung der wirtschaftlich Schwachen.

Der 3. August war den Beamtenpetitionen gewidmet. Trotz der Beamtenaufbesserung in der vorigen Session waren 195 Petitionen hauptsächlich von Unter- und Mittelbeamten einge-geben. Man verstand es, den für die Beratung dieser Petitionen gebildeten besonderen Ausschuß erst am Ende der Session zusammen-zusetzen zu lassen, so daß die Beratung und Beschlußfassung sich als eine reine Komödie darstellte. Der Ausschuß spielte sich im Plenum in der Weise ab, daß die bürgerlichen Parteien unter dem Wider-spruch der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen, in eine Spezial-diskussion überhaupt nicht einzutreten, weil es die Geschäftsfrage des Hauses nicht erlaube.

im Lande des Gottsohnes Mikado ebenso infam, als in Väterchens Reiche, nur wagt man das in Europa, wo man, kein Mensch kann sagen warum, in das asiatische Japan bernarrt ist, nicht freiwillig einzugehen.

Ueber die Tagesförderung der drei Minen auf den Takasima-Inseln wurden mir so widersprechende Angaben gemacht, daß ich zögere, sie hierher zu setzen. Die offizielle Publikation, der man nicht den Vorwurf großer Genauigkeit machen kann, gibt sie auf 16 000 Tonnen an. Das einfachste Rechenexempel zeigt, daß diese Zahl amerikanisch übertrieben ist. Die Löhne der (3000) Arbeiter sind natürlich sehr verschieden. Es scheint, hier haben die oben angeführten Minimalzahlen weniger Geltung als anderswo. Nach den Worten der Direktion verdient der (beste) Gauer 1,70 bis 1,90 M. pro Tag (im Akkord); der gelernte Zeit- lohnarbeiter 1 bis 2 M. Frauen und kleine Mädchen traf ich an der Kohlenwäsche massenhaft. Man muß schon sehr hübschen, wenn man durch den Rauch und Schmutz hindurch an ihren Gesichtern ihr Alter erkennen will. Auch beim Verladen der Kohlen in die Ozean-dampfer sind in der Hauptache Frauen und Mädchen beschäftigt. Ihre Tagelöhne schwanken zwischen 32 und 50 Pfennigen. Daß ihre Arbeitszeit zwölf Stunden ist, wurde schon früher gesagt.

Die Umgebung der Schächte läßt glücklicherweise die Naturfarbe der Kohle vermischen. Der Boden der Inseln prangt in prächtigem Grün. Zwischen den Bäumen und Sträuchern der Anhöhen lugen die proletarischen Behausungen hervor. Die Arbeiter wohnen sämt- lich in den Häusern der Kompagnie. Zu mitteln gibts dort nichts. Hausmiete zahlen die Leute nicht. Auch für die Beamten ist eine Art Kasino errichtet. Die Lebensmittel sollen die Arbeiter kaufen können, wo es ihnen beliebt. Ein Arbeiter braucht für Speise und Trank 50 bis 60 Pfennige täglich. Nach dem Bericht des ersten Be- amten sollen die Kohlengrüber enragierte Glücks- spieler sein. Wenn die Luft polizeirein und Selbstenheit gegeben sei, sondierten sie die Lotten Fortunata. Die Polizeistrafe, die ihnen für diese Sünde droht, könne sie wohl vorsichtig, aber nicht dem Spiel abwendig machen.

Durch das furchtbare Orubenburg vor fünf Jahren hat Takasima im fernen Osten eine traurige Berühmtheit erlangt. Dreihundert Mann bühten dabei ihr Leben ein. An Entschädigungen hat — nach den Angaben der Direktion — die Kompagnie 200 bis 300 Yen (400 bis 1000 M.) pro Getöteten ge- zahlt. Wenn dem wirklich so ist, dann ist auf Takasima ein Arbeiterleben immer noch weniger billig als in Ojasa, dem japanischen Manchester, wo ein Fabrikant mir sagte: ein geldtoter Arbeiter kostet mich 25 Yen (50 M.). Aber auch diese Summe zahle ich nur freiwillig. Eine Unterstützungs- kasse existiert auf Takasima nicht. Hier hat der Arbeiter alle Schläge des Schicksals ganz allein zu parieren.

Die Satzungen des Minengesetzes verpflichten die Minenbesitzer, für Unfälle Entschädigung zu zahlen. Der Zwang durch Androhung von Strafen scheint nicht sehr groß zu sein. Und andererseits ist nach Lage der Dinge der verleihte Arbeiter, selbst wenn er Rut, Mittel und Lust dazu hätte, nicht imstande, den Unternehmer an seine Pflicht zu erinnern. Aber die Minenbesitzer sind im Interesse der Erhaltung ihrer Leute gehalten, die Unfälle zu entschädigen. Die Unfälle sind innerhalb einiger Jahre erschreckend gestiegen. Während von 1901 bis 1906 die Zahl der in der Minenindustrie Beschäftigten von 158 397 auf 193 157 stieg, vermehrten sich die Unfälle in dem nämlichen Zeitraum von 577 auf 7282; oder, mit anderen Worten: innerhalb der sechs Jahre vermehrte sich die Bergarbeiterschaft um 25 Proz. und die Unfälle um 1162 Proz. Im Jahre 1906 wurden in der Minenindustrie 6820 Unfälle mit 7282 Verunglückten gezählt. Darunter waren 763 Getötete, der Rest war mehr oder weniger schwer verletzt.

Rossijelige Germanisation.

Im südlichen Teile der Provinz Posen, in den Kreisen Kro- loschin und Abelnau, besitzt der katholische Magnat Fürst von Thurn und Taxis Ländereien im Gesamtumfang von 25 000 Hektar. Sie wurden der fürstlichen Familie im Jahre 1817 für die Aufgabe der Postprivilegien vom preussischen König übertragen. Der preussischen Ansiedelungskommission waren nun die fürstlichen Besitzungen bei ihrer Tätigkeit im Wege und darum suchten — wie dem polnisch-nationalistischen „Kurjer Pognanski“ von angeblich gut unter- richteter Seite geschrieben wird — in den Jahren 1905 und 1906 hohes Regierungsbeamte den Fürsten zu bewegen, für 30 Millionen Mark seinen Besitz der Ansiedelungskommission abzutreten. Der Versuch scheiterte damals daran, daß der angebotene Preis der fürstlichen Verwaltung zu niedrig erschien. Im Jahre 1909 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und zurzeit soll die Sache so gut wie perfekt sein. Ein Teil der fürstlichen Güter — zehn Demänen — sollen in kurzer Zeit in den Besitz der Ansiedelungs- kommission übergehen. Wahrscheinlich hat man zu dem früher ge- botenen Preis einen erheblichen Teil zugelegt und deshalb wird die Aufforderung des polnischen Volkes, die deutsche katholische Aristokratie möge den Fürsten zum Rücktritt zu bewegen versuchen, auch wohl ohne Erfolg bleiben.

Passive Resistenz im Reichsamt des Innern.

Die Weigerung der Kanzleibeamten in den einzelnen Ressorts des Reichsamts des Innern, außerdienstlich Schreibarbeit zu ver- richten, hat ganz unhaltbare Zustände geschaffen. Im Patentamt liegen ganze Stöße wichtiger Schriftstücke, die abgeschrieben und ver- vielfältigt werden müssen, aber einfach unerledigt bleiben. Um ein noch größeres Durcheinander zu vermeiden, ist der den Beamten zu- stehende Urlaub hinausgeschoben worden. Die Beamten in den ein- zelnen Ämtern verlangen pro Ueberstunde 70 Pf. Gegenwärtig sind Verhandlungen im Gange, um diesen unerquicklichen Zuständen ein Ende zu machen.

Spanien.

Der Kulturkampf.

Madrid, 4. August. 138 regierungsfreundliche Vereinigungen Andalusens, welche 80 000 Mitglieder zählen, haben dem Minister- präsidenten Canelejas eine Adresse übersandt, in welcher sie ihn zu seiner antikerikalen Politik beglückwünschen. Gegen- über der für den 7. August geplanten Kundgebung der Katholiken bereitet der Republikaner Soriano eine Gegenkun- dgebung in San Sebastian für denselben Tag vor.

Die kerikale Agitation.

Madrid, 4. August. (P.-L.) Als das Verbot der Regierung, die katholische Massendemonstration in San Sebastian nicht ab- halten zu dürfen, bekannt wurde, verließen zahlreiche Automobile San Sebastian und Bilbao, um den Bewohnern der baskischen Städte mitzuteilen, daß die Demonstration doch statt- finde. Die Kerikalen bestehen darauf, trotz aller Vorbereitungen der Regierung und trotz des Verbots, katholische Obmänner durch- ziehen das Land, fordern zum Widerstand gegen die Regierung auf und verlangen dasselbe Recht der Ver- samlungsfreiheit, das den Liberalen zugesprochen wurde.

Nach einer Meldung des San Sebastianer „Pueblo Vasco“ werden am Sonntag allein acht Sonderzüge die Demon- stranten von Bilbao nach San Sebastian befördern, ungerchnet die zahlreichen anderen Züge aus den Städten des baskischen Hinter- landes. Von den Häfen werden Dampfer die Katholiken an den Bestimmungsort bringen. Proklamationen werden im Lande ver- teilt, worin die Bevölkerung aufgefordert wird, die alte Reli- gion des Landes zu retten und der Regierung zu zeigen, daß ihr Verhalten einen Religionskrieg herauszufordern muß.

England.

Zur Liberiafrage.

London, 4. August. Die „Times“ schreibt zur Liberia- frage: Es ist ein kurioses Beispiel von Ironie der Geschichte, daß im Laufe der Zeit dasjenige Land, welches die Monroe- Doktrin als den Grundstein seiner nationalen Politik gewählt hat, jetzt selbst die Hand dazu bietet, die Monroe-Doktrin zu durchbrechen und sich in die inneren Verhältnisse einer africa- nischen Negerepublik einzumischen. Wie es ebenso kurios ist, daß Monrovia, die Hauptstadt dieser Republik, ihren Namen von dem Präsidenten Monroe herleitet. Aber der amerikanische Senat läßt sich nicht verleiten durch das Vorgehen des Staats- sekretärs Knox; der Senat ist kein Freund einer Aben- teuerpolitik, er spielt nicht mit dem Gedanken an inter- nationale Komplikationen. Man ist ohne Zweifel in Amerika im vernünftigen Kreise überzeugt, daß Frankreich, der Besitzer von Französisch-Guana und der Besitzer der Eisenbahnen gegen die beabsichtigte Aktion der Amerikaner Widerspruch erheben könnte, und ebenso ist man nicht sicher, daß England, der Besitzer der Sierra Leoneküste, nicht ohne Protest die Amerikaner in Afrika handeln lassen würde.

Rußland.

Amnestiegedächte in Rußland.

Die Petersburger Zeitungen brachten vor einigen Tagen die Mitteilung, daß man in Regierungskreisen mit dem Plane umgehe, im Jahre 1913 anlässlich der 300-Jahrfeier der Dynastie Romanow eine umfassende Amnestie zu erlassen. Es sollten außer Kriminalverbrechern und Intendanten auch die politischen Verhafteten in Freiheit gesetzt werden, die an keinen terroristischen Akten teilgenommen haben. Das Gerücht erwiderte sich aber als falsch und die Regierungspresse be- eilte sich, die Nachricht der liberalen Organe zu dementieren. Charakteristisch ist die Aeußerung der offiziellen „Rossija“, daß die Amnestie für politische Verbrecher nicht als Gnade, son- dern als Kapitulation der Regierung vor den Feinden der bestehenden Ordnung“ angesehen werden müsse. Diese Worte sind eine gute Antwort an die liberalen Gefühlswüster, die eine allmähliche Besserung der Zustände in Rußland er- warten. Die Regierung Nikolaus II. denkt nicht im ent- ferntesten daran, das Schandregiment aufzugeben, das allein ihre Herrschaft stützt.

Türkei.

Der Völkert.

Konstantinopel, 4. August. Der griechische Gesandte hat dem Minister des Auswärtigen ernste Vorstellungen gemacht wegen der Fortbauer des Völkert, bei dem das Völkert- komitee als Nebenregierung handele. Der Minister wies in seiner Antwort darauf hin, daß die Völkert in dieser Sache ihr Möglichstes tue; auch die griechische Regierung müsse durch eine entsprechende Haltung heissen.

Verweigerte Auslieferung.

Konstantinopel, 4. August. Blättermeldungen zufolge sind mehrere kriegsgerichtlich Verurteilte in Abodos an Bord eines belgischen Dampfers geflüchtet. Die Auslieferung der Flüchtlinge wird von seiten der Belgier verweigert, da es sich um politische Verbrechen handele.

Nationalliberales Geld und christliche Wahlhilfe.

Kürzlich hatte unser Ludwigsbafener Parteiblatt festgenagelt, daß bei der letzten Reichstagswahl Mitglieder des Gewerksvereins „königlich christlicher“ Bergarbeiter in Saarabien zum Besuche der nationalliberalen Parteiversammlung am 5. Februar 1907 im Saalbau zu Saarbrücken vom Ortsvorstand Fahr- und Zehrgeld erhalten hatten. Darob natürlich die allergößte Aufregung im christlichen Lager. Der „Bergknappe“ ging ganz fürchterlich gegen die „neueste sozialdemokratische Verleumdung“ los. Und überdies — man weiß dort aus jeder Blume Honig zu saugen — sei durch die sozialdemokratische Behauptung, daß christliche Gewerkschaftler in einer nationalliberalen Wahlversammlung gewesen, bewiesen, daß die christlichen Organisationen durchaus nicht Zentrumsgewerkschaften seien. Es ist aber trotzdem jetzt in aller Ruhe durch unser Parteiblatt festgesetzt worden, daß damals zweihundert Gewerksvereiner Fahr- und Zehrgeld erhalten haben. Die unzufriedenen gewordenen Mitglieder forderten von ihrem Vorstände Aufklärung, und siehe da, dieser teilte mit, daß von den Mitgliederbeiträgen nichts für politische Zwecke ausgegeben worden sei, aber das nationalliberale Wahlkomitee von Saarbrücken habe damals 2000 Mark zur Verfügung gestellt! Na also.

Berlin und Umgegend.

Die streikenden Gummiarbeiter in der Norddeutschen Gummiwarenfabrik haben von der Direktion die Aufforderung erhalten, sich ihre Papiere zu holen und sich als entlassen zu betrachten. Sie kamen dieser Aufforderung auch nach, meldeten sich gruppenweise und erhielten die Papiere ausgehändigt. Damit ist aber der Stand des Streiks nicht verändert, denn der Betrieb ist zum größten Teile lahmgelegt. An Stelle der 350 Arbeiter und Arbeiterinnen sind 100—120 Leute angestellt, die den Anforderungen, die sonst an die Arbeiterschaft dieses Werkes gestellt wurden, bei weitem nicht entsprechen. Man hat sogar Leute aufgenommen, die man früher wegen Untauglichkeit und schwerer Verletzungen entlassen hatte. Die Streikenden halten fest zusammen und sind entschlossen, auszuhalten, wenn auch einige Meister sich die größte Mühe geben, die neuangestellten Leute anzulernen. Jedemfalls erwachsen der Fabrik große Verluste aus diesem Streik, der der Arbeiterschaft aufgezwungen worden ist. Die Arbeiter stellen keine Forderungen, sie verteidigen nur ihr Recht, sich den Arbeiterauschuss, der ihre Vertrauenslospersohnschaft sein soll, frei zu wählen.

Achtung, Mägenmacher!

Dem internationalen Sekretariat ging aus Wien die Mitteilung zu, daß dort seit dem 28. Juli 240 Arbeiter und Arbeiterinnen der Kappenmacherbranche (Mägenbranche) sich im Ausland befinden. Die Unternehmer, darunter auch die Firma G. A. Hoffmann, die ihre Hauptgeschäfte in Berlin, Oranienstr. 33, hat, haben jede Verhandlung abgelehnt. Zugug von Mägenmachern nach Wien ist streng fernzuhalten. Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Streik auf den Hamburger Seeschiffswerften.

Nachdem die zentralen Organisationen der Arbeitgeber — Gruppe Seeschiffswerften — es abgelehnt haben, auf die Forderungen der Verftarbeiter einzugehen, haben die Zentralverbände der in Betracht kommenden Arbeiterverbände es den lokalen Mitgliedschaften überlassen, in der ihnen geeignet erscheinenden Weise vorzugehen.

In Hamburg fanden am Mittwochabend neun von vielen tausend Verftarbeitern besuchte Versammlungen statt, die nach eingehender Erörterung mit tiefer Wehrheit — noch nicht fünf Prozent stimmten dagegen — die Niederlegung der Arbeit am Donnerstagabend beschloffen. Schon am Donnerstagmorgen ruhte die Arbeit fast gänzlich auf den Hamburger Werften, auf denen etwa 8000 Verftarbeiter aller Branchen beschäftigt waren. Der Rest der Arbeiter schließt sich am Abend den Streikenden an.

Die großen Werftproben haben den Kampf geteilt, der, wie auch in den Versammlungen hervorgehoben wurde, ein äußerst hartnäckiger werden wird.

Die mit ihrem Luxus prahlende und progende Hamburg-Amerika-Linie bedient sich, wie immer, wenn es gilt, für ihre Interessen einzutreten, der bürgerlichen Presse, um von unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter zu sagen. Das tut dieselbe Weltlinie, die noch nicht einmal die von den anderen Werften 1907 eingeführten Lohn- und Arbeitsbedingungen bewilligt hat!

Gefordert werden die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 53 Stunden — bei der Amerika-Linie wird noch 60 Stunden gearbeitet —, Schaffung von Einstellungslohn, Erhöhung der jetzigen Löhne um 10 Proz. und eine Regelung der völlig unregelmäßig und verschommenen Akkordlöhne. Die Ueberstunden sollen mit 33 1/2 (bisher 25), Nachtstunden mit 50 (wie bisher) und die Sonn- und Feiertagsstunden mit 75 (bisher 50) Proz. vergütet werden. Ferner wird eine Regelung der zügellosen Ueberzeitarbeit verlangt.

Kiel, 4. August. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Heute Donnerstagabend nahmen hier drei außerordentlich stark besuchte Versammlungen der hiesigen Verftarbeiter Stellung zu der Haltung der Werftverwaltungen. Die Versammelten erklärten sich mit dem Vorgehen der Organisationsleitung, im besonderen mit dem der Hamburger Kollegen, einverstanden. Sie beschloffen, vorläufig weitere Maßnahmen der Werftarbeiter abzuwarten. Gerüchten nach sollen am Sonnabend 60 Prozent der Verftarbeiter ausgesperrt werden.

Eine neue Methode der Scharfmacher zum „Schutze“ der Arbeitgeber?

Herr Generalsekretär Raffe ist im Hauptamt Angestellter des Verbandes der Metallindustriellen, dient aber auch noch anderen Unternehmerorganisationen als „Berater“; natürlich im Sinn des erwähnten Scharfmacherverbandes, mag auch die betreffende „beraterne“ Industrie dabei in ihren wichtigsten Interessen schwer geschädigt werden.

So war Herr Raffe auch im Juni d. J. in Eisenach auf der Generalversammlung des Verbandes der Eisfabrikanten und unter seiner Regide kam folgender merkwürdige Beschluß zustande: „Auf Tarifverträge mit Arbeitnehmerverbänden nicht einzugehen und darauf hinzuwirken, daß bestehende Verträge nicht erneuert werden.“

Man braucht sich bloß vor Augen zu halten, daß in den meisten in Betracht kommenden Orten die verhältnismäßig kleine Gruppe der Eisfabrikanten zu etwa 90 Proz. im Deutschen Buchbinderverband organisiert sind, und dieser Verband daher bequem imstande ist, einen monatelangen Kampf der gesamten Eisfabrikanten durchzuführen. Welch eine „Huge“ Idee des Herrn Generalsekretärs Raffe, den Buchbinderverband durch jenen Beschluß bei der Verantwortung, Reaktor: Hans Weber, Berlin. Insetatenteil verantw.

Mitbestimmung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Eisindustrie einfach auszuhalten zu wollen!

Aber Tatsachen sind härter als papierne Resolutionen. Das sahen auch bald die Einsichtigen unter den Eisfabrikanten ein, und so kam bereits am 6. Juli d. J. unter dem Vorsitz des Gewerksrichters in Hanau in aller Form eine „Vereinbarung“ zustande, die alle Merkmale eines Tarifvertrags an sich trägt und von den offiziellen Vertretern des Buchbinderverbandes mit sämtlichen Hanauer Eisfabrikanten abgeschlossen wurde. Letztere, unter den sich zwei Mitglieder vom Zentralvorstand der Eisfabrikanten befinden, werden nun für ihre verständige Haltung, die durch die Verhältnisse geboten war, in dem offiziellen Organe des Fabrikantenverbandes nicht schlecht angefaßt:

„Die Randbemerkungen aus den Kreisen der Industriellen der Branche (zu dieser „Vereinbarung“) werden sicherlich nicht ausbleiben!“

Die „neue Methode“ zum „Schutze“ der Arbeitgeber gedankt man anscheinend dagegen in dem Hauptstich der Eisindustrie in Pforzheim praktisch anzuwenden. Dort lehnte die Vereinigung der Eisfabrikanten unter ganz gezwungener Auslegung eines im Jahre 1908 getroffenen und am 1. August d. J. abgelaufenen Abkommens nicht nur jede Forderung auf Lohnerrhöhung, sondern auch jede Verhandlung mit der Arbeiterschaft ab, indem sie auf ein bezügl. Rundschreiben der Pforzheimer Zahlstelle des Buchbinderverbandes in ihrer Antwort folgendes erklärte:

„Die Vereinigung Pforzheimer Eis- und Kartonnagenfabrikanten hat infolge dessen keine Ursache, zu der bei ihr eingegangenen sogenannten „Vereinbarung“ Stellung zu nehmen.“

Das oben erwähnte Rundschreiben haben wir indessen dem Vorstande des Verbandes der Eisfabrikanten Deutschlands zur gef. Kenntnisnahme und zur Beratung mit dem Schutzverband deutscher Arbeitgeberverbände unterbreitet!

Sollte das wirklich die Inaugurierung einer neuen Methode bedeuten, daß die „Herren im Hause“ jede Unterhandlung mit ihrer Arbeiterschaft ablehnen und ihre Interessenvertretung dem „Schutzverband deutscher Arbeitgeberverbände“ übertragen, also sich ihrer sonst so viel gepriesenen Selbständigkeit selbst begeben, so würden sie damit schwere Kämpfe heraufbeschwören, die ihnen selbst die tiefsten Wunden schlagen dürften. Denn die Arbeiter werden keineswegs sich davon abhalten lassen, die erhöhten Steuern und die sonstige Verteuerung ihrer ganzen Lebenshaltung durch höhere Löhne weit zu machen und auch im übrigen nach der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu streben. Droht man ihnen mit dem „Schutzverband“, so werden sie logischerweise sich ihrerseits, falls es notwendig sein sollte, den Schutz der verbündeten Verbände anrufen, die sich ihre Spitze in der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften geschaffen haben.

In diesem Sinne hat auch der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes an den Zentralvorstand der Eisfabrikanten und dessen Pforzheimer Lokalverein geschrieben.

Man wird abzuwarten haben, ob das Verhalten der Pforzheimer Eisfabrikanten nur ein verkehrter Bluff war oder ob System in der „neuen Methode“ des Anrufens des Schutzverbandes der Arbeitgeberverbände liegt. Jedenfalls wird die Arbeiterschaft sich auch einer solchen Methode zu erwehren wissen.

Streik der Brauereiarbeiter in Stettin.

Obwohl in allen anderen Brauereien und Brennereien Stettins Tarifverträge mit dem Brauereiarbeiterverband bestehen, sträubte sich die Viktoriabrauerei nicht nur gegen einen Tarifvertrag, sondern auch gegen Zahlung der in den anderen Betrieben vereinbarten Löhne. Der Direktor Reyer erklärte, er sei neutral, weshalb wolle er keinen Tarif. Die bisher mangelhafte Organisation der Arbeiter in dem Betriebe ließ ein energisches Vorgehen nicht ratsam scheinen. Ganz ungenutzt half der Direktor selbst diesem Mangel ab. Die Frau eines Bierfahrers, welche aller Mittel bar, die Speien ihres Mannes verlangte, wurde vom Direktor Reyer hart abgewiesen. Das trug mit dazu bei, daß sich sämtliche noch abseits stehenden Arbeiter der Organisation angeschlossen. Das ganze Personal, zirka 60 Mann, legte die Arbeit nieder, um Herrn Direktor Reyer zur Aufnahme der Tarifverhandlungen zu veranlassen. — Zugug ist fernzuhalten.

Lohnbewegung der Buchbinderei-Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kunstanstalten von Nürnberg-Fürth.

Die Unternehmer haben die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen abgelehnt. Es wurde beschloffen, die Kündigung einzureichen und sofort die Leistung von Ueberstunden zu verweigern. Inzwischen ist die Kündigung bei neun Firmen erfolgt. Bei drei weiteren Firmen gibt es keine Kündigungsfrist. Im Falle eines Kampfes kommen zirka 600 Personen in Betracht. Vier Firmen haben die Forderungen anerkannt. Zugug von Buchbindern, Prägnern, Prägerinnen und sonstigen Buchbinderearbeitern ist streng fernzuhalten!

Fuhrleute aufgepaßt! Die Stuttgarter Transportarbeiter stehen in einer Lohnbewegung, um in der zweitwertesten Stadt Deutschlands geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Bisher werden Wochenlöhne von 18 bis 24 M. bezahlt, von welchen oft ein Viertel für die massenhaften Polizeistrafen abgeht, welche bei dem bergigen Terrain der Stadt für den Fuhrmann oft unvermeidlich sind.

Da die Stuttgart-Cannstatter Fuhrunternehmer auf Streikbrecher hoffen, welche durch Vermittlung des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes, Sitz Heidelberg, beschafft werden sollen, warnen wir die Fuhrleute allerorts dringend vor Arbeitsannahme nach Stuttgart-Cannstatt oder deren Vororte. Falls die Fuhrwerksbesitzer selbst oder deren Verwandte als Streikbrecher nach Stuttgart reisen, bitten wir um sofortige Nachricht. Adresse: Transportarbeiterverband Stuttgart, Holzstr. 16, Telefon 8831.

Der Streik der Dachdecker, über den wir in unserer letzten Nummer berichteten, ist in Burg ausgebrochen, nicht, wie wir meldeien, in Magdeburg.

Maßregelungen bei der Posenen Strafenbahn.

Bereits vor vierzehn Tagen haben wir auf die Willkür aufmerksam gemacht, die im Betriebe der Posenen Strahnenbahngesellschaft besteht. Dort weigerte sich die Direktion hartnäckig, mit einer gewählten Kommission über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Am Mittwoch hat die Direktion sämtliche an der Kommission beteiligten Angestellten, 4 Schaffner und 3 Fahrer, entlassen. Donnerstag früh erklärten sich nun 150 Schaffner und Fahrer mit den Entlassenen solidarisch und verlangten deren Wiedereinstellung. Die Direktion sperrte hierauf sofort diese 150 Mann aus und übergab ihnen auch gleichzeitig ihre Kündigung. Der Betrieb wird nur teilweise weitergeführt; an die Stelle der Gemahrgestellten sind zum Teil Werkstellenausschreiber getreten. Selbst den bürgerlichen „Posener Neuesten Nachrichten“ geht eine solche Handlungsweise zu weit und sie verlangen von der Direktion Rechtfertigung. Die Angestellten sind zumeist im Transportarbeiterverband organisiert.

Soziales.

Ueber die Arbeitslosigkeit der kaufmännischen und technischen Angestellten. Bringt das „Reichsarbeitsblatt“ wieder wichtige Angaben. 23 kaufmännische Vereine berichten über ihre Stellenvermittlung an das Statistische Amt. Bei ihnen waren zu Beginn des 2. Quartals 1910 noch unerledigt geblieben 17 853 Bewerbungen (14 651 männliche, 3202 weibliche). Dazu kamen im Laufe des Quartals 20 985 neue Bewerbungen (18 285 männliche, 2660 weibliche), so daß im ganzen 38 788 Besuche vorlagen. Davon konnten nur 7974 oder 21 Proz. durch die Vereine erledigt werden. 14 700 oder 38 Proz. wurden zurückgezogen und ohne Vermittlung der Vereine erledigt und nicht weniger als 16 114 oder 41 Proz. blieben am Quartalschluß unerledigt (13 800 männliche, 2314 weibliche). Von diesen 16 114 waren gänzlich stellenlos 5588 (4671 männliche, 1217 weibliche). In gefündigter Stellung befanden sich 4758 (4188 männliche, 570 weibliche), in ungefündigter Stellung 5468 (4041 männliche, 527 weibliche).

Gegenüber den 38 788 Bewerbungen, die im Laufe des Quartals vorlagen, waren nur 24 041 offene Stellen vorhanden, wovon am Quartalschluß 5631 übrig blieben. Bei den männlichen Handlungsgesellen kamen auf 100 offene Stellen 198 Bewerber, bei den weiblichen auf 100 offene Stellen 128 Bewerber.

Bei den Technikerverbänden, von denen 8 an das Statistische Amt berichten, lagen im Laufe des Quartals 3442 Bewerbungen vor, denen 2286 offene Stellen gegenüberstanden. Nur 560 oder 16 Proz. der Bewerber konnten untergebracht werden, 1307 oder 38 Proz. der Bewerbungen wurden zurückgezogen oder ohne Vermittlung der Verbände erledigt, 1575 oder 48 Proz. blieben am Schluß des Quartals unerledigt. Unter diesen 1575 Bewerbern waren 215 stellenlos, 144 in gefündigter Stellung, 411 in ungefündigter Stellung; für den Rest fehlt die Angabe.

Zur Statistik der Stellenlosigkeit für das 2. Quartal 1910 wurden 6 kaufmännische, 2 Bureaubeamten- und 3 technische Verbände mit insgesamt 329 681 Mitgliedern herangezogen, wovon auf die kaufmännischen Verbände 274 906, auf die Bureaubeamten 8981, auf die Techniker 45 696 Mitglieder entfielen. Hieron waren bei der Stellenvermittlung am Anfang des Quartals 4716, am Schluß 4541 Mitglieder als stellenlos gemeldet.

Kein Entlassungsgrund.

Der Arbeiter Sch. Hagte gestern beim Gewerbegericht gegen die Firma Martin auf Zahlung einer Entschädigung von 10,50 M. Er hatte kürzlich beim Gewerbegericht als Zeuge zu erscheinen und hat dort gegen die Beklagte ausgesagt. Er ist von da nicht rechtzeitig zur Arbeit zurückgekehrt und von der klagenden Firma deshalb entlassen worden. Die Kammer 5 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistrats Böbling gab dem Klageantrag statt, mit der Begründung, daß das unpünktliche Zurückkommen nicht gleichbedeutend sei mit unbedingtem Verlassen der Arbeit, und nur unbedingtes Verlassen der Arbeit berechtige zur sofortigen Entlassung.

Vom Posener Volksschulwesen.

Das Volksschulwesen in der Provinz Posen steht seit langen Jahren an niedriger Stelle innerhalb der preussischen Provinzen. Nach der letzten Statistik zählte die Provinz 379 626 Schüler und 5223 Lehrer. Demnach entfallen also auf eine Lehrkraft im Durchschnitt 73 Schüler. Im gesamten Preußen kommen 60 Schüler und in Westpreußen 64 Schüler auf eine Lehrkraft der Volksschule. Diese Zahlen zeigen, daß Posen weit zurück ist im Volksschulwesen. In der Provinzialhauptstadt selbst gibt es mehrere Klassen mit 72 bis 80 Schülern. Auch in den Aufwendungen für das Volksschulwesen rangiert die Provinz an letzter Stelle. In ganz Preußen beträgt der Durchschnitt der Aufwendungen für einen Schüler 63 M., in Posen dagegen nur 40 M. jährlich. Das benachbarte Westpreußen wendet 42 M. und Ostpreußen 44 M., Berlin aber 90 M. auf.

Trotz der Unsummen, die seit langen Jahren in die ostmärkischen Gebilde geworfen werden, befindet sich also das Aschenbrödel Volksschulwesen immer noch in eine jämmerliche Lage. So recht nach dem Herzenswunsch unserer Muder.

Wenn du aber gar nichts hast . . .

Aus Sach, der allen weltlichen Eiertadt, die sich erst vor einigen Tagen dadurch blamierte, daß sie am Tage der Freilichtfeier eine Schleiße mit Worten Freilichtgraths nicht am Denkmal dulden wollte, wird eine neue Heldentat gemeldet. In der Stadtverordnetenversammlung wurde beschloffen — 202 zahlungsunfähige arme Teufel konnten ihre Steuern mit 1214 M. nicht zahlen —, vom nächsten Jahre an die Namen der zahlungsunfähigen Steuerzahler durch die Lokalverwaltung zu veröffentlichen. Damit kommt dann gar wirtschaftlichen Not noch die besondere Achtung. Die Soester Stadtäter wollen jedenfalls im Geruch „frommer Christen“ bleiben, die an Sonn- und Feiertagen mit Zibrunst in der Kirche dem Prediger zuhören: „Selig sind die Baumbergigen!“ In der Tat aber kommt die Beschlußfassung auf die erneute Postulierung des Satzes hinaus:

„Wenn du aber gar nichts hast, Ach, so lasse dich begraben. Denn ein Recht zum Leben, Lump, Haben nur, die etwas haben!“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gegen die kirikaln Demonstrationen.

Madrid, 4. August. (B. L. B.) Die Regierung hat dem zuständigen Zivilgouverneur und dem Generalkapitan Anweisung erteilt, Manifestationszüge nach San Sebastian mit Gewalt zu verhindern und überall dorthin, wo es erforderlich sein sollte, Truppen zu entsenden.

Hochwasser.

Nordhausen, 4. August. (B. L. B.) Die Zuflüsse der Saale, Berra, Leine, Oker, Innerste, Wode und Unstrut aus dem Thüringertal und dem Harz führen seit heute nachmittag Hochwasser und haben vielfach die Talniederungen überflutet.

Absturz eines Schriftstellers.

München, 4. August. (B. S.) Wie den „R. N.“ aus Korfu berichtet wird, ist daselbst der Schriftsteller Dr. Kurt Bertels aus München in einer 40 Meter tiefen Felspalte als Leiche aufgefunden worden. Dr. Bertels, der erst 33 Jahre alt ist, hatte im März eine längere Studienreise angetreten, die ihn nach Monte Carlo, in die Türkei und nach Griechenland geführt hat.

Ein Opfer der Arbeit.

München, 4. August. (B. S.) Heute vormittag wurde beim Abblenden von Baumstämmen der 15jährige Schreiner Adolf Tischler von einem umstürzenden Stamm auf der Stelle getödet.

Die Bewegung der französischen Eisenbahner.

Paris, 4. August. (B. L. B.) Die Lokomotivführer und Geizer der Eisenbahnen haben beschloffen, an ihren Forderungen, die sich in der Hauptfrage auf Entlohnung, Befestigung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne beziehen, festzuhalten.

Vom Schiffdarbeiterstreik in Glasgow.

Glasgow, 4. August. (B. L. B.) Der Sekretär des Arbeiterverbandes hat an die ausländigen Arbeiter im Schiffsbaugewerbe ein Schreiben gerichtet. Viele Arbeiter haben darauf heute nachmittag die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Cholera.

Konstantinopel, 4. August. (B. L. B.) Im Lazarett von Sinope am Schwarzen Meere ist gestern ein Fall von Cholera mit tödlichem Ausgang vorgekommen.

Die Budgetbewilligung in Baden.

Von G. A. Lehmann-Mannheim.

Der Schluß des Badischen Landtages hat genau wie vor zwei Jahren der gesamten sozialdemokratischen Partei eine recht scharfe politische Dissonanz gebracht. Damals wie jetzt hat sich die große Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Fraktion mit ihrem Votum für das Staatsbudget in Widerspruch mit den Beschlüssen früherer Parteitage gesetzt. Das wurde vor zwei Jahren zum größten Teil bestritten, und es wurde der Lübecker Resolution von den Budgetbewilligern eine entsprechende Interpretation gegeben. Das ist nun diesmal nicht mehr möglich, denn der Nürnberger Parteitag hat inzwischen die Stellung der Partei zur Budgetfrage unzweifelhaft festgelegt, so daß der früher erhobene Einwand auch unter Anwendung kühnster Auslegungslust nicht mehr gemacht werden kann und — wie anerkannt werden soll — auch gar nicht gemacht worden ist. Dahingegen behaupten unsere badischen Parlamentarier — soweit sie für das Budget gestimmt haben —, daß der Nürnberger Beschluß die besonderen badischen Verhältnisse nicht berücksichtigt und daher nicht unter allen Umständen befolgt werden könne. Man wollte nicht gegen den Parteibeschluß verstoßen, aber man sei durch die politische Situation dazu gezwungen worden. Vor zwei Jahren war es ein anderer Grund, den unsere Genossen für ihre Haltung anführten. Damals erklärte der Sprecher der Fraktion, Genosse Dr. Frank:

„Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Finanzgesetz. Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat, wie zum Beispiel im Falle des Eisenbahnarbeiters Schäufele, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verlehrt und durch ihre Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksinteressen schädigt. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion im Zustandekommen der Beamtengehälter nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung derjenigen Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtelts zum Ausdruck zu bringen.“

Die Erklärung vom 14. Juli 1910 aber war viel knapper und allgemeiner. Sie lautete:

„Es liegt nahe, bei Abschluß des Finanzgesetzes Protest dagegen zu erheben, daß die sozialdemokratischen Staatsbürger noch immer nicht gleichberechtigt sind. Mit Rücksicht auf die besonderen, in den letzten Tagen veränderten politischen Verhältnisse haben meine Freunde sich aber entschlossen, von einer Demonstration abzusehen und dem Gesetz ihre Zustimmung zu erteilen.“

Diese besonderen politischen Verhältnisse sollen durch die veränderte Stellung gegeben sein, die der Minister des Innern von Wodman in einer Rede vor der Ersten Kammer unserer Partei gegenüber bekundete. Um bei den Herrenhausleuten die von der Regierung zur Gemeindeordnungsreform geforderte Sechstelung bei der Bildung der Wählerklassen durchzubringen, hatte der Minister erklärt, daß das starke Anwachsen der Sozialdemokratie zurückzuführen sei einmal auf die starke Industrialisierung Badens und zum zweiten darauf, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht rechtzeitig besonnen, sondern sich gegenseitig zerfleischt hätten.

„Die Sozialdemokratie schlechthin als eine Krankheit zu bezeichnen, geht nicht an. Sie ist zu bewerten, soweit sie die Monarchie und die Staatsordnung bekämpft, andererseits ist sie aber eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes, und da verdient sie Entgegenkommen.“

Daß diese reservierte und auf ein bestimmtes Gebiet eingeschränkte Anerkennung unserer Bestrebungen unsere Genossen im Badischen Landtag veranlaßte, nun alle vorausgegangen entgegengelegten Äußerungen des Ministers zu vergessen und für das Budget zu stimmen entgegen einem bereits gefassten Beschluß und trotz der zum Greifen naheliegenden Gefahr scharfer partei-

schädigender Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, dies ist nur zu erklären, wenn man annimmt, daß der Fraktionsmehrheit die ihr durch den Nürnberger Parteitag aufgedrängte oppositionelle Stellung unbehaglich war und sie nach einer Gelegenheit ausspähte, um aus dieser ihr unbehaglichen Situation, der sie sich in letzter Zeit etwas entzogen hatte, herauszukommen: Die Grobblodpolitik und der gerecht denkende Minister sollten gerettet werden! Das war das Ziel, das sie gesteckt hatten. Man darf sich wohl fragen, ob selbst vom Standpunkt rechtsrevisionistischer Auffassung das zu erstrebende Ziel das zu bringende Opfer wert war. Wird die erreichte Anerkennung der liberal-bürgerlichen Kreise nicht zehn- und vielleicht hundertfach aufgewogen durch vermindertes Vertrauen in den Arbeiterkreisen? Um die ganze Situation richtig würdigen zu können, sei hier in gedrängter Kürze ein Bild der Situation gegeben.

Die Wahlen von 1909 hatten uns im ersten Wahlgang 10 Sitze gebracht und die Stichwahlen erhöht die Zahl auf 20. Damit waren wir stärker geworden als die Nationalliberalen, die stärkste Partei des Grobblods. Denn der Grobblod bestand weiter und funktionierte gleich bei der Präsidentenwahl. Dadurch, daß das Zentrum den ihm angetragenen Posten eines ersten Vizepräsidenten nicht annahm, nachdem man ihm, obwohl es die stärkste Fraktion war, den Präsidentenposten vorenthalten hatte, wurde einer der Unserigen erster Vizepräsident. Die Hoffnung des ausgeschalteten Zentrums, daß die Weigerung unseres Genossen, bei Hofe sich vorzustellen, ihm Schwierigkeiten im erforderlichen geschäftlichen Verkehr mit der Regierung bereite, oder daß die Vorstellung erfolgen, und daß dann ein Parteiskandal einsehen würde, ist gründlich zu Wasser geworden. Das Präsidium hatte nämlich — was übrigens kein Kunststück war — herausgefunden, daß man dem Grobherzog von der Wahl des Präsidiums auch schriftlich Mitteilung machen könne. Auch an der feierlichen Eröffnung des Landtags im November vorigen Jahres hat keiner unserer Genossen teilgenommen. Und selbst dasjenige Mitglied, das durch das Los bestimmt worden war, nebst sieben bürgerlichen Abgeordneten den Grobherzog nebst Gefolge an der Schwelle des „Hohen Hauses“ zu empfangen und an den Thron zu begleiten, ist in der richtigen Erkenntnis, daß ihm seine republikanische Ueberzeugung höher stehen müsse als die antiquierten Bestimmungen der Geschäftsordnung, gleichfalls der feierlichen Eröffnung ferngeblieben.

Um so verwunderlicher muß es darum erscheinen, daß dieselben Leute, die damals mit diesem Verstoß gegen die Geschäftsordnung einverstanden waren, jetzt beschloßen haben, die zwei dem Kammervorstand angehörenden Genossen zum Grobherzog zu schicken, um in Gemeinschaft mit einer gewählten Deputation zu seiner silbernen Hochzeit zu gratulieren, weil die Geschäftsordnung das verlange. Die Liberalen hatten jenen Verstoß gegen die Geschäftsordnung damals ruhig hingenommen, mußten ihn ruhig hinnehmen, weil sie uns nötiger gebrauchten, als wir sie. Ja, die bürgerlichen Gegner haben dieser unserer Stellungnahme sicherlich ihre Achtung nicht verlagert. Die Zentrumspresse hat damals unser Verhalten als antimonarchisch bezeichnet und uns die Regierungsfähigkeit abgesprochen, während sie jetzt in Beziehung auf uns von einem moralischen Tiefstand in der Politik spricht, den wir in unserem Bestreben, Regierungspartei zu werden oder zu bleiben, an den Tag gelegt hätten.

Ebenso unverständlich ist es auch, daß zur Schlußfeier neun Mitglieder der Fraktion, sicherlich sehr zum berechtigten Erstaunen der Gegner, im üblichen schwarzen Feierkleid erschienen sind. Um diesen Vorgang richtig würdigen zu können, muß man noch wissen, daß die Zweite Kammer ihre Schlußfeier schon am Tage vorher gehabt hatte, in der die Uebersicht über die Tagung gegeben, der Dank an das Präsidium usw. erteilt und der Ständische Ausschuß gewählt war. Was in aller Welt, so muß man fragen, hat unsere Parteigenossen zu einer solchen Verrückung ihrer Taktik bewegt? Niemand hätte sie vermocht, wenn sie der Schlußfeier ferngeblieben wären. Nun, sie wollten auch hier ihre gute Lebensart beweisen; sie wollten zeigen, daß sie wissen, was sich schickt, und wollten damit vor allem einen weiteren Stein des Anstoßes auf dem Wege zur Einigung mit dem Liberalismus — von Waffermann bis Webel heißt diese politische Formel im Reich — beseitigen.

Daß es gerade Herr v. Wodman war, für den unsere Genossen als Vizepräsident glaubten eintreten zu müssen, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Denn gerade Herr v. Wodman ist es gewesen, der bei den letzten Wahlen zwischen Haupt- und Stich-

wahl in der „Karlsruher Zeitung“ einer Einigung zwischen Zentrum und Nationalliberalen gegen die Sozialdemokraten sehr entschieden das Wort geredet und ausgeführt hatte, daß die Nationalliberalen mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokraten mindestens eben so viel Gewinn hätten, als wenn sie umgekehrt mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum gingen. „Jedenfalls“, so hieß es, „soll hier nochmals betont werden, daß es tief bedauerlich wäre, wenn bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie durch Wahlhilfe Vorlauf leisten würden.“

Derselbe Minister hat aber auch öffentlich in der Zweiten Kammer einige Monate vorher mit Nachdruck erklärt, daß ein Beamter nicht Sozialdemokrat sein dürfe, denn er habe seinem Grobherzog den Treueid geleistet. Dagegen hat er zugegeben und es als selbstverständlich hinzustellen beliebt, daß die staatlichen Bezirksämter die Personalien der Militärreferenten an die Militärbehörden ausliefern, damit denen, die sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig sind, besser auf die Finger gesehen werden könne.

Nun soll neben der „Schwenkung“ des Ministers in bezug auf seine Anschauungen über die Sozialdemokratie auch der Umstand, daß das Zustandekommen der Gemeindeordnungsreform gefährdet gewesen sei und deren Fall auch den Sturz des Ministers zur Folge gehabt haben würde, unsere Genossen zu der plötzlichen Verrückung ihrer Stellungnahme in der Budgetfrage veranlaßt haben. Gätten unsere Genossen — so wird argumentiert — gegen das Budget gestimmt, so hätte die Erste Kammer die Gemeindeordnung fallen lassen, und mit ihr wäre auch der Minister gestürzt, weil er dann kein wichtiges Gesetz durchgebracht hätte und mit leeren Händen dagestanden wäre.

Eine merkwürdige Logik, denn man kann aus den Vordersätzen mit demselben Scheine von Recht auch den entgegengesetzten Schluß ziehen. Nach dem Vorausgegangenem ist der Minister vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht viel wert, jedenfalls ist er höchst unzuverlässig. Ziel er, weil die Vorlage fiel, so war also von unserem Standpunkt aus nichts verloren. Sein Nachfolger hätte unserer Partei nicht minder Rechnung tragen müssen, wie das schon unter Wodmans Vorgänger Dr. Schenkel der Fall gewesen war, der sogar einmal offen erklärte, er möchte die Sozialdemokraten im Landtag nicht missen.

Und dabei ist noch lange nicht ausgemacht, ob dem Minister Wodman das Eintreten unserer Genossen für ihn wirklich etwas beim Grobherzog genutzt hat, denn er ist ja nicht Vizepräsident, wie Dr. Schenkel es war, der bei den Wahlen im Jahre 1905 einen den Stichwahlgroßblod empfehlenden Artikel in die „Karlsruher Zeitung“ lanciert hatte, sondern, Wodman hatte, wie wir gesehen haben, das gerade Gegenteil getan.

Man müßte nun glauben, daß die neue Gemeindeordnung, um welche der Kampf geführt worden sein soll, einen besonders großen Wert für die Arbeiter besitzt. Statt dessen ist der Vorteil, den das neue Gesetz bringt, gar sehr bescheiden, denn das Klassenwahlrecht ist geblieben, nur ein wenig gemildert, und der Kreis der Wahlberechtigten wurde nur dadurch um ein Geringes erweitert, daß das wahlfähige Alter vom 28. auf das 25. Lebensjahr herabgesetzt wurde. Welche unwesentliche Verschiebung durch die Einführung der Sechstelung anstatt der für die Städte mit mehr als 4000 Einwohnern bisher bestandenen Zwölftelung herbeigeführt werden wird, mag folgendes Beispiel zeigen.

Die Wählerzahl in der Stadt Mannheim betrug zum Reichstag 37 450 und zur letzten Stadtverordnetenwahl im Oktober 1908 nur 25 524.

Die Verteilung der Wähler auf die einzelnen Klassen stellt sich folgendermaßen:

Table with 3 columns: Klasse, Letzte Stadtverordnetenwahl (1908), Neues Wahlgesetz. Row 1: Erste Klasse, 2 127, 4 255. Row 2: Zweite Klasse, 4 254, 8 510. Row 3: Dritte Klasse, 19 143, 12 759.

Rechnet man die 11 900 Reichstagswähler, die überhaupt kein Kommunalwahlrecht besitzen, zu den 12 700, die auch nach dem neuen Gesetz noch in der dritten Klasse rangieren, so haben die 12 700 Wähler der ersten und zweiten Klasse trotz aller Reform immer noch doppelt so viel Recht wie die 24 600 erwachsenen männlichen Personen über 25 Jahren, die entweder die dritte Klasse bilden oder, trotzdem sie Reichstagswähler sind, überhaupt kein Gemeindevahlrecht besitzen.

Kleines feuilleton.

Reptilien-Romane. In den Lebenserinnerungen von Justus v. Schardt, die in der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht werden, erzählt dieser später ins auswärtige Amt berufene Journalist erhebliche Dinge von seiner Freisetztätigkeit im offiziellen Reptilien-Lump. Er schrieb anfangs der achtziger Jahre unter dem Pseudonym Wismar-Büttlamer die „Neuesten Nachrichten“ für die Provinzialblätter. Da diese Korrespondenz aber keine Verbreitung fand, gab man als Lokalmittel — Romane zur Belohnung guter Befinnung drauf!

Schardt berichtet über diesen Handel: „Um Anziehungskraft und Verbreitung der „Neuesten Nachrichten“ zu erhöhen, hatte Herr v. Bitter (der Reptilienliebhaber) den Minister zur Bewilligung einer nicht ganz unerheblichen Geldsumme bestimmt, aus welcher der Ankauf noch nicht veröffentlichter Romane und Novellen beliebiger Schriftsteller bestritten werden sollte. Die so „wertvollen Gaben“ wurden an diejenigen der von den „Neuesten Nachrichten“ gespeisten Provinzialblätter verteilt, die sich um die Regierungspresse besonders verdient gemacht hatten, und denen man zu einem größeren Leserkreis verhelfen wollte. Gegen ansehnliche Honorare wurden die Herren Romandichter willig gemacht, und die anschließliche Benutzung ihrer Werke für anderthalb Jahre zu überlassen, nach Ablauf dieser Frist durften sie in Buchform erscheinen.“

Zu diesen beliebten Dichtern gehörte Wildenbruch mit seiner „Donau“, Goppfen u. a. Mit den Männern ging das Geschäft glatt, kaum daß die Herren nach den Blättern fragten, in deren Interesse sie verhandelt. Schwieriger, aber auch lehrreicher waren die Verhandlungen mit einzelnen der dichtenden Damen. In diesen, da die gezahlten Preise den landesüblichen Durchschnitt überstiegen, die Verhältnisse der Lieferantinnen bescheiden waren, so war auch ihnen das Geschäft zum Geschäft geworden, das sich nach den Verhältnissen zwischen Angebot und Nachfrage richtete!

Da sage man noch, daß Preußen nichts für die Literatur tut! Es zahlt sogar die höchsten Preise, um mit „Dichtkunst“ die Reptile zu füttern.

Die Nerven am Telefon. An jedem Telefongespräch sind drei Nervenbündel beteiligt, vorausgesetzt, daß es richtig zustande kommt, der Rufer, die Telephonistin und der Angerufene. Je mehr sich der Begriff der Person bei diesen Dreien mit dem eines Nervenbündels deckt, desto unerfreulicher kann die Sache verlaufen. Immerhin gebietet es die Gerechtigkeit anzunehmen, daß die weiblichen Beamten auf dem Telefonamt, diesem ewigen Pufferstaat, noch am ehesten wegen Nervosität entschuldbar sind. Daran denken aber leider wenige Fernsprecherbesitzer, die vielmehr auf ihr vermeintliches Recht pochen, stets aufs schnellste und genaueste bedient zu werden. Jemand geht ans Telefon und hebt den Hörer ab, meldet sich das Amt nicht sofort, so ärgert er sich und fängt vielleicht zunächst milde an zu schimpfen. Hat er

keine Nummer angegeben und bekommt wieder nicht sofort Antwort, so ärgert er sich zum zweiten Mal und schimpft zum zweiten Mal. Wird er aber gar mit einer falschen Nummer verbunden, so bekommt er einen Butanfall. Es gibt natürlich auch Ausnahmen, aber die Ungebuld ist in höherem oder niedriger Grade die Regel. Das ist vielleicht einfach menschlich und wäre auch nicht besonders tabuliert, wenn die Folgen sich nicht immer gegen die Telephonistinnen richteten, deren Nerven dadurch zerrieben werden müssen und wahrhaftig auch etwas Rücksicht verlangen dürften. Auf einer der großen Berliner Ausstellungen sah ich gerade vor einiger Zeit auch eine kleine Telephonistin gezeigt, bei der die Telephonistin sich bei ihrer Beschäftigung fortgesetzt unterhielt, während der Rufende auf der anderen Seite der Bühne über die schlechte Bedienung beinahe in Lohlsucht verfiel. Dieser Scherz war sehr zu tabeln. Es weiß nicht jeder, der das Telefon täglich in Anspruch nimmt, wie es auf einem „Amt“ zugeht, und daß es durchaus kein Vergnügen ist, dort zu arbeiten. Nichts ist mehr anstrengend als nervöse Erregung und die Telephonistin hat eigentlich den ganzen Tag mit Leuten zu tun, die im Zustand mehr oder weniger großer Eile und Ungebuld sich befinden. An ihre Nerven werden also die größten Ansprüche gestellt und niemand, der das Telefon häufig benutzte, sollte vergessen, daß er durch die Wahrung der Selbstbeherrschung am Fernsprecher gewissermaßen einen Akt von Nächstenliebe ausübt.

Eine Statistik der Höhenflüge. Eine Statistik der Höhenflüge, die bei dem bevorstehenden Weltflug über die Alpen von besonderem Interesse ist, wird im „Figaro“ zusammengestellt. Sie erstreckt sich auf die letzten 18 Monate und gibt ein deutliches Bild von den großen Fortschritten, die die Techniker der Flugkunst in dieser kurzen Zeit gemacht haben. Als Wilbur Wright am 18. Dezember 1908 in Avours mit seiner Flugmaschine eine Höhe von 115 Meter erreichte, feierte man diesen Erfolg als einen Triumph und in der Tat verstrichen sieben Monate, ehe diese Leistung überboten werden konnte. Es war Paulhan, der am 18. Juli 1909 bei einem Fluge in Douai eine Höhe von 150 Meter erreichte. Fünf Wochen später, am 20. August, überbot Paulhan diesen Erfolg um 5 Meter. Mit seinem denkwürdigen Fluge um den Eiffelturm löste der Graf de Lambert ihn ab und stieg am 18. Oktober 1909 bis zu 300 Meter empor. Aber nun riß Paulhan den Rekord wieder an sich und konnte am 19. November in Vouz 360 Meter verzeichnen. Sein Triumph war nur von kurzer Dauer, denn am selben Tage noch erreichte Paulhan 410 Meter Höhe. Am 1. Dezember übertraf er sich dann selbst und steigerte seine Leistung auf 475 Meter. Aber er war damit noch nicht zufrieden: am 7. Januar 1910 leitete er eine neue Etappe in der Entwicklung des Höhenfluges ein, indem er in Vouz bis zu einer Höhe von 1000 Meter emporstrebte. Aber Paulhan sah ihm auf den Fersen. Am 7. Januar hatte Paulhan seinen 1000 Meter-Rekord aufgestellt, fünf Tage später, am 12. Januar, stieg Paulhan mit seiner Maschine in Los Angeles

bis zu 1260 Meter hinauf. Der Wettkampf der beiden Rivalen war damit noch nicht abgeschlossen. Zwar verstrich ein halbes Jahr, ehe Paulhans Leistung überboten werden konnte, dann aber, am 7. Juli, eroberte Latham die Meisterschaft zurück: er erreichte 1384 Meter. Wie man sieht, waren es vor allem Paulhan und Latham, die bis dahin die Entwicklung der Höhenflüge förderten. Nun traten neue Pioniere in den Wettkampf: am 30. Juli stellte der Abattier Oliez Laegers einen neuen Rekord auf, er stieg zu 1524 Meter empor und nun, am Montag, hat ein bisher wenig bekannter junger Flugkünstler, der Belgier Ynd, die Palme an sich gerissen und einen Höhenflug von 1700 Meter glücklich vollendet, der inzwischen schon wieder durch Chabey mit 1775 Meter überholt wurde.

Die Befragung der chinesischen Mauer vor 2000 Jahren. In der Pariser Akademie der Inschriften hat Prof. Chabannes die zwei Jahrtausende alten, auf Holz geschriebenen Dokumente vorgelegt, die Dr. Stein auf seiner Forschungsreise durch Zentralasien an den östlichen Zellen der großen chinesischen Mauer gefunden hat. Die Inschriften und Aufzeichnungen stammen zum größten Teile aus dem ersten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung; ihr Inhalt gibt ein lebendiges Bild der Lebensweise der chinesischen Soldaten, deren Aufgabe es war, das himmlische Reich gegen die von Westen herandrängenden fremden Kulturen zu schützen. Auch die Ueberreste von Wächern wurden gefunden, so eine besondere Abschrift des Pi-King, ferner eine Sammlung medizinischer Rezepte, ein Traktat über Prophezeiungen und zwei kostbare Kalender, einer aus dem Jahre 63 v. Chr. und einer aus dem Jahre 59 v. Chr. Dr. Stein entdeckte auch ein chinesisches Wörterbuch, das zur Zeit der Han-Dynastie im altchinesischen Lehrwesen eine große Rolle spielte. Diese Funde umschließen die ältesten chinesischen Handschriften, die bisher der Wissenschaft bekannt geworden sind. Aus dem Inhalt ergibt sich, daß die Soldaten in Naturalien, die Beamten dagegen in bar bezahlt wurden. Man kannte in jener Zeit nur zwei Getreidearten, Roggen und Hirse; als Scheidemünzen dienten kupferne Sapefen. Aus den aufgefundenen Dokumenten lassen sich noch die genauen Preise für Seide feststellen; leider fehlen für die Getreidepreise einstuftweilen genauere Hinweise. Der chinesische Kalender kannte auch den Metonischen Mondzyklus. Auch das Notensystem der Pythagoräer war den Chinesen bekannt, wie überhaupt sowohl die Zeitrechnung und die Musik mit der griechischen Kultur eine überraschende Uebereinstimmung zeigen.

Notizen.

Theaterchronik. Hermann Sudermann hat seine vieraktige Komödie „Schmetterlingsflucht“ der Neuen Freien Volksbühne zur Aufführung im Neuen Volks-Theater überlassen. Der Autor hatte das Stück, nachdem es im Jahre 1895 am Kessing-Theater einen Premierenfiasco erlebt hatte, nie wieder in Berlin aufführen lassen.

Das neue Wahlgesetz enthält also noch immer ein Pluralwahlrecht, höchst beschränkter Natur.

Der Kampf in der Ersten Kammer um dieses Wahlrecht war nur der um eine geringfügige Milderung des bisherigen Zustandes. Mit einer Stimme Mehrheit war die Schlichtung zuerst abgelehnt worden. Sie durchgesetzt zu haben, war das Verdienst des Herrn v. Bodman. Daß es kein großes Verdienst ist, ergibt sich aus den oben mitgeteilten Zahlen. Dabei hat noch die Erste Kammer die von der Zweiten Kammer beschlossene Erweiterung des Wahlkreises durch die Bestimmung, daß das Wahlrecht nicht mehr von der Führung eines eigenen Haushaltes abhängig sein sollte, zu Fall gebracht und die „Vollkammer“, wie die Zweite Kammer von gewisser Seite gerne genannt wird, hat sich diesem Beschluß gefügt! Auch unsere Parteigenossen glaubten, die Einigkeit nicht dadurch stören zu dürfen, daß sie aus der Reihe tanzten und die Aufrechterhaltung der für die Arbeiter so wichtigen Bestimmung verlangten. Die außerordentlich wichtige die Erweiterung des Wahlrechtes auf die sogenannten Unselbständigen aber gewesen wäre, das lehnt die oben gemachte Gegenüberstellung der Zahl der Wahlberechtigten zum Bürgerausgleich und zum Reichstag. Mannheim, die größte Stadt des badischen Landes, zählte bei der letzten Reichstagswahl 37 450 Wähler und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1908 nur 25 524 Gemeinbewähler. Selbst wenn man die Tatsache unberücksichtigt läßt, daß die Gemeinbewählerliste ein und ein halbes Jahre später aufgestellt worden ist als die Liste für die Reichstagswahl, und eine Zunahme der Bevölkerung mittlerweile eingetreten war, so ergibt sich trotzdem das verblüffende Resultat, daß von den Reichstagswählern nur 68,2 Proz. das Gemeinbewahlrecht besaßen. Die Bestimmung über selbständige Lebensstellung in Verbindung mit der weiteren Vorschrift, die einen zweijährigen Aufenthalt am Orte als Vorbedingung für die Erlangung des Wahlrechtes aufstellt, trifft fast ausschließlich diejenigen Personen, die zur dritten Wählerklasse gehören.

Der arbeitserfindliche Charakter des badischen Gemeinbewahlrechtes kommt aber nicht nur in der Einteilung der Wähler nach Klassen, in der Forderung einer zweijährigen Ortsansässigkeit und einer selbständigen Lebensstellung zum Ausdruck, sondern auch in der Bestimmung, daß auch derjenige als selbständig angesehen wird und das Wahlrecht hat, der jährlich mindestens 17 M. (bisher 20 M.) an „direkten ordentlichen“ Staatssteuern bezahlt. Da dieser Staatssteuerbeitrag einem Jahreseinkommen von 1400 bis 1600 M. entspricht und die Arbeiter mit ihrem Einkommen unter diesem Satz bleiben, so haben sie von dieser Vergünstigung keinerlei Nutzen. Kein Wunder, daß die Erste Kammer, nachdem die „Vollkammer“ die Bestimmung über selbständigen Haushalt wieder eingeführt hatte, dem Entwurf mit großer Mehrheit zustimmte. Denn das neue Gesetz ist, was die Beschränkung der Wählerzahl durch die Bestimmung über selbständigen Haushalt anbelangt, sogar noch schlechter als das preussische. Nach einer von der Zentralstelle des Deutschen Städte- und Landtags gemachten Aufstellung entfielen auf 100 Einwohner in Mannheim 18,7, in Freiburg i. Br. 10,8, dagegen in Altdorf 18,2 und in Spandau 18,08 Gemeinbewähler. Einen geringen Fortschritt bringt es, daß die Proportionalwahl sowohl für die Stadtverordnetenwahlen wie für die von den Stadtverordneten vorzunehmenden Stadtratwahlen eingeführt wird. Durch den Proporz wird erreicht, daß die bürgerlichen Parteien in den Industriorten auch in der dritten Wählerklasse und wie dafür in der zweiten Wählerklasse Vertretungen erhalten. Eine nennenswerte Verschiebung in dem bisherigen Bestände wird allgemein nicht erwartet. Einen Fortschritt bringt das Gesetz weiter noch der Richtung, daß die einzelnen Fraktionen ihrer Stärke entsprechend im Stadtrat vertreten sein werden.

Wenn unsere Fraktion angesichts dessen, daß ihre Versuche zur Erweiterung des Wahlrechtes fehlgeschlagen sind und daß auch der erreichte bescheidene Fortschritt von den Herrenhändlern wieder beseitigt war, schließlich gegen die Vorlage gestimmt und die Verantwortung den bürgerlichen Parteien überlassen hätten, so würde das sicherlich von den Arbeitern besser verstanden worden sein, als wenn sie, wie das jetzt geschieht, ihre Zustimmung zum Budget mit der Sorge um das Zustandekommen der Gemeinbewahlreform zu begründen versuchen.

Daß eine Partei, die da glaubt, sich nicht ausschalten zu dürfen, damit die Regierung nicht auf eine andere Partei angewiesen sei, oftmals in eine unhaltbare Stellung gerät, zeigt deutlich das Verhalten unserer Genossen in der badischen Kammer bei Gelegenheit der Beratung des Einkommensteuergesetzes. Die sozialdemokratischen Anträge auf stärkere Heranziehung der großen Vermögen waren in der Kommission abgelehnt worden. Desgleichen war auch ein Antrag des Zentrums gefallen, der die Einkommen von 1800 bis 3000 M. um ein geringes entlasten und die über 10 000 M. entsprechend mehr heranziehen wollte. Da die Regierung diesen im Plenum der Kammer wieder eingebrachten Antrag für unannehmbar erklärte und unsere Genossen sich an die in der Kommission gefassten Beschlüsse gebunden glaubten und weder die Regierung noch die liberalen Freunde vom Großblod in Angelegenheiten bringen wollten, halfen sie den Zentrumsantrag mit niederzukommen. Wenn man die beliebte Taktik immer mit der Notwendigkeit zu begründen sucht, praktische Erfolge zu erzielen, so dürfen wir zu unserem Schaden bald gewahr werden, daß unsere hier eingenommene Stellung auch taktisch höchst unglücklich war, weil wir dem Zentrum und den Konservativen damit eine Waffe in die Hand gegeben haben, die uns sicherlich doppelt so viel Schaden bringt, wie die Zustimmung zum Budget nach Ansicht der Mehrheit der Fraktion überhaupt nur bringen kann.

Mit dem Einwand, daß die besonderen badischen Verhältnisse eine Politik positiver Ritarbeit erforderten, läßt sich so ziemlich jede Zustimmung begründen. Als im Jahre 1904 das neue, jetzt geltende Wahlrecht eingeführt wurde, ist es unserer damaligen Fraktion nicht im Traume eingefallen, deshalb aus Dankbarkeit für das Budget zu stimmen. Nein, sie stimmte auch gegen die Wahlrechtsvorlage, weil sie für die in ihr enthaltenen Erweiterungen der Rechte der Ersten Kammer nicht die Verantwortung übernehmen wollte. Diese Stellung unserer Fraktion ist, wie unsere Erfolge bei den Wahlen im darauffolgenden Jahre gezeigt haben, sehr wohl vorhanden worden.

Nun wird noch gesagt, man habe, um dem Zentrum zu zeigen, daß man seiner zur praktischen Arbeit nicht bedürfe, also aus sogenannten „höheren Gründen“ die liberalen Großblodbrüder nicht auf die Gnade der schwarzen Herrschaften anweisen können. Um den Großblod nicht zu gefährden, habe man zustimmen müssen. Nun, mit ähnlichen Argumenten haben die Freisinnigen im Reichstag zur Blockzeit ihr Verhalten zu rechtfertigen versucht. Aber trotzdem sie beim Vereinigenseh der Sprachen- und den Jugendparagrafen gescheitert hatten, ist ein Jahr später der Blod doch glücklicherweise zusammengebrochen. Auch der Kampf gegen das Zentrum überbrückt nicht alle Gegensätze, die zwischen uns und den bürgerlich-liberalen bestehen. Es sei hier nur an das weite Gebiet des Arbeiterkampfes, des Versicherungswesens und der Steuergesetze erinnert. Die harten Tatsachen haben übrigens den badischen Großblod schon einmal gesprengt. Die Biersteuer zu erhöhen haben unsere Genossen als Gegner der indirekten Besteuerung selbstverständlich abgelehnt und haben es klugweise den Nationalliberalen überlassen, sich mit dem Zentrum über die Einzelheiten der Bestimmungen zu einigen und allein die Verantwortung zu tragen. Würde sie bei der Gemein-

Wahlreform und beim Einkommensteuergesetz denselben Standpunkt eingenommen und sich dem Beschluß des Münchberger Parteitag zugesagt haben — für dessen Befestigung oder Wiberung in Wort und Schrift zu wirken ja einem jeden unbenommen bleibt —, so ständen wir jetzt als eine machtvolle geschlossene Phalanx den Gegnern gegenüber, während dieser innere Kampf wertvolle Kräfte — wenn auch nur vorübergehend — absorbiert und die Schwungkraft unserer Propaganda lähmt.

„Neue Zeit“

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

wird am Sonntag, den 7. August, im Gewerkschaftshaus zu Halle a. d. Saale seinen zehnten Verbandstag beginnen. Der Verband, der in der Prosperitätsperiode 1906/07 einen außerordentlichen Aufschwung nahm, hat natürlich unter dem Einfluß der Depressionsjahre 1908/09 seine Entwicklung nicht in demselben Tempo steigern können. Seine Mitgliederzahl, die Ende 1907 130 885 betrug, sank bis zum ersten Quartal des vorigen Jahres auf 100 918 herab. Sie stieg aber bis zum Ende des Jahres wieder auf 141 024, so daß dem Verband immerhin noch ein Gewinn von 4189 Mitgliedern verblieb. Die Zahl der Zahlstellen und Orte mit Einzelmitgliedern beträgt 495. Seit Beginn dieses Jahres hat ein ganz rapider Aufschwung eingesetzt, der zur Zeit noch anhält und die Mitgliederzahl bis jetzt auf circa 160 000 brachte. Das Verbandsorgan, der „Proletarier“, erscheint infolgedessen in einer Auflage von über 100 000; die „Gleichheit“ wird in über 6000 Exemplaren jenen Kolleginnen zugestellt, deren Ehegatten organisiert sind, oder wo in einer Familie mehrere Kollegen dem Verband angehören. Im ganzen zählt der Verband über 16 000 weibliche Mitglieder. Die „Oswiata“ wird in über tausend Exemplaren, der „L'Operaio Italiano“ in annähernd tausend Exemplaren verbreitet.

Die Hauptkassette schließt für die zwei Jahre mit folgender Bilanz ab:

Gesamteinnahmen	5 911 795,87 M.
Gesamtausgaben	4 439 018,85 „
Bestand am 31. Dezember 1909	1 472 776,92 M.

An Unterstützungen zahlte der Verband reichlich 2 806 000 M. aus, darunter allein für Erwerbslosenunterstützung über 1 901 000 M. Angesichts der Tatsachen, daß die Sätze der Erwerbslosenunterstützung von Jahr zu Jahr steigen und der Kreis der Bezugsberechtigten sich vergrößert (obwohl augenblicklich ja infolge des günstigeren Geschäftsganges die Zahl der Erwerbslosen zurückgeht) und die nächsten Jahre mit Sicherheit eine Vermehrung der Streikausgaben bringen werden, tritt der Kassierer in seinem Bericht für eine Erhöhung der Beiträge ein, die trotz weitgehendster Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Verbandsmitglieder nicht vermieden werden könne.

Der Bericht des Vorstandes enthält eingehende Darstellungen über die Kämpfe und die Erfolge in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, obwohl diese Erfolge nicht in allen Fällen zu wägen und zu messen und in Ziffern zum Ausdruck zu bringen sind. Der Verband hat 24 Angriffs-, 104 Abwehrstreiks und 29 Ausperrungen geführt; in 316 Fällen war er bei Streiks anderer Verbände in Mitleidenschaft gezogen. An diesen Kämpfen waren 13 967 Personen beteiligt; sie haben dem Verband eine Ausgabe von 651 294 M. verursacht. Außerdem hat der Verband noch mit circa 24 000 Personen in Lohnbewegungen ohne Streik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder zur Abwehr von Verschlechterungen gestanden. Das Resultat der Streiks und Lohnbewegungen war eine Verkürzung der Arbeitszeit oder Abwehr von Arbeitszeitverlängerung für 6649 Beteiligte von 9 1/2 Stunden pro Woche für jeden einzelnen; eine Lohnerhöhung oder Abwehr von Lohnkürzungen für 23 571 Beteiligte von 1,72 M. pro Woche für jeden einzelnen. So hat, wenn auch unter der Ungunst der Wirtschaftslage, an einen Kampf zur Aufbesserung des Lohnes in großartiger Weise nicht zu denken war und die Chancen der gefährlichen Kämpfe wenig günstig erschienen, die Organisation immer noch Verbesserungen erzielt, daneben aber Verschlechterungen abgewehrt. Selbst im Tarifwesen wurde ein Fortschritt erzielt, indem sich die Zahl der unter Tarifbedingungen arbeitenden Kollegen von 15 187 auf 17 495 steigerte.

Der Verband greift auch pflichtschuldigst da ein, wo durch gesetzgeberische Maßnahmen die Lage der Arbeiter geschädigt oder gefördert werden konnte. Bei der Beratung des Reichsfallgesetzes schoben die sozialdemokratischen Vertreter dem Bestreben einen Riegel vor, das Gesetz zu einem einseitigen Schutz der Interessen der Kapitalvererber und Kapitalindustriellen unter Hintansetzung der Interessen der Arbeiter zu machen.

Die Arbeiter der chemischen Industrie hatten in einer Resolution an den Reichstag den Reichsanwalt um Untersuchungen ersucht über die Gefahren in Säuren- und Leerdarstellungen, insbesondere in jenen Abteilungen, in welchen mit giftigen und explosiven Stoffen gearbeitet wird. Die Resolution wurde mit Hilfe des „Arbeiterfreundlichen“ Zentrums abgelehnt.

Als Folge der Händholzsteuer stellt sich eine bedeutende Einschränkung des Händholzverbrauchs heraus sowie das Bestreben, sich noch vor Inkrafttreten der Steuer auf längere Zeit mit Händhölzern einzudecken. So kam es, daß vor allem infolge einer tiefen Einfuhr bis weit in das laufende Jahr hinein der Gesamtbedarf an Händhölzern in Vorräten gedeckt war. Die Folge war Stauung in der Verstellung und Arbeitslosigkeit für die in der Händholzindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Not zwang nun diese Arbeiter, sich mit Petitionen um Unterstützung vom Reich an den Reichstag zu wenden. Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion von Anfang an die Unterstützung arbeitslos werdender Händholzarbeiter beantragt hatte, und zwar sollte die Unterstützung aus den Erträgen der Steuer genommen werden. Unter den Parteien, welche die Unterstützung ablehnten, war wiederum das „Arbeiterfreundliche“ Zentrum. Nachdem jetzt alle die von der Sozialdemokratie vorhergesagten Folgen durch die Petition erwiesen waren, hätte schon ein Uebermaß von Schamlosigkeit dazu gehört, sich dem noch länger zu verschließen und der Reichstag beschloß, die Petition dem Reichsanwalt zur Erwägung zu überweisen. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung jetzt ihre Ehrenpflicht erfüllt, die Opfer ihrer Steuerpolitik nicht in Not und Elend sitzen zu lassen.

Auch diese Vorgänge werden sicher auf dem Verbandstage ein Echo finden.

Aus der Partei.

Die Pforzheimer Genossen gegen die Budgetbewilligung.

Pforzheim, 4. August. (Selbstdepeche des „Vorwärts“.) Der sozialdemokratische Wahlverein von Pforzheim nahm gestern zur badischen Budgetbewilligung Stellung. Die Referate hielten die Genossen Kolb und Ged. Nach langer Debatte kam es um 2 Uhr früh zur Abstimmung. Eine Resolution, die der Fraktion vollste Anerkennung ausspricht und der Budgetbewilligung zustimmt, wurde mit 99 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Im 11. sächsischen Reichstagswahlkreis tagte am Sonntag in Grimma eine stark besuchte Parteiversammlung des Kreises. Die Organisation hat wieder gewaltige Fortschritte gemacht. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1297 auf 1623, darunter befinden sich 400 weibliche Mitglieder. Ein Antrag, das Parteiblatt, die „Volkzeitung“ für das Waldental mehr auszubauen und eventuell den Abonnementspreis zu erhöhen, fand einstimmige Annahme. Die Einnahmen des Kreises betragen 9035,63 M., die Ausgaben 7130,23 M. Für den internationalen Kongress wurde der Kandidat des Kreises Genosse Lipinski gewählt.

Das Referat über den Parteitag in Magdeburg hielt der Kreisvorsitzende Genosse Muder-Wurgen. Er ging auf die verschiedenen Punkte der Tagesordnung ein und besprach schon

eingehend die Vorgänge in Baden. Wenn die Gesamtpartei hätte werden, daß jeder einzelne Revisionist sich herausnehmen darf, die Beschlüsse der obersten Parteinstanz außer Kraft zu setzen, dann sei er der Meinung, daß keine Parteitage mehr stattfinden brauchen. Der Parteitag in Magdeburg habe die Pflicht, ein ganz klares, energisches Wort zu sprechen und einfach denjenigen Leuten, die es nicht überwinden können, Beschlüsse der Parteitage zu respektieren, so sagen, sie sollen ihrer Wege gehen. Im Namen der Parteigenossen des 11. Kreises erhebe er den schärfsten Protest gegen das Vorgehen der badischen Genossen. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Es liegt folgende Resolution vor:

„Die Kreisgeneralversammlung des 11. sächsischen Wahlkreises erkläre in der Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion einen bedauerlichen Ausfluß partikularistischer und revisionistischer Kurzsichtigkeit, die die allgemeine politische Situation in Deutschland sowohl als auch den Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie vollständig verkennt. Zugleich aber sieht die Generalversammlung in dem Vorgehen der badischen Budgetbewilligung eine unerhörte Nichtachtung eines unzweideutigen Parteitagbeschlusses, also einen schweren Disziplinbruch, den die Generalversammlung einmütig auf das schärfste verurteilt. Die Kreisgeneralversammlung fordert den Magdeburger Parteitag auf, durch entschlossene und rücksichtslose Maßnahmen die Wiederkehr solcher parteischädigenden Vorkommnisse zu verhindern. Der Gesamtvorstand des Sog. Volksvereins.“

Nach kurzer Diskussion wird die Resolution des Kreisvorstandes einstimmig angenommen. Die Versammlung beschließt, der Stärke der Organisation des 11. Kreises entsprechend und in Rücksicht auf die Wichtigkeit des Parteitagbeschlusses zwei Delegierte zu wählen. Gewählt werden die Genossen Muder-Wurgen und Gen. Grimma.

Die belgische Arbeiterpartei zur Genossenschaftsfrage.

Der letzte Parteitag hat nachstehende Resolution des Genossen Bertrand angenommen:

Der Kongress empfiehlt den Arbeitern vor allen Dingen, sich genossenschaftlich zu organisieren. In der Frage der Beziehungen zwischen den Genossenschaften und der Partei erklärt er, ohne gewisse materielle Vorteile der genossenschaftlichen Neutralität zu verkennen:

„Ueberall, wo das Genossenschaftsgesetz es gestattet, ist es wünschenswert, daß die Genossenschaften ihren sozialistischen Charakter betonen; — daß sie sich der sozialistischen Partei ihres Landes anschließen und einen Teil ihres Ueberflusses für Propaganda, Erziehung und den Befreiungskampf der Arbeiterklasse verwenden; daß sie eine gemeinsame Organisation für Großeinkauf und Produktion schaffen; daß sie eine Vertretung in der Parteileitung beanspruchen; daß sie schließlich dem internationalen Genossenschaftsbunde angehören, um dort für den Sieg der sozialistischen Grundzüge zu wirken und die Genossenschaftsbewegung zu einem Kampfmittel gegen das kapitalistische System zu machen, mit der Aufgabe, dieses zu ersetzen durch die Organisation der Produktion und des Warenaustausches, die der internationale Sozialismus erstrebt.“

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen verkehrswidriger Beleidigung der Deutschen Schutztruppe wurde von der Strafkammer in Limburg der Verbandsbeamte der Frankfurter Schutztruppe, Genosse Schnabrich, zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Gelegentlich einer Wahlrechtsversammlung in Limburg beantwortete Genosse Schnabrich den Vorwurf, die Sozialdemokraten hätten im Reichstage bei der Herzogaffäre die deutsche Ehre beschmutzt, in kräftiger Weise. Der überwachende Gendarm war der Meinung, daß damit die deutschen Schutztruppen beleidigt worden seien. Staatssekretär Dornburg stellte Strafantrag, und der aus dem Kieler Verstoßprozeß bekannte Staatsanwalt Grefrath beantragte die Verurteilung zu 3 Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde dem Verurteilten als erschwerend angerechnet, daß er ein geschickter Redner sei und seine Rede so zu sehen wisse, daß das Publikum verstehe, was er meine. Auf die Aussagen der Zeugen, die erklärten, sie hätten nicht den von der Anklage angenommenen Sinn der Rede so aufgefaßt, wurde gar kein Gewicht gelegt. Die Ansicht des Gendarmen war der Majestäts für das Urteil.

Aus Industrie und Handel.

Zum Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank.

Für den verhafteten Direktor Ohm sind 100 000 M. Kaution angeboten worden. Die beantragte Haftentlassung wurde aber vom Gericht abgelehnt. Am Dienstag wurde auch der Direktor und Vorstand der Länener Bank, Duany, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wegen Bilanzverschleierung verhaftet. Die Ermittlungen sollen ergeben haben, daß Direktor Ohm an den Verschleierungen direkt beteiligt ist. Den Aufsichtsrat der Länener Bank bilden Ohm, Stadtrat Matweg und Geheimrat Im Walde. Höchstwahrscheinlich sind mit der Festnahme des Direktors Duany die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Auch weitere Konurse werden folgen.

Die „Tremontia“, das Dortmunder ultramontane Organ für „Wahrheit und Recht“, im Ruhrrevier allgemein als „Dredspitze“ bekannt, tut sehr entrüstet, weil die Presse pflichtgemäß den Umstand hervorhebt, daß der fromm-katholische Direktor Ohm unter kirchlichem Einfluß viele katholische Landleute hineingelegt hat, indem diese beredet wurden, ihr Geld von der Sparkasse abzugeben und es nach der „katholischen Bank“ zu bringen.

Die „Tremontia“ hätte besser getan, vorher ihre katholischen Leser zu warnen, wenn ihr die schlechte Meinung, die über die Niederdeutsche Bank geherrscht haben soll, bekannt war. So teilt die „Tremontia“ eine der „Rheinischen Zeitung“ zugegangene Zuschrift aus Dortmund mit, wonach für die Lage „des hiesigen Platzes“ kennzeichnend sei, daß Neugierungen des Mißtrauens sich einzig und allein gegenüber der Niederdeutschen Bank bemerkbar gemacht haben, während die Solidität anderer Institute der Stadt nach wie vor nicht angezweifelt werde. Wenn die „Tremontia“ von diesem Mißtrauen gewußt und absichtlich unterlassen hat, ihre fromm-einsichtigen Leser zu warnen, so verdiente sie, daß man ihr gleichfalls an den Krügen ginge.

In Godesberg hielten, wie die Rhein. Westf. Ztg. berichtet, die Gläubiger der Godesberger Filiale der Niederdeutschen Bank eine Versammlung ab. Die Aussprache ergab, daß eine Menge von Sparkassenbüchern noch auf den Namen des alten Spar- und Kreditvereins, welcher vor zwei Jahren in die Niederdeutsche überging, lauten. Es wurde allgemein angenommen, daß eine ordnungsmäßige Liquidation nicht statigefunden habe. Es soll ein Auszug aus dem Handelsregister beschafft werden, damit eventuell die früheren Gesellschafter des Spar- und Kreditvereins persönlich haftbar gemacht werden können.

Der Konkurs der Niederdeutschen Bank hat, wie der Frankf. Ztg. geschrieben wird, in Emden weite Kreise in Mitleidenschaft gezogen. Außer einer Reihe von Aktionären verlieren sehr viele Beamte und Gewerbetreibende ihr ganzes Vermögen. Es sollen in Emden 965 Konten mit über 1 200 000 M. Spargeldern vorhanden sein. Die jetzt fallende Bank wurde gerade von den kleinen Geschäftleuten besonders bevorzugt, bis in die letzten Tage wurde ihr unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht. Die Emdener Filiale soll dabei gut geordnet haben und die Verwaltung durchaus vertrauenswürdig gewesen sein. Als Beweis dafür wird angeführt, daß die Familie des Filialdirektors ihr ganzes Vermögen in Aktien der Niederdeutschen Bank angelegt habe.

Die Maschinenbauanstalt Klenow, die bekanntlich der in Konstantinopel niedergelegten Bank nahe steht, wendet sich, wie man dem „S. L.“ aus Essen meldet, um Beihilfe eines Moralitätskomitees von vier Wochen an ihre Gläubiger, nachdem die Kasse der Gesellschaft schon einige Zeit geschlossen ist. Der Vorstand der Gesellschaft erklärt, daß der Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank die Gesellschaft stark in Mitleidenhaft gezogen habe, da ihre Effekten, die sie zur Sicherstellung ihrer Kassen zur freien Disposition der Niederdeutschen Bank gestellt habe, von dieser weiter verpfändet worden seien.

Großindustrie und Kommunen.

Ueber die Bedeutung der Versorgung der Gemeinden mit Petroleum finden wir in der „H. Westf. Zig.“ in einer Zuschrift von einem Fachmann interessante Angaben. Es heißt da:

„Nach meinen Erfindungen bei der Essener Gaswerkverwaltung rechnet diese jetzt mit 17 1/2 Millionen Kubikmeter Absatz, der sich im ersten Teil des Vertrages, die bisherigen Steigerungen von jährlich 7 1/2 Proz. angenommen, auf 85 900 000 Kubikmeter erhöhen wird. Es ist als sicher anzunehmen, daß auch der zweite Teil des Vertrages, also die weiteren 10 Jahre für den Bezug in Betracht kommen. Dann aber ist (bis 1931) eine weitere Steigerung auf 75 900 000 Kubikmeter anzunehmen. Diese Absatzsumme durchschnittlich berechnet, ergibt jährlich 55,8 Millionen Kubikmeter oder innerhalb 20 Jahren einen Absatz von 1 116 000 000 Kubikmeter im Werte von 27 900 000 Mark. Diese Zahlen beruhen auf sorgfältiger Berechnung. Selbst wenn die Rechnung innerhalb der Vertragsdauer alle Einrichtungen und Anlagen verginsen und abschreiben, kann man ohne weiteres annehmen, daß ihnen die Hälfte der Verkaufsumme des Gases als Gewinn verbleibt, da dieses Gas doch heute faktisch keinen Wert für sie besitzt, sondern als unterwertiges Gut betrachtet werden muß. Meine Annahme von 10 Millionen Mark Reingewinn steht also keineswegs auf so schwachen Füßen, wie die Zuschriften anzunehmen scheinen.“

Selbst wenn man unterstellt, die Berechnungen seien etwas sehr optimistisch und andere Fachmänner, gegen welche die vorstehende Zuschrift sich wendet, hätten recht mit der Annahme, daß der Gewinn der Gaswerke vielleicht nur halb so hoch sein werde, dann kann man die volkswirtschaftliche Bedeutung der Angelegenheit doch nicht verkennen. Man darf nicht vergessen: bei den Berechnungen ist ein Preis von nur 2 1/2 Pf. pro Kubikmeter eingestellt worden. Zu befürchten ist allerdings, daß, wenn sich die Gemeinden alle gebunden haben, die Preise den Gaspreisen hinaufgehen werden.

Die Fleischpreise steigen immer noch weiter.

Die amtliche preussische Statistik über die Fleischpreise im Inland auf 50 Märkten ergibt eine weitere Steigerung für die erste Hälfte des Juli. Nachfolgende Tabelle zeigt die Durchschnittspreise der 50 Märkte für Rind-, Kalb-, Hammel-, Schweine- und Hühnerfleisch. Es kostete ein Pfund Fleisch vom

	Rind	Kalb	Hammel	Schwein	Hühner
1. Hälfte Juli 1909	155,5 Pf.	171,8 Pf.	168,5 Pf.	150,8 Pf.	78,9 Pf.
1. „ Juni 1910	156,8	177,8	170,8	159,6	74,7
2. „ Juni 1910	158,2	177,8	172,5	159,0	74,9
1. „ Juli 1910	159,6	178,8	173,7	159,6	75,0

Es zeigt sich bei allen Fleischsorten innerhalb der letzten ein- und einhalb Monate ein langsames aber sicheres Steigen der Preise. So wenig die Bruchteile von Pfennigen auch mitunter auszumachen scheinen, ein Vergleich mit der ersten Hälfte des Juli 1909 ergibt, daß sich in der Zwischenzeit diese kleinen Steigerungen zu einem recht deutlichen Preisunterschied summieren haben. Es bleibt aber dabei noch zu beachten, daß die Durchschnittspreise keine und große Märkte umfassen; auf den letzteren, die für den großstädtischen Industrie- und Handelsbedarf besonders in Frage kommen, wurden in allen Fleischsorten die Höchstpreise gezahlt. Besonders beachtlich bleibt weiter, daß sich die Steigerungen der Preise auch auf das Hühnerfleisch erstreckt haben.

Betriebsbeschränkung. Manchester (New-Hampshire), 3. August. Siebzehn Baumwollspinnereien der Amoskeg-Corporation schließen vom 26. August bis 12. September ihre Betriebe zum Zwecke der Fabrikationsbeschränkung. 16 000 Arbeiter werden davon betroffen.

Die Zuckerkonvention in Gefahr.

Jahrzehntlang bekämpften sich die hauptsächlichsten Produzenten von Rübenzucker, Deutschland, Oesterreich, Frankreich und Rußland, sowie die kleineren Staaten untereinander heftig durch die Prämien, die auf die Ausfuhr von Zucker gewährt wurden. Da sich die einzelnen Länder gegenseitig durch hohe Zölle abgeschlossen hatten, so blieb nur der Export nach den Ländern, die keinen eigenen Zucker herstellten, nach Großbritannien und nach den Vereinigten Staaten. Diese erfreuten sich eines außerordentlich billigen Zuckers, ja, man kann fast behaupten, der Zucker wurde ihnen durch die hohen Prämien fast geschenkt. Die Prämien wurden auf der anderen Seite durch den hohen inländischen Zuckerverbrauch ausgeglichen, so daß die Bewohner des Produktionslandes unverhältnismäßig viel zahlen mußten. Ein solcher Zustand war aber auf die Dauer nicht haltbar, und es kamen Vereinbarungen zwischen den Exportländern zustande, die sogenannten Brüsseler Zuckerkonventionen, durch die die Prämienzahlung verboten und zugleich der Zoll herabgesetzt wurde. Ueberall wurde das Aufheben der Zuckerverflechtung an das Ausland begrüßt, nur nicht in den Ländern, in denen man bisher gerade hierdurch den Zucker halb geschenkt erhalten hatte. England und die Vereinigten Staaten begünstigten jetzt die Erzeugung von Rohzucker in ihren Kolonien, die Vereinigten Staaten besonders, seit sie im Besitz von Cuba, des wichtigsten Rohzuckerproduzenten, waren. Aus beiden Ländern ist der europäische Rübenzucker stark zurückgedrängt worden. Das Ende der gegenwärtigen Weltungsdauer der Konvention kommt allmählich heran und nicht überall ist man einer Erneuerung freundlich gesinnt. Rußland ist zum erstenmal in die letzte Konvention aufgenommen worden, und die Aufnahme war zugleich mit einer Beschränkung des Exportkontingents verbunden, weshalb man dort mit der Konvention nicht sehr zufrieden ist. Der schlimmste Feind ist jedoch England. Wie behauptet wird, will man dort den jetzt erhobenen Finanzzoll auf Zucker in Zukunft differenzieren, und zwar zugunsten der englischen Kolonien. Das wäre vielleicht das Ende des Verbräuses europäischen Rübenzuckers in Großbritannien und der Verlust des wichtigsten Absatzgebietes für den Export, seit die Vereinigten Staaten als Abnehmer ausgeschieden sind. Deshalb ist es wohl begreiflich, wenn man in den Kreisen der Produzenten der Zukunft nicht ganz hoffnungsvoll entgegensteht. Als Rettungsmittel bleibt aber für Deutschland die Erweiterung des heimischen Absatzes, die sich ganz gut durch die Ermäßigung der Zuckersteuer erreichen lassen würde. Die bisher vorgenommenen Steuerherabsetzungen haben stets eine Ausdehnung des Verbrauchs herbeigeführt, so daß auch für den Fiskus sich der erste Ausfall schnell wieder ausgleichen hat. Die Sache wäre übrigens weniger bedeutungsvoll, wenn nicht der schwarz-blau Schnapsblock durch seine samose Finanzreform die bereits beschlossene Zuckerverflechtung wieder ins Hintertreffen hätte. Die Geldmangel der Mittel und Kleinen werden dem Volke noch oft und stark sehr unangenehm aufstoßen.

Jugendbewegung.

Ein internationales Meeting der sozialistischen Jugend. 25 Mitglieder der hiesigen freien Jugendorganisation unternahmen in der vorigen Woche eine fünf-tägige Reise nach Weimar. Sie besuchten die Volkshochschule und die Städte Weimar, Erfurt, Gera, Jena, Halle und Sondershausen. Die Reise war ungemein reich an Belehrung, sie hat aber auch den Geist

der internationalen Verbundenheit unter der sozialistischen Jugend wesentlich gefördert. Am Abend des dritten Reisetages fand im Maison d'opéra in Weimar ein internationales Jugendmeeting statt, an dem außer der hiesigen und der Weimarer sozialistischen Jugend auch Vertreter der französischen und der italienischen Jugendorganisationen teilnahmen. Der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus Genosse Dymanski präsierte über die Reise. Den Festsaal schmückten rote Banner. Ein gemischter Chor sang mit Freude die Internationale. Als Vertreter der Jugend sprachen Lordeur für die Belgier, Stöder für die deutschen Gäste, Ferrati für die Italiener und Genosse Bernheim für die Franzosen. Genosse Stöder empfahl den belgischen Brüdern, ihre Tätigkeit nicht lediglich auf die antimilitaristische Propaganda zu beschränken, sondern nach dem Vorbilde der deutschen Jugend eine vielseitige erzieherische und bildende Tätigkeit zu organisieren, um auch dadurch die Massen dauernd zu fesseln.

Die Mittel zu der Reise wurden durch eine zeitigen angelegte Reisetasse aufgebracht. Weithinige Reisen sollen auch in den kommenden Jahren unternommen werden.

Gerichts-Zeitung.

Raffinierter Eitelkeitsverbrecher.

Unter der Maske eines Arztes der königlichen Charité hat der Kaufmann Paul Winkler zahlreiche, recht raffiniert vorbereitete Verbrechen gegen die Eitelkeit begangen, wegen der gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Anger gegen ihn zu verhandeln hatte. — Im Mai dieses Jahres erschien bei einer im Norden Berlins wohnhaften Frau S. ein besser gekleideter Herr, der sich als Arzt ausgab. Er gab an, daß er im Auftrage der königlichen Charité komme, um die Währungs-Löcher der Frau S. zu untersuchen, damit er ein Gutachten darüber abgeben könne, ob das Mädchen bedürftig sei, in eine Ferienkolonie aufgenommen zu werden. Frau S. ließ sich durch das sehr sichere Auftreten des angeblichen Arztes verleiten, ihre Tochter dem „Herrn Doktor“ zur Untersuchung zu stellen. Der angebliche Arzt hieß das Mädchen in einem Neben-zimmer sich vollständig entkleiden und nahm an dem Kinde verschiedene Manipulationen vor, die sonst keineswegs in den Bereich einer ärztlichen Untersuchung fallen. Kurze Zeit darauf erschien der „Herr Doktor“ nochmals bei der Frau S. und erklärte ihr, daß noch eine zweite genauere Untersuchung notwendig sei. Frau S., die sich inzwischen bei dem Verein der Berliner Ferienkolonie erkundigt hatte, war inzwischen auf den Verdacht gekommen, daß es sich um einen Schwindler handle, der ganz andere Zwecke verfolgte. Als sie den angeblichen Arzt nach seiner Legitimation fragte, hatte es dieser mit einem Male auffällig erlitten. Als Frau S. nunmehr drohte, die Polizei zu benachrichtigen, ergriff der Herr Doktor die Flucht. Frau S. ließ hinterher und bewerkstelligte es, daß der gemeingefährliche Pseuodorzt auf der Straße festgenommen wurde. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der angebliche Arzt als der jetzige Angeklagte Winkler, der auf diese Weise seinen sträflichen Neigungen gehuldet hatte. Im Laufe des Verfahrens stellte sich heraus, daß der Verhaftete in mehreren anderen Fällen sich ebenfalls des Verbrechens gegen den § 176, 3 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht hatte. In einem Falle hatte er es sogar fertig gebracht, auch die Mutter eines der Mädchen zu veranlassen, sich einer „Untersuchung“ zu unterziehen. — Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Die Strafkammer erkannte mit Rücksicht auf das raffinierte Vorgehen des Angeklagten und seine überaus gemeingefährliche Handlungsweise auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monate.

Wegen Schulverhummisse

einiger seiner fünf Kinder war Herr R. in Breslau angeklagt worden. Er sollte die Verordnung vom 16. September 1899 übertreten haben. Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Er hätte seine Kinder stets zum Schulbesuch angehalten. Er sei aber von früh bis abends tätig und habe deshalb nicht verhindern können, daß zwei seiner Kinder trotzdem einige Male die Schule nicht besuchten. Der Angeklagte ist in einem Fabrikbureau tätig. Das Landgericht in Breslau verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe. Es ging davon aus, daß ihn doch ein Verschulden treffe. Wenn er selbst nicht in der Lage gewesen wäre, den Schulbesuch seiner Kinder in genügender Weise zu überwachen, so hätte er Vorkehrungen treffen müssen, die die unberechtigten Schulverhummisse seiner Kinder verhindern. Er hätte sich dann anderer Personen bedienen müssen, die darauf achteten, daß die Kinder zur Schule gingen, und die sie eventuell zur Schule führten. Der Angeklagte legte noch Revision ein. Das Kammergericht verwarf aber das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Die Verordnung vom 16. September sei rechtmäßig und auch richtig angewendet worden. Es handele sich um eine Verordnung der Schulabteilung der Regierung, die zur Durchführung der Bestimmungen des Landrechts über die Schulpflicht erlassen sei und säumigen Eltern und ihren Vertretern Strafen androhe. Diese rechtsgültige Verordnung hätte aber auch im Falle des Angeklagten angewendet werden können, weil er nach den Feststellungen des Landgerichts nicht alle Mittel erschöpft habe, um den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder zu sichern.

Vermischtes.

Arbeiter im Weinberge des Herrn.

Daß die christliche Kirche den Wert der irdischen Güter im höchsten Maße zu schätzen weiß, kann an unzähligen Beispielen gezeigt werden. Und wie famos die weltlichen „Nachfolger des Zimmermannssohnes“ ihre materiellen Interessen zu vertreten verstehen, konnte man deutlich bei den Verhandlungen über die 12 1/2 Millionen-Zuwendung im preussischen Landtage sehen. Ein neuer Fall ist typisch für die Geschäftsgewandtheit der Seelenhüter, die nicht genug gegen den verruchten „Materialismus“ der Arbeiter wettern können, aber sehr „materialistisch“ (werden), sobald es sich um ihren eigenen Geldbeutel handelt. Der „Berliner Lokalanzeiger“, der in solchen Angelegenheiten gut unterrichtet ist, läßt sich eigens von seinem w. b. Korrespondenten aus Cuxhaven berichten, daß zum 1. Oktober d. J. die Pfarrstelle auf der Insel Helgoland ausgeschrieben wird, wo der jetzige Seelforger nach 23-jähriger Amtstätigkeit in den Ruhestand tritt. Um diese Stelle, die „nur“ 6000 M. jährlich einbringt, haben sich bloß 7 Bewerber, fast durchweg junge Predigtamtskandidaten, bemüht, während sich seinerzeit, als der jetzige Inhaber die Pfarrei übernahm, nicht weniger als 70 gemeldet hatten. Und der Grund zu diesem auffallenden Mangel an Bewerbern? Wie der „Lokalanz.“ sich so hübsch ausdrückt, sind eben die „goldenen Tage des Pastors von Helgoland vorbei“, da seit Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches die sogenannten Fremdenstrawungen, wobei keine Urkunde nötig war, nicht mehr stattfinden. Damit hat aber auch die Goldquelle des dort amtierenden Pfarrers aufgehört zu fließen, „eine einträgliche Nebeneinnahme“, die gewiß nicht gering gewesen sein mochte, da der Zustrom an solchen Heiratslustigen Mädchen außerordentlich stark war und die Ehegeschleichen den Trauungsakt weit über die gewöhnlichen Gebühren hinaus bezahlten. Als die Fremdenstrawungen nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches aufhörten, mußte sich der Staat entschließen, dem armen Pastor zu seinen 6000 M. Gehalt jährlich

nach 5000 M. Schmerzensgeld zu zahlen. Zehn Jahre war diese mehr als wunderliche Einkunft in Geltung, die mit dem nunmehrigen Ausscheiden des Pastors ihr Ende erreicht hat. Die bedauerndsten Nachfolger aber müssen sich nun mit lumpigen 6000 M. durchhängern und daraus ergibt sich eben die schwache Beteiligung bei der Bewerbung um diesen „mageren“ Posten. Das Gehalt ist zu gering für die Herren Seelforger, ergo bewerben sie sich erst gar nicht um den Posten und überlassen ihn großmütig jungen Anfängern, die sehen mögen, wie sie mit 6000 M. auskommen, ohne an ihrem Wagen Schaden zu nehmen. Ja, während die Arbeiter auf dem Lande und in der Industrie in Jubilo leben, muß man den armen Arbeitern im Weinberge des Herrn zu, zu darden bei einem Jahresgehalt von lausigen 6000 M.!

Daß sich Gott erbarmt!

Sieben Personen verbrannt.

Ein schweres Brandunglück, dem eine siebenköpfige Familie zum Opfer fiel, ereignete sich am Mittwochabend in Warschau. Dort geriet ein auf einem engen Hofe stehender Wagen mit Celluloid in Brand. Die Flammen züngelten sofort an einem Seitenflügel des Hauses empor und zogen das hölzerne Gebäude in Brand. Den Bewohnern gelang es nicht, sich in Sicherheit zu bringen. Aus den Trümmern des Hauses hat man bisher sieben Personen, Angehörige der Familie eines Tapezierers gefunden, als Leichen herborgezogen. Außerdem wurden zwei Kinder durch Brandwunden schwer verletzt.

Wieder ein tödlicher Absturz aus den Lüften.

Fast zu derselben Zeit, als auf dem Flugmeeting in Sto del der Aviatiker Linet nach einem erfolgreichen Fluge sein Leben einbüßte, hat sich auch in Amerika ein tödlicher Absturz eines Aviatikers zugetragen. Der amerikanische Flugkünstler Charles Walden stieg am Mittwoch in Mineola in Texas auf, um einen Ueberlandflug nach Long Island zu unternehmen. Nachdem sich Walden mit seinem Apparat bis zu einer Höhe von etwa 100 Meter erhoben hatte, schlug plötzlich das Flugzeug vornüber und sauste mit großer Geschwindigkeit zur Erde nieder. Walden wurde tot unter dem vollständig zertrümmerten Apparat herborgezogen.

Schwere Unwetter.

In verschiedenen Teilen des Reiches sind schwere Wollenbrüche niedergegangen, die großen Schaden anrichteten. Ein furchtbares Unwetter suchte am Donnerstag das östliche Württemberg heim. Die Rems ist durch den fast unaufhörlichen Regen der letzten Tage so stark gestiegen, daß Gefahr für Menschen und Wohnungen besteht. Auch in Walen ist der Kocher sehr stark gestiegen und hat das ganze Talgebiet überflutet. Die Feuerwehr wurde aufgeboten, um die teilweise stark gefährdete Einwohnerschaft zu unterstützen. Die Bewohner einzelner Häuser mußten sich in höher gelegene Stodwerke flüchten. Der Schaden ist sehr beträchtlich, da auch mehrere Brücken vom Hochwasser weggerissen sind. Menschenleben sind erstreckungsweise dem Hochwasser nicht zum Opfer gefallen. — Auch die Stadt Eisenach wurde von einem schweren Wollenbruch heimgesucht, der in der Stadt und der Umgegend großen Schaden anrichtete. Die Eisenbahn nach Kuhlha mußte wegen Hochwassers ihren Betrieb einstellen.

Explodierte Bombe.

In der Nähe eines einsam liegenden Cabillons der Werkstätten von Clément Bahard in Bedallois Perret (Frankreich) ist in der Nacht zum Donnerstag eine Bombe explodiert und hat bedeutenden Schaden angerichtet. An derselben Stelle wurde eine zweite Bombe gefunden, deren Zündschnur verjagt hatte. Von den Altenältern hat man bisher noch keine Spur.

Kleine Notizen.

Durch die Explosion eines Hochofens auf dem rheinischen Stahlwerk in Duisburg erlitten zwei Arbeiter schwere Verletzungen.

Neue Kohlenlager. Bei Bohrungen an der Ruhrmündung wurden bedeutende Kohlenlager angebohrt. Rastlich kommen die entdeckten Schätze nicht der Allgemeinheit, sondern nur den glücklichen Besitzern des Bodens zugute.

Nach einer Eisenbahnstörung hat in Stralsburg im Uff der Patroze Effe aus Ludwigshafen seine 19-jährige Geliebte durch Messerstiche getötet.

Von einem bössartigen Hunde überfallen und schwer zugerichtet wurde in Schuren in Weisalen der elfjährige Sohn eines Formers. Die Bestie riß den Knaben zu Boden, biß ihm die Schlagader durch und riß ihm einen großen Teil der Kopfhaut ab. Schwer verletzt wurde das Kind in ein Krankenhaus gebracht.

Durch eindringendes Wasser des Ebro sind in einem kleinen spanischen Dorfe in der Nähe von Guedesca etwa 50 Häuser eingestürzt.

Die Flucht eines Bankangestellten eregt in Genua großes Aufsehen. Der Disponent der Bankfirma Cantini hat sich in Börsenspekulationen eingelassen und ist nach Hinterlassung von Börsendifferenzen in Höhe von über einer Million Lire flüchtig geworden.

Durch eine Explosion wurden in Chrudim (Böhmen) zwei Kaufmannslehrlinge schrecklich verstümmelt, so daß der Tod sofort eintrat. Die beiden jungen Leute betrauten mit einem Schiffe den Lagerfeller des Geschäfts, in dem sie tätig waren. In demselben Augenblick erfolgte eine starke Explosion, deren Ursache nicht ermittelt werden konnte.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Vorspiele der Reichstagswahlen. — Zwischen Baden und Luxemburg. Von R. Kauffmann. — Die Ungehörigkeit in Baden. Von G. A. Lehmann (Mannheim). — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Hermann Lee. (Fortsetzung). — Die Konsumvereine und die Einheit der Arbeiterbewegung. Von F. Stauber. — Literarische Rundschau: Helene Deutsch. Die Einwirkung der Seidenindustrie in Oesterreich 1600 bis 1840. Von Therese Schlegler. Pierre Gaudes. Lo parlament russes (Das russische Parlament. Von Trojky. Dr. A. Lenz. Der Kupfermarkt unter dem Einfluß der Subside und Kräfte. Von M. N. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postreure zum Preise von 2.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet Sprechstunde Nr. 69, vorn über Erbkönig — 3 a 7 u 11 —, wochentags von 11 bis 7 Uhr abends, Sonnabends von 11 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief ist ein. Aufsätze und eine Zahl als Belegstücke beizufügen. Verschiedene Antworten wird nicht erteilt. Bitte Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

13. G. 1. und 2. Nur dann, wenn der Schuldner fortlaufend mindestens 25.55 M. wöchentlichen Lohn erhält. 3. A. Eine Verpflichtung dazu besteht aber nicht. — 17. 7. Das bedeutet eine recht feste Stelle. — 18. 8. 7. Nichten Sie Ihre Anfrage an Genossen E. Kamm. — 19. 8. 7. Nichten Sie Ihre Anfrage an Genossen E. Kamm. — 20. 8. 15 bis 20 M. je nach der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Zahlungspflichtigen, außerdem für jeden Besuch 1 bis 2 M.

— **W. M.** Auskünfte in Angelegenheiten, die bezwecken, sich der Unterhaltspflicht zu entziehen, erteilen wir nicht. Bei dem von Ihnen angegebenen Einkommen ist es gewisslos geblieben, wenn Sie durch einen solchen Scheinvertrag — der übrigens nichtig sein dürfte — Ihrem Kinde den Unterhalt entziehen wollen. — **G. H. Nr. 26.** Wenn Sie den Beweis für Ihre Behauptungen erbringen können, so liegen Scheidungsgründe vor. — **H. D. 22.** Ihre Erbschaftsliste wird jedenfalls im Nachlassverfahren festgestellt sein. Ist das nicht der Fall, so hat der Vermittler. — **H. R. 12.** Die Namensänderung muß bemittelt sein. Ein dahingehender Antrag ist beim Polizeipräsidenten anzubringen. — **H. 99. 1. und 2. Teil.** Sie haben nur Anspruch auf Vorkonten, die Derartiges im Zukunft ausbleiben. — **H. R. 21.** Auf die jüdische Gemeinde erstreckt sich die Bestimmung nicht. — **H. P. Weidenweg.** Wir halten Ihre Nachbarin nicht mehr zur Erfüllung des Vertrages verpflichtet. Es muß, wenn die Angelegenheit sich nicht durch eine Unterredung aus der Welt schaffen läßt, die Klage ab-

gefordert werden. — **S. G. 11. 1. Ja. 2.** Dem Gerichtsvollzieher. — **H. G. 11.** Der Beamte ist zu dem Verlangen berechtigt, aber nicht verpflichtet. Sprechen Sie nochmals mit demselben. — **O. R. 10. 1.** Nach Rechtskraft des Urteils und nach Vorlegung desselben beim Gerichtsvollzieher können Sie die Forderung einfordern. 2. Ja, Beschwerde bei dem überinstanzlichen Gericht. — **H. R. 70.** Soweit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, sind Sie bis zum Ablauf des Kontrastes für die Miete haltbar. — **J. M. Spandau.** Der Abschluß eines neuen Vertrages war nicht notwendig. Der mit dem Vorbesitzer geschlossene Vertrag ist wirksam. — **Rechtsfrage.** Das ist zulässig. — **Parreigewisse Güter.** Der Schiedsmann desjenigen Stadtbezirks, in dem der Schuldige seine Wohnung hat, ist zuständig. Welcher Schiedsmann das ist, erfahren Sie aus dem Adreßbuch, 2. Band, Teil II, Seite 112 und folgende. Der Sachverhalt ist brieflich oder mündlich mit dem Geschäft und Antragsamt eines Städteterritoriums mitzuteilen. — **H. P. 20.** Versuchen Sie, den Koffer an Fleming gegen Erstattung Ihrer Forderung zurückzugeben. Gelingt das nicht, so können

Sie nach Ablauf einiger Monate den Koffer durch einen Gerichtsvollzieher versteigern lassen. Von dem Erlös werden die Kosten abgezogen, dann erhalten Sie Ihr Geld, der etwaige Ueberbich muß hinterlegt werden. — **O. R. 43.** Die Tochter kann Rücksteuer verlangen. Die Kosten eines etwaigen Prozesses trägt der unterliegende Teil. Ein Grund zur Entziehung ist das nicht. — **G. R. 1000.** Ein solcher Vertrag ist zulässig, unterliegt aber der Anfechtung, wenn Ihre Frau nicht nachgewiesen werden kann, daß es sich um einen Scheinvertrag, oder um einen zum Zwecke der Benachteiligung der Gläubiger geschlossenen Vertrag handelt. Eine notarielle Beurkundung des Vertrages ist nicht notwendig, aber zulässig. — **H. R. 154. 1. und 2.** Nicht erforderlich. 3. Dem Notar gegenüber müssen Sie sich, falls er Sie nicht persönlich kennt, legitimieren, z. B. durch Militärpat. — **W. B. 18.** Das Einkommen vom 1. Januar bis 31. Dezember des Vorjahres bildet in der Regel die Grundlage der Einköpfung. — **J. S. 1877.** Wenn keine dahingehende Vereinbarung getroffen ist oder wenn die einmalige Arbeitsordnung nichts Derartiges enthält: Nein.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Petersburger Viertel.
(Bezirk 374, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Gustav Kurzmann
Wagaer Str. 55
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der hausgewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Bezirk Frie drichsberg.)
Am Sonntag, den 31. Juli,
verstarb plötzlich unser treuer
Kollege
Gustav Kurzmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
30/9 Der Zweigvereinsvorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 8. August verstarb unser
Mitglied, der Schlosser
Richard Hensel
Hionsdammstr. 51.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Hionsdamm-Friedhofes, Fried-
erichshausen-Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
228/19 Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schmied
Franz Jung
am 2. d. M. an Lungenerkrankung
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Urban-Krankenhaus aus
nach dem Zentral-Friedhof in
Friedrichsfelde statt.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Tischlermacher
Richard Hensel
am 3. d. M. an Lungenerkrankung
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Hionsdamm-Friedhofes in
Nordend aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 1. August verstarb unser
Mitglied, der Jahrestuhlführer
Heinrich Geißler,
Veteranenstraße 18.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
des jüdischen Friedhofes in Frie-
drichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 1. August verstarb unser
Mitglied, der Jahrestuhlführer
Heinrich Geißler,
Veteranenstraße 18.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
des jüdischen Friedhofes in Frie-
drichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Mannes,
des Tischlermachers
Albert Berger
sage ich den Kollegen der Firma Stofz
sowie den Mitgliedern des Deutschen
Holzarbeiterverbandes meinen herz-
lichsten Dank.
3922
Witwe Miina Berger.

Nachruf.
Infolge Herz-Kreislauferkrankung verstarb am 1. August unser lieber
Freund und Kollege
Heinrich Geißler.
Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen unerfassen
Kollegen, dessen lauterer Charakter uns stets ein gutes Vorbild
sein wird.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Die Handelshilfsarbeiter
der Firma S. Greifenhagen Nachf.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Zentral-
Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Arbeiter-Bildungsschule.
Den Mitgliedern machen wir
hierdurch die traurige Mitteilung,
daß unser Mitglied, der Jahrestuhlführer
Heinrich Geißler
plötzlich durch Unfall im Beruf
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nach-
mittags 5 Uhr, auf dem Zentral-
Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
6/13 Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirkverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Lagerarbeiter
Bernhard Behrend
am 31. v. Mts. im Alter von
37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 5. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Weißemane - Kirchhofes
aus statt.
70/11
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Jahrestuhlführer
Heinrich Geißler
am 1. August er. im Alter von
23 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. August, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
jüdischen Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirkverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 31. Juli schied plötzlich und
unerwartet unser Freund und
langjähriger Arbeitskollege
Bernhard Behrend
aus dem Leben.
Durch sein ruhiges und offenes
Wesen wie auch durch sein allzeit
bewährtes Solidariätsgesühl ge-
nügt er Vertrauen und Achtung
seiner Mitarbeiter.
Ein dauerndes Andenken be-
wahrt ihm
2045
Das Personal
der Buchdruck-Abteilung
Gebr. Deyhle & Wagner.

Berliner  **Arbeiter-**
Radfahrer **Verein.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges, treues
Mitglied, der Sportgenosse
Bernhard Behrend,
Schönebergstr. 45,
(6. Abteilung)
am 31. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, den 5. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
der Weißemane - Gemeinde in
Kiebitz - Schönhausen - Nordend
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
11/19 Der Vorstand.

Berliner  **Arbeiter-**
Radfahrer **Verein.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges, treues
Mitglied, der Sportgenosse
Bernhard Behrend,
Schönebergstr. 45,
(6. Abteilung)
am 31. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, den 5. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
der Weißemane - Gemeinde in
Kiebitz - Schönhausen - Nordend
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
11/19 Der Vorstand.

Von der Reise zurück.
Dr. Max Jakobsohn
Blumenstr. 6. 190/20
Arbeitsräume
Frankh. Allee 107 II Tr.
6 helle Vorderzimmer mit Tisch
u. Stuhl, per 1. Okt. preisw. zu verm.
Näheres dort bei Hintz. 87/2

Sozialdemokratischer Wahlverein
des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Am Sonntag, den 7. August 1910, findet per Urabstimmung
die Wahl von sieben Vorstandsmitgliedern und der Revisoren,
desgleichen die Wahl der Delegierten zum Parteitag und
zur Brandenburger Konferenz
in folgenden Lokalen statt:
1. E. Voigt, Raunynstr. 67.
2. B. Krone, Liegnitzer Str. 18.
3. M. Wig, Skafinger Str. 59.
4. A. Grundmann, Pücklerstr. 18.
5. H. Hoffmann, Doppelner Str. 47.
6. A. Voeker, Weberstr. 17.
7. R. Arndt, Pallasadenstr. 52.
8. G. Secker, Samariterstr. 11.
9. R. Rott, Straßmannstr. 29.
10. L. Zwarg, Friedberger Str. 1.
11. B. Liffin, Remeler Str. 67.
12. D. Beck, Gohlerstr. 10/11.
Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum 1. April dieses Jahres seine Beiträge entrichtet hat.
Die Wahlzeit beginnt um 10 Uhr vormittags und endet 1 Uhr nachmittags.
Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein
Sektion der Putzer. Berlin.
Achtung! Putzer. Achtung!
Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 3. August d. J. sollen die Mitglieds-
blätter zwecks einer eingehenden Revision eingezogen werden. Wir ersuchen deshalb die
Kollegen, unbergütlich ihre Bücher, gleichgültig ob dieselben mit der diesjährigen Schlußmarke
versehen sind oder nicht, entweder durch den Baudeputierten oder Obmann ihres Bezirks an
das Bureau gelangen zu lassen.
Die örtliche Verwaltung.

Fabrikraum
hell, m. Doppellicht, 100 qm, Meter,
1 Tr., per 1. Okt. sehr preisw.
zu vermieten **Turmstr. 73.**
Moabit beste Geschäftsgegend.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crabg.
Lor. Gieg. Grad, Gehrod
1,50, Göße 1,00, Wette 50 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Dof L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Dof III. Amt 3, 1987.
Elektromonteur und Helfer!
Sonntag, den 7. August, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der Elektromonteur und Helfer Berlins u. Umgegend
in Dräsel's Festhale, Neue Friedrichstr. 35
(5 Minuten vom Alexanderplatz).
Tages-Ordnung: 119/10
1. Wie stellen wir uns zu den Tarif-
verträgen? 2. Diskussion.
Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert ein vollständiges Erscheinen
aller Kollegen.

Maschinisten, Heizer, Dynamo-
wärter, Abschmierer und Kohlen-
arbeiter der Zentralen der S. G. W.
Sonntag, den 7. August, vormittags 9 Uhr:
Versammlung
der Maschinisten, Heizer, Dynamowärter, Abschmierer, Kohlen-
arbeiter usw. sämtlicher Elektrizitätszentralen u. Unterstationen
der S. G. W.
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58.
Tages-Ordnung:
Sind die Löhne bezw. die Arbeitsverhältnisse in den Elektrizitäts-
zentralen den heutigen Verhältnissen als angemessen zu bezeichnen?
145/14 Der Einberufer.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Maler etc.
Reichsstraße 28, part. Filiale Berlin. Bernspr.: Amt IV, 4737.
Freitag, den 5. August 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.
Tages-Ordnung:
1. Kassendbericht vom 1. und 2. Quartal 1910.
2. Kassensangelegenheiten.
129/13
Zahlreiche Besuch erwartet
Die Filialverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15,
Saal 4 (Arbeitslokalen):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Achtung! Fliesenleger. Achtung!
Freitag, den 5. August, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung der Sektion
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Kollegen, erscheint vollständig in dieser Versammlung!
Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.
Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger.

„Silesia-Bad“
558* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen
Elfe - Cigaretten
zu bevorzugen sind. 893L*

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich **Pianos**
erstklassiges Fabrikat
(3mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle,
(Flügelton) gegen kleinmonatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 76/16*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Gonrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Die Gänsesaison ist eröffnet.
la Braigänse von 4.25 an,
la Oderbrucher Gänse Pfund 75 Pf.
Kämpfe von M. 3 an, Keulen, Lebern,
Lieser, Haut, Gänsestückenfleisch,
Gänseklein. 80/16*
la Gänseeschmalz, gar. rein, Pfd. 1.20
Frische Gänsegrößen.
Sämtl. Wurstwaren ohne Preiserhöhung.
Max Schönwald, Berlin, Luckauer Str. 16.
Filialen: **Schöneberg,** Barbarossapl. 2 Fernsp.-A. 6. 16852.
Moabit, Lessingstr. 35. 2. 1259.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow, Bredow, Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 7. August, nachmittags 2 Uhr, findet im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, die Kreis-Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, sowie der Funktionäre.
2. Neuwahl des gesamten Vorstandes und der Funktionäre.
3. Der Parteitag in Magdeburg und Wahl der Delegierten dazu. Referent Genosse Emil Voesse.
4. Die Provinzialkonferenz und Wahl der Delegierten dazu. Referent Genosse Hermann Fischer.
5. Die Uebernahme der Expeditionen durch die Expedition.
6. Einführung von Wochenbeiträgen in Höhe von 10 Pf. für Männer und 5 Pf. für Frauen an Stelle der bisherigen Monatsbeiträge.
7. Sonstige Anträge.

Die Delegierten zur Kreis-Generalversammlung müssen mit Mandaten versehen sein. Mitglieder haben als Gäste Zutritt. Der Zentralvorstand.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 7. August, von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, findet die Wahl zum Vorstand, die Delegiertenwahl zum Parteitag und der Brandenburger Konferenz statt. (Näheres siehe Annonce.)

Zur Lokalliste. Mit Beginn dieses Monats hat auch wiederum in den Landorten die Zeit der alljährlich üblichen Erntefeste begonnen. Meistens sind dies jedoch rein geschäftliche Unternehmungen der in den betreffenden Orten anwesenden Gastwirte, bezw. Lokalbesitzer und sonstiger Geschäftleute. Da nun diese Feste auch seitens der Arbeiterschaft sehr gern und mitunter sehr stark besucht werden, richten wir an dieselbe das dringende Ersuchen, stets an der Hand der Lokalliste genau zu prüfen, ob bezw. welche Lokale uns in dem jeweiligen Orte zur Verfügung stehen, um dadurch unsere Genossen in den Landorten in ihrem harten Lokallampf wirksam zu unterstützen.

Am Sonntag, den 7., und Montag, den 8. d. M., findet in Französisch-Buchholz Erntefest statt, zu welchem seitens der dortigen Gastwirte durch Aushang von Plakaten in Berliner Lokalen Propaganda betrieben wird. Wir weisen darauf hin, daß uns dortselbst nur das Lokal von Kühne, Berliner Str. 39, zur Verfügung steht und ersuchen, die Lokale von Lambach, Wiemann, Kind und Klimas, sämtlich in der Hauptstraße, sowie Wilsch, Schmidt, Pasewalker Straße, streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Waldhof. Am Sonntag, den 7. August, findet ein Familienausflug nach Bohnsdorf statt. Dort wird nachmittags 3 Uhr, im Lokal „Villa Kahl“, eine Agitationsversammlung der Jugendlichen abgehalten. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen sich mit ihren Angehörigen an genannter Veranstaltung zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt 1 Uhr im Jugendheim. Der Vorstand.

Schenkerdorf b. Rgw. Am Sonntag, den 7. d. M., feiert der Sozialdemokratische Wahlverein für Schenkerdorf und Umgebung sein Sommerfest. Um 3 Uhr: Ausmarsch zum Festplatz; dort finden Kinderspiele und Konzert statt. Abends: Fackelzug mit Musik durch den Ort; danach im Pachtischen Lokal: Tanz. Um recht rege Beteiligung bittet Das Komitee.

Berliner Nachrichten.

Wie sich ein Polizeibeamter um einen Hausverwalterposten bewirbt.

Beamte jedweder Art und nicht zuletzt Polizeibeamte, werden von unseren Hausbesitzern mit Vorliebe zum Verwalter ihres Hauses eingesetzt. Sie besitzen nach Ansicht einer Anzahl Groß-Berliner Hauspächter das Zeug, gute „Ordnung“ zu halten. Und Beamte, die auf eine Hausverwalterstelle reflektieren, wissen, daß ihnen bei irgend einer Vakanz vor anderen privaten Bewerbern der Vorzug gegeben wird. Kein Wunder, wenn sie in ihren Bewerbungsschreiben ihre Beamtenqualität in den Vordergrund rücken. Dagegen ließe sich nichts einwenden. Anders ist es, wenn ein Beamter, der auf Grund seiner amtlichen Tätigkeit Kenntnis von dem Privatleben der Einwohner besitzt, diese seine Stellung zu benutzen sucht, um sich einen Nebenverdienst als Hausverwalter zu verschaffen. Ein solcher Fall kommt uns aus Nixdorf zur Kenntnis. In einem dortigen Blatte hatte ein Hausbesitzer eine Verwalterstelle offeriert, worauf ihm folgendes Schreiben zuging:

Nixdorf, den 1. Juni 1910.

P. P.

Unter Bezugnahme auf das Inserat vom heutigen Tage im „Nixdorfer Tageblatt“ zu M. B. Postamt 37 Berlin, erlaube ich mir hiermit auch ganz ergebenst meine Bewerbung um die fragliche Verwalterstelle zu überreichen. Ueber meine persönlichen und dienstlichen Verhältnisse erlaube ich mir zu Ihrer Orientierung nachfolgende Aeußerung.

Seit 7 Jahren bin ich hier beim Königl. Polizeipräsidium als Polizei-Assistent angestellt und im Einwohner-Relieeamt beschäftigt. Die Beschäftigung an dieser Stelle ermöglicht es mir, auf Grund der hier geführten Register über den Ruf hier wohnender bezw. zuziehender Personen unterrichtet zu sein, und ist dieses beim Vermieten von großem Werte. Mein Dienst dauert wöchentlich von 8-3, während ich des Sonntags keinen Dienst habe. Auch gestattet es mein Dienst, in erforderlichen Fällen sofort nach Hause zu gehen, um meiner Verpflichtung somit zu jeder Zeit zu genügen. Außerdem befindet sich an meiner Dienststelle ein Telefon, wodurch in dringenden Fällen eine sofortige Verbindung ermöglicht wird. Als Verwalter war ich bereits vier Jahre tätig, so daß mir diese Beschäftigung kein neues Arbeitsfeld ist. Zu einer mündlichen Rücksprache bin ich stets bereit.

Mit der Bitte um gütige Benachrichtigung zeichnet

M. Jeyke, Polizei-Assistent, Cammerstr. 30/31.

Aus dem Schreiben geht also klar und deutlich hervor, daß der Bewerber als Einwohnerrelieeamt-Assistent seine amtliche Kenntnis über den Ruf in genanntem Hause wohnender oder zuziehender Bewohner mit der Ausübung des Verwalterpostens zu verknüpfen bereit ist. Das ist traffe Verknüpfung des Amtsgeheimnisses, die den Beamten in seiner Stellung unmöglich machen sollte. Außerdem erhellt aus dem Schreiben, daß dem Beamten in seiner Dienstzeit jederzeit die Möglichkeit gegeben ist, den Dienst zu verlassen, um seiner Verpflichtung als Hausverwalter genügen zu können.

Der vorliegende Fall zwingt zugleich die vorgesetzten Behörden, solchen Beamten die Ausübung eines Hausverwalterpostens zu verbieten.

Im übrigen könnte es nicht wunder nehmen, wenn auf Grund dieses Bewerbungsschreibens Mieter sich schenken, in ein Haus zu ziehen, in welchem ein Polizeibeamter Verwalter ist.

Die Greuel von Mielczyn, die vor jetzt reichlich zwölf Monaten, im Juli vorigen Jahres durch den „Vorwärts“ aufgedeckt wurden, sind bisher ungefährt geblieben. Noch kein Härchen ist dem Pastor Breithaupt gekrümmt worden, der als Vorsteher des Mielczynner Fürsorgeinstitutes die ihm von der Stadt Berlin anvertrauten Fürsorgezöglinge in unmenschlicher Weise behandelt hatte. Nachdem schließlich erzwungen worden war, daß dieser Prügelpastor seines Postens enthoben wurde, verschwand er bis auf weiteres von der Bildfläche der Öffentlichkeit. Er scheint Unterschlupf gefunden zu haben bei irgend einem hohen Götzner, unter dessen Fittichen er gewiß in Gottergebenheit harret, daß ihm nichts geschehen werde. Strafanzeige gegen Breithaupt wurde noch vor seiner Entlassung von der Mutter eines seiner Zöglinge eingereicht und die Staatsanwaltschaft mühte dann eine Untersuchung einzuleiten. Das Verfahren wollte lange nicht recht vom Fleck kommen, zum Teil wohl deshalb nicht, weil manche der Fürsorgezöglinge, die als Zeuge vernommen werden sollten, sich auf der Flucht befanden. Eine Zeitung hatte in der Berliner Erziehungsanstalt Lichtenberg der Untersuchungsrichter sich sojournen häuslich eingerichtet, um dort die nach Berlin zurückgekehrten Zöglinge zu vernehmen. Kummreicht ist, wie wir hören, das Untersuchungsverfahren endlich zum Abschluß gelangt. Anklage soll erhoben werden nicht nur gegen Pastor Breithaupt und seinen Inspektor Engels, sondern auch gegen die meisten der unter ihm tätig gewesenem Aufsicher. Die Anklage wird vermutlich auf vorläufige schwere Körperverletzung gehen; eine solche war die erbarmungslose Auspeitschung von Zöglingen, die schon für geringe Verfehlungen mit 50, mit 75, ja mit 100 Peitschenhieben bestraft wurden, so daß sie blutende Wunden erlitten. Für Breithaupt dürfte auch noch Anklage zu diesem Vergehen in Frage kommen, weil die Aufsicher, die die Züchtigungen ausführten und nun mit auf die Anklagebank gezogen werden sollen, in seinem Auftrage gehandelt haben. Zur Hauptverhandlung wird ein Heer von Zeugen geladen werden müssen, vor allem die zahlreichen Fürsorgezöglinge, an denen in dem Prügelinstitut Mielczyn die Breithaupt'sche Erziehungsmethode probiert worden ist. Verhandelt werden soll die Sache nicht vor dem Landgericht Gnesen, sondern vor dem Landgericht III Berlin.

Von einem folgenschweren Unwetter

ist Berlin und die Umgebung gestern in früher Morgenstunde heimgesucht worden. Gegen 4 1/2 Uhr setzte ein Gewitter ein, das von einem wolkenbruchartigen Regen begleitet war. Ganz gewaltige Regenmengen gingen nieder und führten zahlreiche Ueberflutungen herbei. Viele Keller wurden überschwemmt und so mancher Kellerbewohner wurde aus dem Welt herausgetrieben, um sein Leben in Sicherheit zu bringen. In den Hauptüberschwemmungsgebieten, so beispielsweise in der Horkstraße, am Neuen Tor, in der Grünhalden und in der Invalidenstrasse trat das Wasser an vielen Stellen über den Bürgersteig hinweg und drang in die Keller. Eine ganze Reihe von Neubauten wurde unter Wasser gesetzt. Auch in der siebenten Stunde machten sich die Ueberflutungen für den Berliner Verkehr noch recht unangenehm bemerkbar. Sowohl der Straßenbahn- als auch der Omnibus- und Droschkenverkehr hatte zu leiden und für die Fußgänger war das Passieren vieler Straßenzüge mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Die Feuerwehre mußte in zahlreichen Fällen in Aktion treten. Da die Gullys die immer stärker andrängenden Wassermengen nicht aufnehmen konnten, so war kein ordentlicher Abfluß vorhanden und es stauten sich schließlich in allen Stadtteilen die Wassermassen.

In der Umgebung Berlins sind durch Ueberflutungen mehrere Dammbrüche herbeigeführt worden. Hinter Tegel wurde ein Wald-Damm unterpült und teilweise fortgerissen. Die Dammbrüche bei Kummelsburg, über die bereits berichtet wurde, sind durch den letzten Niedergang noch vergrößert worden. An der Anhalter Bahn haben die Dämme stellenweise gleichfalls durch Rutschungen gelitten. In Regal sind durch die Einwirkung der Ueberflutungen teilweise recht erhebliche Senkungen des Erdbodens eingetreten, und in einzelnen Straßenzügen waren die Senkungen so bedeutend, daß das Pflaster sich verholte und unbrauchbar gemacht wurde. Eine Reihe von Werkstätten, die im Keller liegen, mußten gestern morgen den Betrieb wegen Ueberflutung einstellen.

Gestern nachmittag ging abermals ein Wollenbruch über Groß-Berlin nieder. Das Unwetter erreichte mit seiner vollen Kraft, nachdem es vorher schon stundenlang mit einigen Unterbrechungen in Strömen gegossen hatte, vom Westen heraufziehend, um 5 Uhr seinen Höhepunkt in Berlin. In kurzer Zeit waren eine Menge Straßen und Plätze, u. a. die Horkstraße, die Unterführungen an der Kreuzung der Garten- und Piesenstrasse, das Königs- und Prenzlauer Tor, die Brunnenstraße an der Swinemünder Straße, die Wellermannstraße total überschwemmt. Wiederum, wie am Montag und Dienstag wurden zahlreiche Keller, Vorgärten und Neubauten unter Wasser gesetzt. In der Kähler-, Kaysbach- und anderen Straßen verwandelten sich die Fahrdämme in Wäse, angefüllt mit rauschendem gelbem Wasser, das vom Tempelhofer Felde herunter kam. Auf dem Tempelhofer Felde hatten sich in wenigen Minuten große Wasserflächen in Mulden angesammelt. Toll sah es auch im Südosten aus. Die Chaussee nach Treptow und einige Nebenstraßen standen total unter Wasser, kaum daß die Straßenbahnen passieren konnten. Die Wege im Treptower Park und im Plänterwald konnten erst nach einiger Zeit wieder benutzt werden. Um 5 1/2 Uhr ließ der Regen etwas nach. Der größte Schaden ist wieder durch Kellerüberschwemmungen und Rohrbrüche entstanden.

Eiserjudithdrama in Berlin C.

Eine Liebestragödie hat sich gestern morgen im Hause Gipsstraße 24 abgespielt. Dort schon der Fiskalvorsitzer Ernst Andree auf seine Braut, die Wirtschafterin Lina Kirstäder, die bei einem Kaufmann in der Joachimstr. 7 bedient ist, und dann auf sich selbst. Fräulein Kirstäder, die mit ihrem Vorkämmerer vom Verband für erste Hilfe nach dem Hedwigs-Krankenhaus geschickt wurde, ist schwer verwundet, während Andrees Verletzungen nur leichter Natur sind. Ueber das Liebesdrama wird folgendes gemeldet: Kurz nach acht Uhr hörte der in der Joachimstraße 22 wohnhafte Fiskalmeister und Uhrgehäusmacher Wänsche in der seinem Geschäft gegenüberliegenden Filiale der Reichlichen Kolonialwarenhandlung, dessen Vorsteher Kaufmann Ernst Andree ist, ein lautes Stöhnen, das sich bald in gellende Hilferufe verwandelte. Wänsche alarmierte sofort die Revierpolizei, die sogleich mit einem Beamten erschien. Die Polizeibeamten drangen in das Kolonialwarengeschäft und fanden den 24-jährigen Kaufmann Andree im Glute schwimmend und unbetäubt vor der Tür seiner Schlafkammer liegen. Im Bett des Zimmers lag, aus zwei Wunden blutend, ein

Mädchen, das, als es zum Bewußtsein kam, angab, daß sie die Braut Andrees sei und Lina Schmalowski heiße. Die Polizei stellte bald fest, daß das Mädchen Lina Kirstäder heiße und bei einem Kaufmann Schmalowski in der Joachimstr. 7 als Wirtschafterin in Stellung war. Der Verband für erste Hilfe wurde alarmiert und das Liebespaar wurde nach dem Hedwigs-Krankenhaus geschickt. Fräulein Kirstäder hat zwei gefährliche Wunden erhalten, ein Schuß durchbohrte die Stirn und ein Schuß durchbrach die Schläfe am linken Auge; es ist nur wenig Hoffnung vorhanden, das Mädchen am Leben zu erhalten. Andree, der nur einen leichten Streifschuß an der linken Schläfe erhalten hat, weigerte sich, über seine Tat irgendwelche Auskunft zu geben. Ernst Andree ist am 3. Dezember 1886 in Großlin im Kreise Schivelbein geboren; seine Braut stammt aus Heidelberg, wo sie am 10. Februar 1890 geboren wurde. Andree erklärte später im Krankenhaus, daß er die Tat auf den ausdrücklichen Wunsch seiner Braut begangen habe, da einer ehelichen Vereinigung Schwierigkeiten entgegenstanden. Die Aussage findet aber wenig Glauben. Hausbewohner erzählen, daß Fräulein Kirstäder schon seit längerer Zeit mit Andree verkehrte. Es wird angenommen, daß gestern früh zwischen dem Liebespaar ein Streit entstand, da Andree glaubte, daß seine Braut ihm nicht treu war. In seiner maßlosen Eifersucht hat er dann zum Revolver gegriffen.

Der Arbeiter-Turnverein „Fichte“ in Berlin

blickt heute auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurück. Am 5. August 1890 wurde er gegründet, um turnenden Arbeitern eine Stätte zu bieten, an der sie nicht, wie in bürgerlichen Turnvereinigungen, sich als Parasiten zu betrachten haben. In diesen zwanzig Jahren hat der Turnverein „Fichte“ sich aus kleinen Anfängen zu einer achtunggebietenden Höhe emporgearbeitet, allen Verfolgungen zum Trotz, mit denen seine Gegner aus der „Deutschen Turnerschaft“ unter Assistent der Behörden ihn klein zu kriegen suchten. Es ist ihnen nicht gelungen, und gerade jene behördlichen Drangsalierungen, die vor jetzt zehn Jahren einsetzten, hat dieser Verein turnender Arbeiter es zu danken, daß er in seinem zweiten Jahrzehnt seine Mitgliederzahl reichlich verdoppelte. Vergeblich waren auch alle Anstrengungen, ihm die Jugend und mit ihr den Nachwuchs zu entziehen. Just das Jubiläumsjahr 1910 hat ihm noch kürzlich die Entscheidung des Reichsgerichts gebracht, die dem Kampf der Behörden gegen seine Lehrlingsabteilungen bis auf weiteres den „gesetzlichen Boden“ entzog.

Ein jugendlicher Händerhauptmann, der mit den jugendlichen Arbeitern Kawigki und Löschke, die den Raubmordversuch auf den Kaiser Köfener in Friedenau ausführten, in Verbindung standen, ja auf diese sogar einen großen Einfluß ausgeübt hat, ist in der Person des ehemaligen Fürsorgezöglings, des 20jährigen Tischlers Karl Mohr am Mittwoch in Sahnitz verhaftet worden. Wie von der Kriminalpolizei festgestellt wurde, hatte Mohr mit den beiden jugendlichen Verbrechern bereits am Tage vor dem Mordtat die Wohnung des Kästlers beobachtet, um eine günstige Gelegenheit zur Ausführung des Raubes zu erhaschen. Die Ausführung des Planes scheiterte daran, daß die Türen zur Kästler's verriegelt waren. Mohr war es auch gewesen, der Kawigki und Löschke die Eisenstange zur Unschädlichmachung ihres Opfers lieferte, wie er denn überhaupt mit den beiden jungen Menschen eine Bande gebildet hatte, der zahlreiche in den letzten Wochen verübte Raubfälle und Diebstähle zur Last fallen. Mohr hatte mit seinen Komplizen die Ausführung des Ueberfalls in allen Einzelheiten besprochen. Der Schwächere von ihnen sollte an den Kästler die Fragen stellen, während der Stärkere den Schlag ausführen sollte. Dann sollte dem Kästler ein Taschentuch in den Mund gesteckt und der Raub ausgeführt werden. Tatsächlich hat auch Kawigki seinem Genossen auf der Treppe ein Taschentuch zu diesem Zweck gegeben. Mohr selbst war an der Mittäterführung der Tat verhindert, da er in der Zeit eine Untersuchung auszuführen. Die Kriminalpolizei hatte schon vorgestern die Gewißheit von der Mittätererschaft Mohrs bei dem Friedenauer Ueberfalle gewonnen, hatte aber mit jeder Mitteilung an die Öffentlichkeit zurückgehalten, um ihn, der unmittelbar nach der Tat geflüchtet war, sicher zu machen. Mohr hatte geäußert, daß er nach der Ausführung eines großen Einbruchs nach der Schweiz flüchten werde. Diese Mitteilung hatte er auch seiner Braut, deren Adresse vorgestern ermittelt werden konnte, gemacht. Schließlich erfuhr die Kriminalpolizei, daß Mohr einen Freund in Sahnitz hat, der dort ein Zigarrengeschäft betreibt, und daß er sich in diesem Sommer schon mehrere Monate in Sahnitz aufgehalten. Kriminalkommissar v. Tresslow benachrichtigte vorgestern die Sahnitzer Polizei telegraphisch und gab ihr eine genaue Beschreibung der gesuchten Person. Tatsächlich traf denn Mohr auch gestern zum Besuche seines Freundes in Sahnitz ein, bei dem er auch verhaftet wurde. Es wurde ferner festgestellt, daß Mohr sich auch im Vorjahre längere Zeit in Sahnitz aufgehalten hat. Da seine Personalbeschreibung im wesentlichen auf einen der Mörder des Pastors Vermehr'schen Ehepaars, das bei Sahnitz im August vorigen Jahres ermordet wurde, paßt, so werden auch nach dieser Richtung hin die Ermittlungen geführt. Es besteht auch der Verdacht, daß Mohr den Raubfall auf einen Postassistenten, der im vorigen Jahre am offenen Schalter verübt wurde, begangen hat. Auch hier soll die Personalbeschreibung auf Mohr passen.

Interessant ist es, in welcher Weise Mohr seine Gesellschaft, mit der er eine große Anzahl Diebstähle und Raubfälle unternommen hat, organisiert hatte. Das erbeutete Geld nahm er seinen Komplizen stets ganz ab. Dafür sorgte er aber für ihren Unterhalt und gab ihnen ein kleines Taschengeld. Er selbst behielt stets den Löwenanteil für sich. Mit dem bei dem Ueberfall auf den Kästler erbeuteten Gelde sollte eine Fahrt nach Dresden unternommen werden. Dort war ein großer Diebstahl geplant.

Ob der Verhaftete gleich nach Berlin gebracht wird oder zunächst noch auf Rügen bleibt, steht noch nicht fest. Kärker mit den schon erwähnten Kapitalverbrechen wird Mohr auch mit dem bekanntlich an dem Direktor Friedrich aus Steglitz auf dem Broden am 27. Mai vorigen Jahres verübten Raubmord in Verbindung gebracht. Er wird nach seiner Ueberführung nach Berlin mit der Braut des Ermordeten konfrontiert werden, da diese den Mörder vor der Tat gesehen hat. Trotz des bisher vorliegenden Beweismaterials ist natürlich noch immer nicht mit Bestimmtheit zu sagen, daß Mohr in den angeführten Fällen als Täter, Mittäter oder Assistent in Frage kommt.

Unfälle auf den Flugplätzen. Am Mittwoch ereignete sich wiederum ein Unfall auf dem Flugfelde Johannisthal. Als der Aviationer Blage mit einem schon einmal verunglückten German-apparat der Kumpfer-Werke Vollversuche unternahm, geriet er,

Nachdem er die Bahn zur Hälfte durchfahren hatte, in eine Bodenvertiefung. Der Apparat überschlug sich und wurde vollständig zertrümmert. Der Führer blieb glücklicherweise gänzlich unverletzt. An den vorgefertigten Trainingsflügen für die bevorstehenden Konkurrenzleistungen beteiligten sich insbesondere die Führer der Wright-Flugzeuge, sowie Dörner und Thelen, von denen namentlich der letztere wohlgeungene Flüge bis zu 140 Meter Höhe ausführte. — Auf dem Flugfeld „Mars“ bei Bort hat sich vorgestern ebenfalls ein Unfall zugetragen. Nachdem der Aviatiker Delerich verschiedene tabellelose Flüge auf seinem Schulze-Herford-Flieger absolviert hatte, wurde er durch einen plötzlichen Windstoß vom Flugfeld abgetrieben und mußte im Walde landen. Hierbei wurde der Apparat schwer beschädigt, sein Führer kam mit ganz leichten Hautabschürfungen davon. Gerade trainiert eifrig für die Johannisthaler Flugwoche, er wird an den Konkurrenzrennen mit einem neuen Apparat teilnehmen, der mit einem sechszylinderigen Motor von 36 PS ausgestattet ist.

Ein Fischchen ertrunken ist vorgestern die 12 Jahre alte Tochter Ida des Schiffseigners Brachvogel, der gegenwärtig mit seiner Gattin an der Charlottenburger Schenke vor Anker liegt. Während der Vater auf dem Deck des Rahnes beschäftigt war, wollte die Kleine mit einem Handnetz Fische fangen. Dabei beugte sie sich zu weit über den Rand der Jolle hinüber und stürzte vor den Augen des Vaters in die Fluten und ging sofort unter. Obwohl der Schiffer sofort in voller Kleidung der Verunglückten nachsprang, konnte er sein Töchterchen nur noch als Leiche aus dem Wasser ziehen.

Ein neuer Scherz auf dem Hauptbahnhof in der Dorothienstraße, auf dem kürzlich der 15 Jahre alte Fürstprinzebisling Contab seinen Treich verlor, beschäftigt die Post- und Polizeibehörde. Der Kaufmann Radomski aus der Köpenickerstraße sandte vorgestern um 9 1/2 Uhr seine 19 Jahre alte Kontoristin mit einem Scheck über 200 M. nach dem Amte. Während das Mädchen sich dort nach dem Abfertigungszimmer umfah, begegnete ihm auf der Treppe ein junger Mann und fragte sie, was sie suche. Sie antwortete ihm, daß sie nicht wisse, wo das Zimmer liege. Der junge Mann spielte nun den bereitwilligen Helfer, erklärte, daß er mit diesen Dingen Bescheid wisse und gern behilflich sei. Hierbei nahm er dem Mädchen gleich das Papier aus der Hand mit den Worten: „Ich werde es für Sie besorgen.“ Diesen Vorgang beobachtete ein anderer Mann, der in der Nähe stand. Er fragte das Mädchen, was es denn gäbe, und als es ihm den Vorgang erzählte, sagte er: „Na, da werden Sie wohl einem Schwindler in die Hände gefallen sein.“ Als der junge Mann das hörte, ergreift er sofort die Flucht. Er wurde verfolgt, verschwand aber in der Gegend des Hotels Continental im Strahengeviertel und entkam. Der Scheck, Nr. 14 des Kontos 8227 wurde sofort gesperrt. Die Postbehörde und die Kriminalpolizei leiteten sofort die Nachforschungen nach dem unbekanntem Täter ein. Bis gestern Abend war er aber noch nicht ermittelt.

Aufweisung der „Probierdamen“ aus Moabit. Der modernen Geschäftsreklame ist nicht mehr heilig, nicht einmal der ernste Justizpalast in Moabit. Seitdem es in gewissen Berliner Gesellschaften Mode geworden ist, den großen Tragödien, die sich in dem Moabiter Gerichtsgebäude abspielen, ebenso regelmäßig beizuwohnen, wie am Abend denen im Theater, kamen einige besonders „smarte“ Reklamemedien hierher Konfektionsfirmen auf den Einfall, dem im Gerichtsaal versammelten Publikum, das zum größten Teil aus Damen der Gesellschaft besteht, ihre neuesten Modovergnisse auch innerhalb der forensischen Schranken vorzuführen. Zu diesem Zwecke wurden also einige besonders schöne „Mannequins“ in die neuesten Turt- und Gesellschaftsmodelle, ihre neuesten Modovergnisse gesteckt und in den verschiedenen, stark besuchten Schwurgerichtssälen plaziert, wo die „lebenden Muster“ jedesmal das beabsichtigte Aufsehen erregten. Gegen dieses Reklamewesen wäre nun freilich schwerlich etwas einzuwenden gewesen, wenn die betreffenden Damen nicht an ihren Hüften in Form einer Agraffe ein kleines Schild getragen hätten, auf der der Name und die Adresse der von ihnen vertretenen Firmen zu lesen war. Diese Toilettenausstattung dauerte eine ganze Weile, bis schließlich Gerichtsdiener die Anweisung erhielten, Damen, die ein solches Abzeichen tragen, künftig den Zutritt zu den Sälen zu verweigern bzw. sie aus dem Zimmer zu entfernen.

Der Totschlag an dem alten Händler Kogorowski aus der Danziger Straße beschäftigt noch immer die Kriminalpolizei. Ein einjähriger Junge, der zur Ermittlung des Täters ohne Zweifel wesentlich beitragen könnte, ist wahrscheinlich ein 28 Jahre alter, aus Kalisch gebürtiger Arbeiter Gázar Judik, der in Spandau bei verschiedenen Firmen gearbeitet hat, augenblicklich aber nicht zu finden ist. Der Junge wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 404 oder bei der Mordpolizei zu melden. — Es ist auch noch nicht gelungen, den Griff des Schirmes, den der rote Täter auf den Kopf des Unglücklichen zerstückte, wiederzufinden.

Einen für seine Verhältnisse empfindlichen Verlust hat der Milchhändler Berly, Ebertstraße 30, zu beklagen. Die Tochter desselben verlor noch dem Einfließen von Geldbeträgen bei den Kunden von der Dolziger bis zur Niederbarnimstraße, Ecke Grünberger Straße, den Betrag von 183,95 M. Der Finder wird ersucht, dem Eigentümer den Verlust an obige Adresse unter guter Verlobung wieder auszuhandigen.

Wer ist der Tote? Am 1. August wurde vor Reichstagsufer Nr. 1 die Leiche eines unbekanntem Mannes, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß, gelandet. Es handelt sich um einen Mann im Alter von circa 30 Jahren, 1,75 Meter groß, mit rot-blondem starken Schurrbart und blondem Haar. Die anscheinend abgetragene Kleidung besteht aus dunklem Jackettanzug mit brauner Weste, schwarzen Schürstiefeln, graublauen Strümpfen, Trikothemd und Unterhose ohne Zeiden. Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten werden zu 8223 IV/35 bei der Kriminalpolizei und in jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Das Passagiertheater reißt in seinem Augustprogramm Schlager an Schlager. Der Besucher kommt auf seine Kosten, denn es ist vielseitig und auch veredeltem Geschmack Rechnung getragen. Von den vielen Darbietungen fesseln die Zuschauer in erster Linie der Improvisations-Karikaturengedichte A. F. r., die spanische Tänzerin Borotta in dem Mimodrama „Hah und Liebe“, der ventriquistische Humorist Paul Rochely und die urkomischen Szenen des großartig dressierten Bulldog-Lingel-Langel. Dabei war die geschickte Fertigkeit des Karikaturengedichters ebenso zu bewundern, wie die fein nuancierte Mimik und der graziose Tanz der Spanierin; und wohlverdient war auch der Beifall, den der humoristische Vaudevilleur sowie die burleske Komik der dressierten Hunde erzielten. Von den anderen Piecen des reichhaltigen Programms läßt sich gleichfalls nur gutes sagen; besonders verdient um den Erfolg des Abends machten sich noch der Mundharmonikavirtuose Schindler, The 4 Durhams mit ihrem musikalischen Intermezzo, die grazios arbeitenden Gentlemanofrauten The Figines und die Burlesque-Troupe „The Bolteers Compagnie“.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Fortsetzung der Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von verschiedenen Seiten die angelegliche Zurückweisung von Stimmzetteln bei den Wahlen am 26. Juli bemängelt. Die Debatte hierüber zeitigte folgenden Antrag des Genossen Däumig: „Die Wahlen des Vorstandes und der Delegierten sind für ungültig zu erklären.“ Die Versammlung lehnte jedoch diesen Antrag ab. Genosse Däumig legte hierauf sein Mandat als Kreisdelegierter nieder; Genossin Hendt ist verhindert, ihr Mandat zur Kreisgeneralversammlung auszuüben. Als Ersatz wurden gewählt Genossin Böhm und Genosse Lazar.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht drehte sich hauptsächlich um die Gewinnung von Mitgliedern und pünktliche Beitragszahlung. Zur besseren Ausgestaltung und zur Hebung des Besuches der Jahrs-

abende wurde u. a. die Verlesung geeigneter Artikel für zweckdienlich gehalten. Eine aus den Genossen E. Buchholz, Lazar und Palm bestehende Kommission soll sich der Verbohrung der Bibliothek widmen.

Genosse Baruch beschwerte sich über das Bezugsquellenverzeichnis im „Vorwärts“. Die Einnahme des Unternehmers dieses Verzeichnisses könne sich die Expedition selbst verdienen. Die Beschwerde wird an die Kreis-Generalversammlung weitergegeben. Das gleiche geschieht mit einem vom 6. Bezirk gestellten Antrag, der die Herausgabe eines Abendblattes des „Vorwärts“ bezweckt. — Die vom Kreisvorstand angeregte Einführung von Wochenbeiträgen (10 Pf. für männliche, 5 Pf. für weibliche Mitglieder) fand keine Zustimmung. Die Versammlung erklärte sich gegen eine Erhöhung der Beiträge überhaupt. — Als Kassierer soll Genosse S. Fischer, als Sekretär Genosse A. Pagel und event. Genosse A. Küter auf der Kreis-Generalversammlung in Vorschlag gebracht werden.

Falsche Zweimarkstücke versuchte gestern ein unbekannter Mann in Umlauf zu setzen. In dem Zigarrengeschäft Münchener, Ecke Brunnenwallstraße, erschien gestern nachmittags gegen 5 Uhr ein mit einem hellgrauen Anzug bekleideter Mann und verlangte Zigarren, die er mit einem falschen Zweimarkstück bezahlte, hierauf ging derselbe nach dem schrägüber liegenden Delikatessgeschäft, wo er verlangte Waren wiederum mit einem falschen Zweimarkstück bezahlte. Beim Wechsel des Geldstückes wurde der Verkäufer darauf aufmerksam gemacht, daß das Zweimarkstück falsch sei. Sofort ergreift der saubere Kunde die Flucht und lief in ein Haus in der Münchener Straße. Das Haus war jedoch verriegelt und da der angebliche Mieter keine Schlüssel besaß und vor dem Hause ein Vorgarten, mit großem, starkem Gitter versehen, vorhanden ist, wurde er von dem bereits angesammelten Publikum festgehalten und der Polizei übergeben.

Rixdorf.

Aus dem Wasser gelandet wurde gestern nachmittags vor dem Hause Rathschuler 48-50 die Leiche des 51 Jahre alten Ruffers Gustav Schulz. Aus welchem Grunde Schulz den Selbstmord beging, ist nicht bekannt.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Am kommenden Sonntag, den 7. August, feiert der Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ bei Wilk, Rixstr. 12, sein drittes Stiftungsfest verbunden mit der Einweihung des neuen Spiel- und Turnplatzes. Da der Verein sich bei allen Parteifesslichkeiten stets zur Verfügung gestellt hat, so wird die Arbeiterschaft ersucht, dem Verein durch Rollenbesuch zu unterstützen. Es findet um 2 1/2 Uhr ein Umlauf von Benno Widley, Potsdamer Str. 25, durch das Dorf bis zu Rixstr. statt.

Hüderdorf.

Beim Baden ertrunken ist der 21jährige Steinarbeiter Otto Jwietasch von hier. J. versuchte vorgestern Abend den Kolksee zu überschwimmen, wurde jedoch in der Mitte des Gewässers von einem Herzschlag befallen und ging unter. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Spandau.

Arbeiterfahrkarten und städtische Straßenbahn. Nicht geringes Befremden erregt es unter den außerhalb Spandaus wohnenden Arbeitern, daß ihnen, seitdem die Straßenbahn Eigentum der Stadt Spandau geworden ist, Arbeiterfahrkarten nicht mehr verabsolgt werden. Ein solcher Beschluß der städtischen Körperschaften, durch die Vorenthaltung von Monatsfahrkarten an außerhalb wohnende, in Spandau aber arbeitende Arbeiter die Einnahmen zu erhöhen, wird von den davon Betroffenen mit Recht als verkehrswidrig und unzulässig bezeichnet. Außer den in Berlin und zum Teil in Vororten wohnenden Bauarbeitern, die auf Spandauer Bauten arbeiten, werden von dieser Maßregel die in Nischefeld, Kieselwerder und Amalienhof wohnenden Arbeiter betroffen.

Man vermutet, daß durch die Vorenthaltung von Monatskarten an auswärts wohnende Arbeiter der Magistrat den Hausbesitzern, die ihre Wohnungen nicht vermieten können, einen Liebesdienst erweisen will. Die Straßenbahnbeputation hatte kürzlich beschlossen es beim alten zu belassen, der Magistrat hat dem aber nicht zugestimmt. Bedenkt man, daß auch eine viel größere Zahl in Spandau wohnender Arbeiter in Berlin beschäftigt sind, weil sie am Ort keine Beschäftigung finden, so erscheint diese Maßnahme des Magistrats als völlig unverständlich. Außerdem ist es doch ziemlich klammheimlich, daß ein kommunales Verkehrsunternehmen dem Publikum weit ungünstigere Fahrbedingungen bietet, als früher die private Verkehrs-gesellschaft.

Potsdam.

Königliche Polizeiverwaltungen kosten viel Geld. Durch das neue Polizeikostengesetz werden die Städte mit königl. Polizeiverwaltung ungemein stark belastet. So muß Potsdam jetzt für 1909 146 500 M. an Polizeikosten, also 2 1/2 mal so viel wie unter dem alten Gesetz, zahlen. Im Jahre 1908 betragen diese Kosten 60 000 M., für 1909 teilt die Regierung zuerst mit, daß sich die Kosten nach dem neuen Gesetz auf 101 000 M. stellen werden, später sollten es eventuell 117 000 M. werden und jetzt sind es 146 500 M. geworden. Wie aus dem Ratshause mitgeteilt wird, soll hiergegen Einspruch erhoben werden. Man hofft auf einen Nachlaß, um so mehr, da doch die Regierung die Städte überwachen soll, durch diese lästige Forderungen dieselben aber geradezu gefährdet. Ob mit Erfolg, wird sich bald zeigen. Da aber für 1909 ein günstiger Abschluß zu konsolidieren war, wird wohl wenig Hoffnung hierfür vorhanden sein. Die Stadt muß zahlen, hat dafür aber den besonderen Vorteil, recht viel Polizei am Orte zu haben. Auf circa 55 000 Zivilbevölkerung kommen allein 140 Schutzleute.

Jugendveranstaltungen.

Kreis Jugendorganisation Berlin.

Folgende Veranstaltungen finden statt: 3. Abt. Montag, den 8. 8. Uhr, bei Ring, Danziger Str. 71. 8. Abt. Sonnabend, den 6. 8. Uhr, in den Arminiuskassen, Bremer Str. 76. 16. Abt. Sonnabend, den 6. 8. Uhr, bei Remus, Rathstr. 18. Vortrag. 17. Abt. Sonnabend, den 6. 8. Uhr, bei Raab, Bergmannstr. 67. Vortrag. 18. Abt. Sonnabend, den 6. pünktlich 8 Uhr, bei Raczorowski, Ravensbr. 6. 19. Abt. Mittwoch, den 10. 8. Uhr, bei Decker, Schreiner, Ecke Samariterstraße. 20. Abt. Donnerstag, den 11. 8. Uhr, bei Schulze, Forster Str. 17. Vortrag des Kollegen Käpplig über „Die Entstehung des Adels“. 22. Abt. Montag, den 8. 8. Uhr, bei Hahn, Langstr. Platz 12.

Zschornberg. Heute Freitag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Waldmann, Vorbergstr. 6, ein Vortragabend statt. Referent Genosse A. Woch über „Vollzugs- und Heilichere“. Wir richten die dringende Bitte an die Parteigenossen, ihre Kinder noch mehr wie bisher an unseren Veranstaltungen teilnehmen zu lassen. Erwachsene können ebenfalls erscheinen.

Regel. Der Jugendausflug veranstaltet am Sonntag, den 7. August, einen Besuch des Botanischen Gartens in Dahlem, an dem sich auch Erwachsene beteiligen können. Treffpunkt morgens 8 Uhr bei Hölles, Brunnenstraße 23. Wir bitten die Eltern, ihre erwachsenen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen. Der Jugendausflug.

Aus der Frauenbewegung.

Aus der Kinderschutzkommission.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Kontrollierenden und Helferinnen der Kinderschutzkommission erhaltete der Obmann der Kommission, Genosse Warentin, den Tätigkeitsbericht, dem wir folgendes entnehmen: Im November vorigen Jahres wurde die Kommission gebildet. Sie hat seitdem 8 Zusammenkünfte abgehalten. Der Kommission stehen circa 800 Mitarbeiterinnen zur Verfügung. Sie haben eine rege Tätigkeit im Interesse des Kinderschutzes entfaltet. Sie schienen sich mit den Familien der ausgebeuteten Kinder in Verbindung und fanden in den meisten Fällen, daß bittere Not die Ursache der unglücklichen Kinder-

arbeit war. Die Mitteilungen, welche die Mitarbeiterinnen der Kommission in den Fragebogen machten, gaben oft erschütternde Eindrücke. — Die Polizei war anfangs ziemlich lässig in der Kontrolle betreffs Uebertretung des Kinderschutzgesetzes. Doch durch die Tätigkeit der Kommission ist sie auf ihre Pflicht aufmerksam geworden. Aber es sind verschiedene Fälle festgestellt worden, welche zeigen, daß manche Polizeibeamte ihrer Pflicht, Uebertretungen des Kinderschutzgesetzes zu hindern, nur ungern nachkommen. So sagte ein Schutzmann, der mit einem solchen Falle zu tun hatte: „Wir würden uns nicht darum kümmern, wenn die Kinder arbeiten, aber die Sozialdemokraten haben sich dahinter gesteckt und nun müssen wir aufpassen.“ — Es kann konstatiert werden, daß die Kinderarbeit nachgelassen hat, seitdem die Polizei sich genötigt sieht, die Tätigkeit der Kommission zu unterstützen.

Von den Mitarbeiterinnen der Kommission sind 181 Fragebogen eingegangen. Sie geben Auskunft über 193 Einzelfälle, 32 Knaben von 4 bis 14 Jahren und 38 Mädchen von 6 bis 13 Jahren wurden beim Zeitungstragen betroffen. 43 Knaben von 8 bis 14 Jahren und 34 Mädchen von 6 bis 14 Jahren wurden mit Milch- und Badwaarastragen beschäftigt. 11 Knaben und 16 Mädchen von 7 bis 14 Jahren wurden durch die Eltern zum Hausierhandel veranlaßt. Ein Knabe von 12 Jahren wurde mit Radarbeiten beschäftigt, 3 Knaben von 10 bis 13 Jahren setzten Regel auf, 3 Knaben und 1 Mädchen verrichteten Botengänge, 1 Knabe von 12 Jahren wurde mit Steintragen, ein anderer mit Druckarbeiten beschäftigt. 1 Mädchen und 3 Knaben von 10 bis 13 Jahren mußten in einem dämpften Kellerraum, der auch als Schlafraum diente, Dänen leben. 5 Knaben von 11 bis 13 Jahren wurden auf dem Schlachthof in stinkenden Räumen beschäftigt. Ferner wird mitgeteilt, daß 84 der beim Arbeiten betroffenen Kinder einen sehr elenden Eindruck machten.

In 75 Fällen gelang es, durch gütliche Vorstellung bei den Eltern die Kinder von den Fesseln der Ausbeutung zu befreien. In 2 Fällen mußte ein Eingreifen der Behörden veranlaßt werden. In vielen Fällen, wo wirtschaftliche Not der Eltern die Ursache der Kinderarbeit war, haben die Helferinnen die Armenverwaltung zum Eingreifen zu veranlassen versucht. Leider ist hierbei nicht immer der gewünschte Erfolg erreicht worden, und es hat sich gezeigt, daß manche Armenkommissionsvorsteher gar kein Verständnis für ihre Aufgaben haben.

Zur Kenntnis der Helferinnen kamen auch 5 Fälle von Uebertretung des Bütchungsrechts der Eltern. In 3 Fällen konnte Abhilfe geschaffen werden, während in 2 Fällen kein Erfolg erreicht wurde.

So hat die Kommission in jeder Hinsicht ihre schwere Aufgabe zu erfüllen versucht. Sie wird damit fortfahren in dem neuen Jahre ihrer Tätigkeit, eingehend der Lösung, daß die Kinder kein Ausbeutungsobjekt sein sollen, sondern in die Schule und auf den Spielplatz gehören.

Dem Bericht folgte eine längere, eingehende Aussprache, die sich auf Einzelfälle aus der praktischen Tätigkeit der im Interesse des Kinderschutzes wirkenden Genossinnen erstreckte. Aus der reichen Fülle des vorgetragenen Materials ist ersichtlich, daß die Genossinnen mit Eifer und Verständnis ihre schwierige Arbeit verrichten. Hindernisse der verschiedensten Art sind dabei zu überwinden. Nicht nur der böse Wille ausbeuterischer Unternehmer, sondern auch der Unverstand der eigenen Eltern treten den Bestrebungen der Kinderschutzkommission hindernd in den Weg. Selbst bei den Schulvorstehern, deren Eingreifen von den Genossinnen in bestimmten Fällen veranlaßt wurde, finden die Absichten der Kommission nicht immer Verständnis. Schulvorsteher, die sich den Vorstellungen der Kommissionsmitglieder anfangs zugänglich zeigten, verhalten sich ablehnend, seitdem sie wissen, daß es Sozialdemokraten sind, die für den Schutz der Kinder eintreten. Es wurden mehrere Fälle berichtet, wo Schulvorsteher und Lehrer die Kinderarbeit ausdrücklich billigten und sagten, die Kinder, welche erwerbstätig arbeiten, seien ihnen die liebsten.

Ein Fall, den eine Genossin aus Rixdorf vortrug, erregte besonderes Aufsehen. Diese Genossin hat ein zwölfjähriges Mädchen kennen gelernt, welches bei seinem Vater (die Mutter ist vor nicht langer Zeit gestorben) in Verhältnissen lebte, welche die Moral des Kindes auf das höchste gefährden mußten. Die Genossin wandte sich an die Polizei und an die Armenverwaltung, damit das Kind in eine andere Umgebung gebracht werde. Wochen bergingen. Die angerufenen Behörden taten nichts. Inzwischen hatte der Vater das Mädchen bei einer allein wohnenden Prostituierten untergebracht. Da die Behörden immer noch nicht eingriffen und wiederholte Vorstellungen der Genossin nichts halfen, so nahm die Genossin das Mädchen zu sich, um es zu einem ordentlichen Menschen zu erziehen. Nun griff die Behörde ein. Nachdem das Kind schon eine Zeitlang im Haushalt der Genossin war, erschien eines Tages ein Schutzmann, der den Auftrag hatte, das Mädchen abzuholen. Soweit die Genossin erfahren konnte, sollte das Kind nicht in Fürsorgeziehung gegeben, sondern irgendwo anders untergebracht werden. Das Kind wurde der Genossin abgenommen. Wohin es gebracht wurde, konnte sie nicht erfahren. — Dieser Fall soll von der Kommission eingehend behandelt und der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Im Interesse einer Agitation für die Tätigkeit der Kommission wurde angeregt, daß in den Kreis-Konferenzen und Generalversammlungen der Wahlvereine regelmäßige Berichte der Kinderschutzkommission erstattet werden. Genosse Warentin wurde beauftragt, in diesem Sinne im Aktionsausfluß zu wirken.

Kautlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Zufuhr hart, Geschäft ruhig, Preise für Schweinefleisch nachgehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr gemäß, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise behauptet. Gellagel: Zufuhr in Wägen über Bedarf, sonst gemäß, Geschäft schlappend, Preise gedrückt. Fisch: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 4. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Temperatur in Grad C
Schwetznitz	769 DRD	3 bedeckt	19	Opotanda	768 D	2 wolfig	18		
Damberg	768 R	3 bedeckt	17	Petersburg	763 D	2 wolfig	18		
Berlin	763 R	1 bedeckt	17	Seitz	758 SSB	3 heiter	13		
Kranf. a. M.	766 B	3 bedeckt	16	Werdern	754 SSB	3 bedeckt	13		
München	768 SB	5 Regen	14	Waris	757 S	2 wolfig	15		
Wien	754 B	5 bedeckt	18						

Wetterprognose für Freitag, den 5. August 1910.

Langsam aufklarend, am Tage wieder etwas wärmer, aber noch veränderlich mit geringeren Regenschauern und mäßigen Südwesten Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 8.		am 4. 8.		Wasserstand	am 3. 8.		am 4. 8.	
	cm	am 1	cm	am 1		cm	am 1	cm	am 1
Remel, Mühl	89	+1	88	0	Saale, Großh.	139	+19	139	0
Regel, Ankersburg	39	-6	39	0	Qavel, Spandau	65	0	65	0
Wegfel, Thon	142	-16	142	0	Rathenow	36	0	36	0
Ober, Rathbor	201	-45	201	0	Spree, Spremberg	80	-2	80	-2
Krossen	172	-6	172	0	Deestow	112	+2	112	+2
Frankfurt	178	-3	178	0	Weser, Münden	37	0	37	0
Watzke, Schirmm	12	-3	12	0	Winden	40	-9	40	-9
Landberg	6	-2	6	0	Rhein, Magdeburg	548	0	548	0
Regel, Bornham	13	-2	13	0	Rau	843	-8	843	-8
Gilde, Leimertich	33	+20	33	0	Rin	302	-10	302	-10
Preßden	95	-13	95	0	Redar, Heilbronn	84	+4	84	+4
Preßden	135	+2	135	0	Rata, Wertheim	145	+1	145	+1
Preßden	130	-5	130	0	Roßel, Eiter	93	-7	93	-7

+) + bedeutet Quat, - Fall, - Unterpegel.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 5. August.

Neues Königl. Opern-Theater.
Die Meisterfänger von Nürnberg.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Jubiläum.
Kammerpiele. Liebesmalzer.
Kessing. Das Konzert.
Neues. Kaiserfest.
Römische Oper. Der Regiments-
papa.

Berliner. Taifun.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7,30 Uhr.)

Neues Schauspielhaus. Der
Flieger.

Berliner Volkoper. M. Heibel-
berg. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Heibel. Wenn gehst Helene?
Der Ruf auf der Redoute. (An-
fang 8 1/2 Uhr.)

Neues Operetten. Der Graf von
Burgburg.

Zufluchtshaus. Das Leutnants-
mündel.

Weltu. Die geschiedene Frau.
Reißens. Im Taubenschlag.
Talia. Geschlossen.

Schiller O. (Wagner-Theater.)
Die Förster-Christl.

Schiller Charlottenburg. Die
von Hochsattel.

Zulien. Der Graf von Monte
Christo.

Herrnfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei dasselbe tun.
Kole. Ein seltsamer Fall.

Metropol. Hallo!! — Die große
Revue.

Solles Caprice. Die Höhe 13. —
Die deutsche Toilette. — Der
Bübel. — Berliner Ehen. —
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Volat. Bineta.

Puhlmann. Verliebte Mädchen.
Höhe. Spezialitäten.
Wohge. Spezialitäten.

Reichsballen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.

Wintergarten. Geschlossen.
Karl Faberland. Spezialitäten.
Prater. Schützenlied.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Sternwarte. Inhabersstr. 57—62.

Lessing-Theater.
Freitag 8 Uhr: Das Konzert.
Sonnabend 8 Uhr: Gelbesier.
Sonntag 8 Uhr: Das Konzert.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: **Taufun.**

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Täglich:

Kasernenluft.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Burgburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
mäßigter Preisen: Die Dollarprinzessin.

Berliner Volkoper.
Heute 7,30 Uhr:
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
M. Heibelberg.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.

Im Taubenschlag.
Schwan in 3 Akten von Hennequin
und Heber.
Morgen und folgende Tage dieselbe
Vorstellung.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.

Der Graf von Monte Christo
Morgen und folgende Tage:
Der Graf von Monte Christo.
Sonntag 11: Maria Magdalena.
Donnerstag, den 11. Aug., 8 Uhr:
Der stille See!

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Ein seltsamer Fall.
Wahnt. Schauspiel in 4 Akten
von Nothin und Gumbner.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Theater-
vorstellung. Spezialitäten, großes
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Ein einziger Erfolg!
In einem amerik.
Bulldog Tingeltangel.
La mime espagnole
Zoraita
u. das großart. August-Progr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Heute abends 8 Uhr:

Die Insel Rügen.

Metropol-Theater
Hallo!!!

Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo
Theater

8 Uhr. Das 8 Uhr.

neue
sensationelle
Programm.

10 große Attraktionen 10.

WINTERTHEATER

Geschlossen!

Wieder-Eröffnung
Mittwoch, den 17. August.

Passage-Panoptikum.
? Boddhas dunkles ?
? Geheimnis! ?
Von 4—7 Uhr
Vitascope-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater,
Spezialitäten.

Herrnfeld
Theater
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und
Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Billetvorverkauf. 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

CIRCUS
CYRILLIANG
Berlin, Potsdamer Straße
früherer Alter Botan. Garten.
Fernruf:
Anf. 6. 129.

Täglich abends 8 1/2:
Gr. Gala-Abend.
Mittwoch u. Sonntags
2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr
und abends 8 1/2 Uhr.

BBB
Brunnenstraße 16.
Das größte Kino-
Theater Berlins.
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Martha oder: Der Markt zu Richmond.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
bei ermäßigten Preisen:
Der Freischütz.

Abends 8 Uhr: **Die Zauberflöte.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Quintett in 3 Aufzügen von Leo
Waller. Sings und Ludwig Keller.
Ende nach 10 Uhr.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 7. August 1910, nachmittags 4 Uhr,
im Konzertgarten der Brauerei Friedrichshain:

Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert

veranstaltet von den
Emil Salzer-Chören (Leipzig)
(M. d. A.-S.-B.)
Chormeister: **Emil Salzer**
unter Mitwirkung des

Neuen Tonkünstler-Orchesters
Dirigent: **Franz Hoffelder.**
Eintritt **30 Pfennig.** Liedertexte gratis.

Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen,
in den Parteiliedern, bei den Sängern, sowie bei den Vor-
standsmitgliedern: P. Kupfer, Petersburger Straße 56 I; A. Selkrit,
Rixdorf, Hohrechtstraße 8 I; J. Steffens, Langenbeckstr. 5,
Quergeb. I; O. Egel, Rixdorf, Donaustr. 123, Gartenhaus III;
G. Schöndahl, Weidenweg 4 III; G. Wutzky, Schliemannstraße 2 III,
und Wilh. Schmidt, Besselsstraße 18, zu haben.

Sonnabend, den 6. August 1910, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
Empfangs-Kommers.

Montag, den 8. August 1910:
Dampferpartie nach Potsdam.

Fahrt mit der Bahn bis Spandau (8^{te} Schles. Bahnhof),
von dort 9^{1/2} mit dem Dampfer. Sangesbrüder, welche daran
teilnehmen, wollen sich am Sonnabend beim Kommers beim
Vorstand melden. 17/15

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes

am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor

Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen **Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)**

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Pharus-Sommer-Theater
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten, bei Regen im Theatersaal:
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung

20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 6 Uhr.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasenheide 19/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.

Artist. Leitung: Walter Grünwitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Von nun nied. täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Rest 1 8 Uhr: Rest 1
Verliebte Mädchen.
Vorher und nachher:
Die neuen August-Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Koffertzüge 2 Uhr.
Entree 20—60 Pf. Kind. halbe Preise.
Sonnabend: Benefiz für Räte Reich.
Einmalige Aufführung:
Die Blumenfäse.
Billets schon jetzt an den Kassen.

Sprees-Garten
Treptow.
(Gegenüber der Sternwarte.)
Elite-Woche
Heute Freitag, den 5. August:
Erstes großes
Kinder-Freudenfest.

Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Achtung! Diez' nur Achtung!

Seeterrasse Sichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.

Jeden Sonntag und Dienstag: **Gr. Konzert.** Aufstehen der besten
Turmfeilkünstler der Welt The Lepolla.

The 3 Blackburns, phänomenaler
Zusätze-Mit. **Mr. Steffin** mit seinem komfarrren-
losen Dreifur-Mit.
Pons, Mel, Schwein u. Hunde, u. das neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**
Land- und Wasser
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

Bellevue Woltersdorfer Schleuse.

empfehl. sich zu Dampferpartien. 255*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert

Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., 6—8 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Donnerst. 6 Mk.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72. Ude Alexanderstraße.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
günstiger Witterung im Theatersaal).
La Zöiren, Gymnastik-Sängerin u. a.
Waldlein rot! Schauspiel in 1 Akt.
Nach d. Vorführung: Mittwoch, Sonn-
abend u. Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang wochent. 7 1/2, Sonnt. 8 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Morz,
Schubertstr. 120. Tel. 3, 9333.
Lebende Photographien.
Möbren der Sommermonate nur
Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2, Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. **Stets wechsel. Progr. Jed.**
Sonnt. 1. Oberaal: **Stuhlfestkonzert.**
Entree 15 Pf. Garberode 10 Pf.
R. d. Konzert: **Familien-Kränzchen.**
Täglich: **Freikonzert.**

Schweizer Garten
Am Königstor—Am Friedrichshain.
Täglich um 9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Volkstück mit Ges. in 2 Akt.
Neue Spezialitäten.
Volkbelustigungen, Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater
früher Wolmann.
Babst. 8, Behm u. Belferstr. 12.
Täglich: **Konzert, Theater- und**
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Höfen-Konzertprogr. für Aufführ. gel. t
Der Goldeneal. Lebensbild mit
Gesang u. Tanz in 3 Akt. u. R. Sinar.
Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Feuerw.**

Volgt-Theater
Gesundbrunnen Babst. 68.
Freitag, den 5. August 1910:
7 1/2 Uhr **Bineta.** 1/2 Uhr

Gr. romant. Lebensbild mit Gesang
und Tanz in 3 Akten von G. Schulz.
Das neue große August-Progr.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Spree-Garten
Treptow.
(Gegenüber der Sternwarte.)
Elite-Woche
Heute Freitag, den 5. August:
Erstes großes
Kinder-Freudenfest.

Großes Konzert.
Gesamte Kapelle der Jugend-
wehr in Uniform.
Große Gratisverlosung
(Jedes Kinderbillett gilt ohne
Nachzahlung als Los.)
Schärpe oder Mütze gratis
an der Kasse.
Hauptgewinn: 10 1 goldene Uhr
für Knaben und Mädchen.
Umzug d. Festwag. durch Treptow.
Bonbonregen. Kasperle-
Theater. Fackel-Polonäse.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Morgen: **Gr. Militärkonzert.**

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

